ISSN 1864-0982

Rundbrief

3/2008

Forum Umwelt & Entwicklung

Im Labyrinth der Labels

Nachhaltigkeit durch Zertifizierung?

Im Labyrinth der Labels

Nachhaltigkeit durch Zertifizierung?

Inhalt

Editorial 1
Jürgen Maier

Schwerpunkt

Siegelchaos im Supermarktregal? – Pro und Kontra Zertifizierung und Labelling 3
Volkmar Lübke

Quo Vadis? – Umwelt- und Sozialstandards am Scheideweg 6
Heiko Liedeker

Flut von Standardinitiativen in Europa eindämmen – Meta-Standard oder global gültiger Standard? 8
Martina Fleckenstein

Nachhaltige Biokraftstoffe - gibt's das überhaupt? Erarbeitung globaler Standards lässt hoffen 10
Jürgen Maier

Wenn Ökostrom nicht ökologisch ist Ein kleiner Ausflug in den Label-Dschungel 11
Anke Siegert, GRÜNE LIGA e.V.

Verwaschene Aussagekraft - EU-Effizienzlabel muss dringend aktualisiert werden 13
Christian Noll

Fairer Handel auf dem Vormarsch – Die Zeit ist reif für eine Fairtrade-Alternative im Textilmarkt 14
Interview mit Tina Gordon

Zertifizierung in der Fischerei – Label nur für die grossen Fische? 16
Heinzpeter Studer

Wo Bio draufsteht ist Bio drin – Öko-Vielfalt in den Regalen 18
Carsten Veller

Nachhaltige Schnittblumen – Von der Blumenkampagne zum Blumengütesiegel 20
Gertrud Falk

Entwaldung stoppen – Waldzertifizierung kann wichtigen Beitrag leisten 22
Martin Kaiser

Aktuell

Klimakonferenz in Accra – Klima-Rock'n Roll statt Cha-Cha-Cha nötig 24
Christoph Bals, Manfred Treber, Sven Harmeling

Konferenz zur Wirksamkeit von Entwicklungshilfe in Ghana – „Wir brauchen Aktionen, nicht nur Dokumente" 25
Monika Hoegen

Die Accra-Agenda einer effizienteren Entwicklungszusammenarbeit – Zivilgesellschaft zumindest teilweise gehört 27
Birte Rodenberg

Welt Wasser Woche in Stockholm: WECF bringt Europas Sanitation-Problem auf die Agenda 29
Johanna Hausmann, Claudia Wendland

Themen & AGs

Die Runde der Untoten – „Letzte Chance" der WTO - und doch kein Ende? 30
Tobias Reichert

Kommt die große Transformation? – Der Verkehr in Zeiten von Klimarestriktion und hoher Erdölpreise 32
Manfred Treber

Nach der COP ist vor der COP – Neue Schwerpunkte in der AG Biologische Vielfalt 34
Monika Brinkmöller

VoRWEg gehen – in die Katastrophe 34
Heffa Schücking

Kohlekraftwerksprojekte im Kreuzfeuer der Kritik – Startschuss für die Anti-Kohle-Kampagne der Klima-Allianz 36
Daniela Setton und Elias Perabo

Publikationen / Veranstaltungen / Termine 37

Forum Umwelt und Entwicklung

Impressum:
Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Koblenzer Str. 65
53173 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmöller
Serviceteil: Bettina Oehmen
Layout: Stefan Schober
Titelfoto: flickr/howard.gees

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Dezember 2008.

Liebe Leserinnen und Leser,

Jürgen Maier

Das aktuelle Heft des Rundbriefs hat den Schwerpunkt Zertifizierung – eine Wachstumsbranche besonderer Art. Wer nachhaltig wirtschaften will – oder muss – muss das im Ernstfall auch nachweisen können. Dies gilt sowohl für die Produkteigenschaften – etwa einen ökologisch angebauten Apfel – als auch für die Produktionsweise – beispielsweise fair gehandelten Kaffee. Damit dieser Nachweis glaubwürdig ist, muss er von Dritten anhand transparenter Kriterien erbracht werden. Damit sind wir bei der Zertifizierung. In dem Maße, in dem auch aufgrund der Arbeit von NGOs nachhaltige Produktionsprozesse beim Verbraucher immer mehr en vogue sind, beobachten wir heute eine regelrechte Inflation von Labels aller Art. Was da nicht alles zertifiziert wird: dass bereits die Biolandwirtschaft und der faire Handel eine ganze Palette unterschiedlicher Labels hervorgebracht haben, deren Unterschiede allenfalls Insider noch durchschauen – daran haben wir uns längst gewöhnt. Und für Ignoranten, die der Unterschied zwischen Demeter und Bioland nicht interessiert, gibt es inzwischen auch die übergreifenden Öko-Logos der EU und der Bundesregierung. Inzwischen wird aber immer mehr zertifiziert: nachhaltig und fair gefangener Fisch (aus Fisch-Sicht wohl ein Widerspruch in sich…), nachhaltige Holzwirtschaft, Schnittblumen, ja selbst das in Verruf geratene Palmöl, und so weiter. Selbst für unbestritten gesundheitsgefährliche und giftige Produkte wie Tabak gibt es jetzt schon Ökolandbau-Siegel – für die einen ist das nur konsequent, für die anderen eine glatte Perversion.

Und wem die Kriterien dieser Logos zu streng sind, der kreiert gerne mal sein eigenes. Als FSC-zertifiziertes Holz Marktanteile gewann, kam das PEFC-Logo auf, das zwar nicht viel mehr zertifiziert als die Einhaltung geltender Gesetze – aber immerhin: es ist auch ein Logo. Sowas braucht man offenbar heutzutage. Inzwischen macht sich die Erkenntnis breit, dass es fragwürdig ist, die Zertifikate-Proliferation immer weiter fortzusetzen. Aber auch Kritik kommt auf: können freiwillige Nachhaltigkeits-Zertifikate mehr erreichen als nur einem kleinen Prozentsatz von Verbrauchern (und Produzenten) ein gutes Gewissen bescheren? Die Konsequenz aus NGO-Sicht: Bestimmte Kernkomponenten solcher Nachhaltigkeitszertifikate müssen staatlich vorgegeben werden, nachdem sie sich im freiwilligen Marktsegment bewährt haben, aber auch staatlicherseits vorgegebene Nachhaltigkeitskriterien geraten in die Kritik mancher Aktivisten: die von der EU geplante Nachhaltigkeitsverordnung für Biokraftstoffe beispielsweise sei der untaugliche Versuch, darüber hinwegzutäuschen, dass es so etwas wie nachhaltige Biokraftstoffproduktion gar nicht gebe, so der Tenor.

Wie dem auch sei: Nachhaltigkeitszertifizierungen aller Art haben Konjunktur, und wer unsere Wirtschaftsweise Schritt für Schritt nachhaltiger machen will, kommt nicht daran vorbei, dass entsprechende Maßnahmen auch in irgendeiner Weise dokumentiert – zertifiziert – werden müssen. Das allein ist zwar noch lange nicht alles: der Planet Erde kann auch nachhaltig Schaden nehmen, wenn das Konsumniveau nachhaltig erzeugter Produkte ein bestimmtes Ausmaß übersteigt. Wenn alle Chinesen jeden Morgen zwei Tassen fair gehandelten Öko-Kaffee trinken würden, würde mit Sicherheit die nächste Hungerkrise ausbrechen, denn die dafür benötigten Kaffeeanbau-Flächen wären gigantisch.

Dennoch: Zertifizierung ersetzt keine ganzheitlich angelegte Politik, aber sie spielt eine zunehmend wichtige Rolle in der Politik für nachhaltige Entwicklung. Wie geht es weiter bei der Zertifizierung? Dieser Frage geht die aktuelle Ausgabe des Rundbriefes nach. Ich wünsche eine interessante Lektüre

Jürgen Maier

Schwerpunkt

Siegelchaos im Supermarktregal?

Pro und Kontra Zertifizierung und Labelling

Verbraucher, die an einem Teppich interessiert sind, der nicht von Kindern geknüpft wurde, Stadtkämmerer, die für öffentliche Gebäude Fensterrahmen ohne Tropenholz beschaffen wollen, Einkäufer für ein Textilunternehmen, die pestizidfreie Baumwolle importieren möchten - sie alle stehen vor dem gleichen Problem: Wie können sie sicher sein, dass das Ihnen angebotene Produkt wirklich ihren Anforderungen entspricht?

Als Problemlöser bietet sich ein noch relativ junger Wirtschaftszweig an, der es sich als Aufgabe gesetzt hat, die Einhaltung von Standards bei Produkten, Dienstleistungen, Herstellungsverfahren oder Handelsbeziehungen zu prüfen und durch ein Zertifikat zu bezeugen. Mit dem Instrument des „Labelling" kann die Standard-Konformität des Gegenstandes mit Wort- und/oder Bildzeichen auf Produkten, Verpackungen oder in der Marketingkommunikation dann auch öffentlich sichtbar gemacht werden.

Standardsetzung und Zertifizierung

Alle Zertifizierungssysteme, die dem Labelling dienen, beinhalten mindestens die folgenden Elemente:

- Setzung von Standards, die erfüllt werden müssen, um das Zertifikat zu erhalten
- Festlegung eines Prüfprozesses dafür, dass ein Produkt, eine Dienstleistung oder eine Person die Standards tatsächlich erfüllt
- Schaffung eines Zeichens / Labels / Logos, das die Erfüllung der Standards signalisiert
- Überwachung des bestimmungsgemäßen Gebrauchs des Zeichens und Notwendigkeit der Erneuerung der Zertifizierung nach einem definierten Zeitraum.

Die wichtigsten Akteure in diesem Prozess sind:

- Die Standard-Setzer (häufig identisch mit den Zeichen-Inhabern)
- Auditoren oder Prüfinstitute (die mehr oder weniger unabhängig von den Standardsetzern sein können)
- Zeichenverwender (meist Anbieter, die an der glaubwürdigen Kommunikation von bestimmten Eigenschaften ihrer Angebote sind)
- Zeichenadressaten (z. B. Verbraucher, Beschaffer in anderen Unternehmen oder der öffentlichen Hand).

Eine wichtige Voraussetzung für die Wirksamkeit derartiger Systeme ist nicht nur die Bekanntheit, sondern vor allem die Glaubwürdigkeit, die sie bei den Zeichenadressaten genießen. Die Glaubwürdigkeit einer Zertifizierung hängt vor allem davon ab, wer die Zertifizierung vornimmt. International unterscheidet man zwischen

- First-party certification (das Unternehmen selbst überprüft, inwieweit es die Vorgaben eingehalten hat - eine Form, die die meisten kritischen Fragen bezüglich der Gültigkeit der Prüfergebnisse aufwirft)
- Second-party certification (hier setzt eine Branche oder ein Unternehmenszusammenschluss Standards für alle Mitglieder, deren Einhaltung auch von diesem Verband überprüft wird. Auch hier handelt es sich noch nicht um eine tatsächlich unabhängige Bewertung, obwohl sie nicht nur von den Entscheidungen innerhalb eines Hauses abhängig ist)
- Third-party certification (hier handelt es sich um eine Zertifizierung, die von externen Organisationen vorgenommen wird, die dafür qualifiziert sind und ggf. sogar nach bestimmten Standards akkreditiert wurden. Dies muss als gegenwärtig weitestgehende Form der unabhängigen Überprüfung angesehen werden, obwohl letztlich auch keine komplette Unabhängigkeit gegeben ist, wenn der Geprüfte einen Prüfer bezahlt, der am Markt mit anderen Prüfinstituten konkurriert und gern einen „guten Kunden" behalten möchte). NGOs legen zusätzlich Wert darauf, dass bei der „Third-party certification" bereits die Standard-Entwicklung unter Einbeziehung der davon Betroffenen („Stakeholder") geschieht und auch im Überprüfungsprozess unabhängige NGOs und/oder Gewerkschaften beteiligt werden.

Eine besondere Form der Standardsetzung bildet die Arbeit der Normungsorganisationen. Sie werden im nationalen Rahmen durch das DIN in Berlin repräsentiert, europäisch durch das CEN und international durch die ISO. Sie sind ursprünglich aus dem Interesse an einer übergreifenden Vereinheitlichung technischer Parameter von Industrieerzeugnissen entstanden. Deshalb bilden auch historisch Unternehmen den Kern der daran beteiligten „interessierten Kreise" und der finanzierenden Träger von Normungsorganisationen. Die dadurch dominierenden wirtschaftlichen Interessen bekommen im Zeitalter der Globalisierung den Charakter des „Kampfes um internationale Wettbewerbsfähigkeit" (siehe „Deutsche Normungsstrategie"). Demgegenüber müssen Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsinteressen üblicherweise als Minderheiten-Positionen gelten, die ohne öffentliche Förderung kaum eine Chance der Mitwirkung an der Normung hätten. Noch problematischer wird diese Struktur dadurch, dass auf der europäischen Ebene seit 1985 der sogenannte „New Approach" gilt, der davon ausgeht, dass die Industrie bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen einen größtmöglichen Handlungsspielraum haben sollte und jegliche Intervention des Staates auf das unentbehrliche Minimum beschränkt werden muss.

In den letzten Jahren haben Normungsorganisationen es verstanden, ihr Geschäftsmodell auf immer mehr gesellschaftliche Bereiche zu übertragen. Die Entwicklung von Standards für Dienstleistungen, für abstrakte Phänomene wie „Qualität" und - aktuell - sogar für gesellschaftspolitisch relevante Zielsetzungen wie „Soziale Verantwortung" bezeichnet Entwicklungsetappen einer erfolgreichen Markt-Expansionsstrategie der Normungsorganisationen, die nicht nur demokratietheoretische Fragen auf-

wirft. Mit dem aktuellen Projekt der Entwicklung einer Anleitung zur Übernahme von sozialer Verantwortung durch Organisationen (ISO 26000) versucht die ISO gar, sich ein Referenzprojekt für die Durchführung internationaler Multi-Stakeholder-Prozesse zu schaffen, um ihre Aktivitäten in der Zukunft auf weitere soziale Phänomene ausdehnen zu können.

Mit der Organisation ISEAL (International Social and Environmental Accreditation and Labelling) haben sich wichtige Standardsetzer im Bereich von ökologischen und sozialen Kriterien einen eigenen Dachverband geschaffen, der mit ECLAP (Ethical Certification and Labelling Authentication Project) auch eine zur ISO alternative und offenere (aber natürlich längst nicht so einflussreiche) Plattform für internationale Standardsetzung unterstützt.

Labelling

Nachfragern, insbesondere den Verbrauchern, begegnen die Ergebnisse der Zertifizierung in Form von Zeichen, die häufig auch als „Labels", „Logos" oder „Siegel" bezeichnet werden, ohne dass eine verbindliche Definition oder ein einheitlicher Gebrauch dieser Begriffe vorausgesetzt werden könnte. Die folgende Zusammenstellung (Abb. 1) führt beispielhaft derartige Zeichen auf, die nach ihrem bestimmenden Charakter gruppiert wurden.

Der Grundgedanke des Labelling beruht darauf, dass die meisten Verbraucher weder willens noch in der Lage sind, in der unübersehbaren Fülle der Angebote „Konformitätsprüfungen" im Sinne ihrer eigenen Anforderungen selbst vorzunehmen. Auch die Bereitschaft, sich komplexeren Informationssystemen zuzuwenden, differiert von Person zu Person und in Abhängigkeit von der Wichtigkeit der Entscheidung, die zu treffen ist. So weiß zum Beispiel die Stiftung Warentest von Ihrer Leserschaft, dass ein Weglassen des Endurteils über die Testgegenstände den Nutzen für viele Abonnenten der Zeitschrift stark schmälern würde. Zwar ist entscheidungstheoretisch klar, dass eigentlich jeder Interessent auf dem Hintergrund seiner Anforderungen ein eigenes System von Gewichtung und Bewertung aufbauen müsste, dennoch lautet die häufigste Frage an Verbraucherberater: „Ist das Produkt auch `sehr gut` getestet?" Mag man es als „kognitive Bequemlichkeit" kritisieren, als objektiv unmöglich begreifen oder als Bildungsdefizit verorten, Kaufentscheidungen werden mithilfe einer enormen Komplexitätsreduktion gefällt, für die einfach zu verstehende „Signale" wie Labels ein wichtiges Hilfsmittel darstellen.

Der wesentliche Unterschied zwischen Test und Labeln besteht darin, dass Label keine Rangreihen bilden lassen, und damit für ein feiner differenziertes Urteil generell nicht geeignet sind. Label bilden nur ja/nein Entscheidungen ab („erfüllt die Vergabekriterien" / „erfüllt die Vergabekriterien nicht"). Einzelne Versuche, auch durch Label weitergehende Qualitätsdifferenzierungen auszudrücken (z.B. Gold-, Silber- und Bronzestandard) scheitern üblicherweise am mangelnden Interesse des Marketings, mit der Qualitätsaussage „zweitbester" oder „drittbester Standard" aufzutreten.

Das Marktinformationsinstrument „Label" hat inzwischen einen so massiven „Siegeszug" vollzogen, dass es schon wieder kontraproduktiv geworden ist. Die Datenbank www.label-online.de beschreibt und bewertet gegenwärtig bereits über 300 Siegel, die am deutschen Markt zu finden sind, unnötig zu fragen, wie viele Verbraucher die Bedeutung dieser Siegel kennen oder sich vor dem Kauf darüber informieren. Die übergroße Siegelvielfalt muss notwendigerweise bei den meisten Verbrauchern zu einer größeren Desorientierung führen. Orientierung bieten z.B. die Kriterien der Datenbank „Label-Online", die allerdings nur klassische Dimensionen wie Validität, Unabhängigkeit und Transparenz ins Auge fassen.

Der amerikanische Wissenschaftler Michael E. Conroy weist in seinem Werk „Branded - how the certification revolution is transforming global corporations" nach, welchen entscheidenden Anteil die Instrumente Zertifizierung und Labelling daran hatten, überhaupt soziale, ökologische und ethische Kriterien als entscheidungsrelevant in unsere Märkte einzuführen. Andererseits haben Unternehmen natürlich aus diesen Prozessen auch gelernt und reagieren in der Ihnen eigenen Weise darauf. Kommerzielle Anbieter, die es mit neuen „ethischen Marktsegmenten" zu tun haben, empfinden sie entweder als wachsende Konkurrenz oder sie erkennen sie als potenziellen eigenen Absatzmarkt. Dementsprechend unterschiedlich sind auch die Strategien, mit denen Unternehmen auf Umweltzeichen, Biosiegel, Fairtrade-Logo oder andere ethisch motivierte Alternativen am Markt reagieren. Mögliche Varianten sind:

- Gegnerschaft - öffentliche Kritik:
  Versuche, die Glaubwürdigkeit alternativer Angebote zu erschüttern gab es immer und wird es immer wieder geben. Hier treffen sich zum Teil Konkurrenz-Motive und Mechanismen eines auf Skandalisierung orientierten Presse-Segmentes.

- Kooperation - auf den Zug aufspringen:
  Diese Reaktion hat in den letzten Jahren z.B. dem Fairen Handel Kooperationspartner wie Nestlé oder LIDL beschert, an die man vor Jahren noch nicht gedacht hätte. Sie lösen in der Bewegung immer wieder kontroverse Diskussionen und mühsame Lernprozesse aus, aber diese Unternehmen halten sich immerhin an die Spielregeln und erfüllen die Standards, die das Zertifizierungs- und Labelsystem aufgestellt hat.

- Entwickeln eigener Systeme - „me-too" Strategie:
  Mithilfe selbstgeschaffener Zeichen oder ungeschützter Begriffe, die ebenfalls ein „Verantwortungs-Motiv" signalisieren sollen, wird versucht, auf der Welle der qualitativ hochwertigen Informationssysteme „mitzuschwimmen". Dieses Verfahren ist üblicherweise kostengünstiger und lässt sich leichter auf die eigenen Unternehmensziele ausrichten. Für die Verbraucher erhöht sich damit allerdings die Gefahr der Irreführung, da kaum klar wird, welche Unterschiede bei den verwendeten Standards bestehen.

- Optimierung der vorhandenen Systeme:
  Multinationale Anbieter mit großen Absatzbewegungen in vielen Ländern haben die Möglichkeit, sich aus dem Angebot von Standards und Marktinformationssystemen jeweils diejenigen herauszupicken, die aus ihrer Sicht in den jeweiligen Märkten am besten geeignet erscheinen. Hier ist es vor allem die Fülle an un-

terschiedlichen Sozialstandards, die aktuell zu immer mehr Unübersichtlichkeit führt. Konnte z.B. der Faire Handel bisher dafür gelobt werden, dass er im Gegensatz zu den hunderten Zeichen der Umweltbewegung im Wesentlichen zwei Zeichensysteme verwendete („Fairtrade" für die Produkte und „Ifat" für die Organisationen), so wird dieser Vorteil gegenwärtig durch weitere Systeme, die von Externen in den Markt gedrückt werden, stark gefährdet.

Systeme bewerten statt Labels

In der gegenwärtigen Situation mit der Überfülle an Labels und ihrem sehr unterschiedlichen Gebrauch genügt es nicht mehr, Zertifizierung und Labels nur nach formalen Kriterien zu bewerten, so wie dies in der oben erwähnten Datenbank „Label-Online" geschieht. Vielmehr geht es auch und vor allem um die Funktion und die Wirksamkeit des Systems, für das das Label steht. Ein Beispiel aus dem Fairen Handel soll dies verdeutlichen:

Vom internationalen Dachverband Fairtrade Labelling Organizations International (FLO) wurde im Jahr 2003 die unabhängige Organisation FLO Cert in Bonn gegründet, um den derzeit höchsten Qualitätsanforderungen an eine unabhängige Zertifizierung der Fairtrade-Produkte nachzukommen. Die Organisation strebte deshalb die Akkreditierung nach dem ISO/IEC-Guide 65 an, der Regeln aufstellt, nach denen Zertifizierungen durchgeführt werden sollen. In der Folge wurde insbesondere eine Überarbeitung der Kriterien-Definitionen und Indikatoren notwendig, um eindeutige und glaubhafte Bewertungen aussprechen zu können. Mit der endgültigen Akkreditierung von FLO Cert durch die Deutsche Akkreditierungssystem Prüfwesen GmbH (DAP) im Oktober 2007 wurde dieses Ziel erreicht und die FLO-Standards können damit als das weltweite Referenzsystem für die Zertifizierung von Fairtrade-Produkten gelten. In der Praxis heißt das, dass jede andere Organisation, die sich innerhalb des ISO-Systems für die Zertifizierung von Fairtrade-Produkten akkreditieren lassen will, die von FLO gesetzten Standards nicht unterschreiten darf.

Allerdings werden inzwischen auch Siegel-Systeme, die andere Ursprünge haben, für Produktgruppen eingesetzt, in denen bisher fast ausschließlich das FLO-Siegel genutzt wurde. So hat etwa die Rainforest-Alliance, deren Gründungsziel es war, Umweltschäden aufgrund der Produktionsbedingungen auf Plantagen zu mindern, sich zusätzliche Sozialkriterien gegeben, um modernen Konzepten der „Nachhaltigkeit" nachzukommen. Das Rainforest-Siegel wird nun auch auf Kaffees verwendet, die von Rainforest-zertifizierten Plantagen stammen. Für die Verbraucher würde es einen enormen Aufwand bedeuten, sich im Einzelnen über die unterschiedlichen Standards des Rainforest- und des FLO-Siegels zu informieren. In anderen europäischen Ländern (z.B. den Niederlanden) werden auch Kaffees angeboten, die das „UTZ-Kapeh-Siegel" tragen. UTZ-Kapeh wurde 1999 von Kaffeeunternehmen in Guatemala ins Leben gerufen und wird von Produzenten-Organisationen und NGOs unterstützt.

Anders als bei von Herstellern selbstfabrizierten Siegeln stehen hinter der Rainforest-Alliance und UTZ-Kapeh immerhin unterstützende NGOs und es werden Instrumente einer unabhängigen Verifizierung angewendet. FLO und die Rainforest-Alliance (RA) sind gleichermaßen Mitglied bei ISEAL und folgen einem gemeinsamen Code of Conduct. Dies darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wirkungsweisen des FLO-Systems und des RA-Systems sich grundsätzlich darin unterscheiden, dass bei FLO ein „fairer Preis" gezahlt wird, was bei der RA nicht der Fall ist. Beim FLO-Ansatz werden also den Produzenten in der dritten Welt die notwendigen materiellen Mittel zur Umstellung auf eine kriteriengerechte Produktion sofort (auf Wusch auch auf „Vorkasse") zur Verfügung gestellt und die Entwicklungsfortschritte werden in genau definierten Audit-Prozessen gemeinsam beschlossen und überprüft. Bei der RA wird „Konformität" gefordert - erst wenn diese erfüllt ist, wird zertifiziert und erst danach können die Produzenten auf evtl. Vorteile am Markt hoffen - in Form von besseren Marktzugängen oder höheren Verkaufspreisen. Handelt es sich hier also letztlich um ein Marktmodell, dass sich kaum von demjenigen unterscheidet, unter dem die Produzenten seit Jahrhunderten gelitten haben, so strebt FLO im Gegensatz dazu ein Entwicklungsmodell an, in dem die Entwicklungsschritte partizipativ festgelegt und von Beginn an materiell unterstützt werden. Derartige Unterschiede werden allerdings von formalen Betrachtungen der unterschiedlichen Label-Konstruktionen nicht erfasst. Stattdessen benötigen wir unabhängige (auch vergleichende) wissenschaftliche Untersuchungen zur Wirkung der unterschiedlichen Label-Systeme, um hier entscheiden zu können, welche Investition tatsächlich die gesetzten Ziele erreicht und deshalb unser weiteres Engagement verdient hat. Bisherige weitgehend interessengeleitete Befragungen der Zeicheninhaber oder Zeichennutzer leisten dies bei weitem nicht.

Volkmar Lübke

Der Autor arbeitet seit 1980 in, mit und für deutsche und europäische Verbraucherorganisationen. Seine inhaltlichen Arbeitsschwerpunkte sind nachhaltiger Konsum, Fairer Handel und Unternehmensverantwortung.

Quo Vadis? – Umwelt- und Sozialstandards am Scheideweg

Zukünftig mehr Fokus auf die Wirkung von Standards nötig

Die Entwicklung, Umsetzung und Zertifizierung von Umwelt- und Sozialstandards in den verschiedensten Bereichen unseres Handelns und Wirtschaftens haben in den vergangenen Jahren einen Siegeszug ohne Gleichen erlebt. Neue Initiativen zur Entwicklung von Umwelt- und Sozialstandards entstehen am laufenden Band. Selbst einfache Produkte und Dienstleistungen sind heutzutage gleich mit mehreren Gütesiegeln ausgezeichnet.

Diese breite Akzeptanz für Umwelt- und Sozialstandards und der weltweite Boom von Standardsetzungs-, Zertifizierungs- und Gütezeicheninitiativen haben durchaus positive Entwicklungen ausgelöst. So gibt es unzählige Beispiele dafür, dass sich die ökologischen und sozialen Bedingungen unter denen Produkte hergestellt, verarbeitet und gehandelt werden, erheblich verbessert haben. Es steht außer Zweifel, dass Märkte, insbesondere Massenmärkte in den Industrieländern des Nordens über ihre Kauf- und Investitionsentscheidungen ganz erheblichen Einfluss auf soziale und ökologische Produktionsbedingungen nicht nur im eigenen Land, sondern eben auch weltweit nehmen können.

Vorreitern dieser weltweiten Standards- und Zertifizierungsbewegung, wie IFOAM[1], IOAS[2], FLO[3], FSC[4], SAI[5], MSC[6], MAC[7], RA[8] ist es zu verdanken, dass heute eine gleichwertige Beteiligung aller relevanten Interessengruppen akzeptiert ist, wo noch vor kurzem Industrieinitiativen gegründet wurden, um Initiativen der Zivilgesellschaft von der Entwicklung von Umwelt- und Sozialstandards fernzuhalten.

Beteiligung und Zusammenarbeit

Die Erkenntnis, dass eine gleichwertige Beteiligung aller relevanten Interessengruppen notwendig und wichtig ist, hat in vielen Bereichen zur Zusammenarbeit von Akteuren geführt, die noch vor wenigen Jahren über konfrontative Kampagnen gegeneinander gearbeitet haben. Es ist weitgehend unbestritten, dass die Energie, die noch vor wenigen Jahren in öffentlichkeitswirksame "schwarz - weiß" Konfrontation floss, heute in der Zusammenarbeit wesentlich mehr erreicht. Gleichzeitig ist aber auch klar geworden, dass die Ergebnisse der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren keineswegs "schwarz – weiß", sondern vielmehr eine lange Reihe von "Grauschattierungen" reflektieren.

Vorreiter – Gefangene ihres Erfolges

Im Kielwasser jedes erfolgreichen Vorreiters gibt es mittlerweile im gleichen Feld eine ganze Schar von Nachahmern, deren Umwelt- und Sozialstandards in den allermeisten Fällen hier und da etwas weniger anspruchsvoll sind. Darüber hinaus haben sich unzählige neue Initiativen zu Umwelt- und Sozialstandards in bisher nicht abgedeckten Feldern menschlichen Wirtschaftens und Handelns formiert. Ein hervorragendes Beispiel für eine Vielfalt von parallelen Standardprozessen, ist derzeit im Bereich von Biokraftstoffen zu beobachten. Ähnlich, wie bei den Nachahmern der klassischen Vorreiter wird auch bei den allermeisten Initiativen in neuen Bereichen nur in begrenztem Umfang auf bereits bestehenden Standards zurückgegriffen. Auch hier zeigt sich immer häufiger eine Tendenz zu mehr oder weniger kleinen "Abkürzungen" bei der Formulierung von Standards und damit weniger anspruchsvollen sozialen und ökologischen Anforderungen. Ganz grundsätzlich scheint sich ein Trend zu weniger anspruchsvollen Umwelt- und Sozialstandards in den verschiedensten Bereichen unseres Handelns und Wirtschaftens abzuzeichnen.

Das Rad neu erfinden

Selbst die glaubwürdigen Initiativen stoßen im Spannungsfeld zwischen unerlässlicher fachlicher Kompetenz in den Bereichen Standardsetzung, Akkreditierung, Zertifizierung und Produktkennzeichnung, unverzichtbarer gleichwertiger Beteiligung aller relevanten Interessen, sowie der Notwendigkeit Umwelt- und Sozialstandards innerhalb überschaubarer Zeiträume anzubieten, an ihre Grenzen. Unzureichende fachliche Kompetenz und mangelnde Beteiligung hat bei neuen Initiativen hat nicht selten dazu geführt, dass bereits bestehende Standards und Instrumente zur Standardsetzung, Akkreditierung, Zertifizierung und Produktkennzeichnung nur partiell berücksichtigt wurden. Anstatt auf bestehende Systeme zurückzugreifen, wurde "das Rad" schon mehr als einmal neu erfunden.

Ganz ähnliches gilt für die Beteiligung relevanter Interessengruppen. Bei verschiedensten Unweltgruppen und sozialen Trägern hat sich durchaus die Erkenntnis durchgesetzt, dass Umwelt- und Sozialstandards für menschliches Handeln und Wirtschaften extrem wichtig und hervorragend dazu geeignet sind, über politische, wirtschaftliche und technische Steuerungsmechanismen nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Gleichwohl wird die Mitwirkung bei Initiativen zur Entwicklung von Umwelt- und Sozialstandards immer häufiger nicht mit der notwendigen fachlichen Kompetenz und Priorität ausgestattet. Es gibt bereits ernstzunehmende Anzeichen dafür, dass Unweltorganisationen und soziale Initiativen angesichts der wachsenden Vielfalt und Komplexität beginnen, sich aus Standardsetzungsprozessen zurückzuziehen und zu klassischer konfrontativer Kampagnenarbeit zurückzukehren.

Und wo Akteure in den reichen Ländern des Nordens beginnen überfordert zu sein, gehen Interessengruppen in Ländern des Südens häufig hoffnungslos unter. Angesichts einer zunehmenden Globalisierung menschlichen Wirtschaftens und Handelns und angesichts der weltweiten Herausforderungen an nachhaltige Entwicklung darf sich aber gerade die gleichwertige Mitwirkung aller Beteiligten nicht auf die wirtschaftlich und politisch potenten Akteure des Nordens reduzieren.

Allerdings sind selbst die besten Standards bedeutungslos, wenn Sie mit ungeeigneten Akkreditierungs-, Zertifizierungs-, und Produktkennzeichnungssystemen umgesetzt werden. Nur wenn die entsprechenden Verfahren für Standardsetzung, Akkreditierung, Zertifizierung und Produktkennzeichnung in der richtigen Kombination eingesetzt werden, kann man hoffen, dass auch tatsächlich die Erwartungen der Beteiligten adressiert und erfüllt wer-

den. Eines der meist zitierten Beispiele hierfür ist sicherlich die Zertifizierung von Umweltmanagementsystemen nach ISO, bei der es sich eben nicht um die Zertifizierung von umweltgerechtem Wirtschaften als Solchem handelt. Vielmehr werden innerbetriebliche Systeme zertifiziert, die umweltgerechtes Wirtschaften ermöglichen sollen. Studien in Nordamerika und Europa haben wiederholt gezeigt, dass das Vorhandensein und die Zertifizierung von innerbetrieblichen Umweltmanagementsystemen jedoch nicht notwendiger Weise auch zu umweltgerechtem Wirtschaften führen.

In den vergangenen Jahren hat sich aber auch noch ein ganz anderes zentrales Defizit gezeigt, das nahezu allen derzeitigen Umwelt- und Sozialstandardinitiativen eigen ist. Standards sind in ihrer heutigen Form weitgehend aktivitätsorientiert formuliert. D.h. sie enthalten Anweisungen welche ökologisch und sozial relevanten Aktivitäten durchzuführen und welche zu unterlassen sind. Im Hintergrund steht dabei grundsätzlich immer die Annahme, dass das Durchführen beziehungsweise das Unterlassen von bestimmten Aktivitäten zu positiven ökologischen und sozialen Wirkungen führen wird.

Zahlreiche Beispiele belegen jedoch dass das Durchführen beziehungsweise das Unterlassen von bestimmten Aktivitäten keineswegs grundsätzlich zu positiven ökologischen und sozialen Wirkungen führen wird. Ein klassisches Beispiel für das Dilemma in diesem Bereich ist beispielsweise die Forderung, dass Produkte und Dienstleistungen die in Drittländern erstellt werden gesetzliche Anforderungen erfüllen müssen. Allerdings leben in verschiedenen Regionen des globalen Südens gerade die Ärmsten der Armen als Teil des sogenannten "informellen Sektors" davon, dass geltende Gesetze nicht oder nur teilweise eingehalten werden. In diesem Fall würde die Forderung nach Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen negative soziale Konsequenzen haben. Anstatt sich darauf zu konzentrieren, bestimmte Aktivitäten durchzuführen beziehungsweise zu unterlassen, muss es vielmehr darum gehen, soziale und ökologische Verbesserungen für die Beteiligten zu erreichen. Von den Standardinitiativen selbst sowie von den Nutzern der Standards wird zunehmend der Nachweis gefordert, dass ihre jeweiligen Standards in der Tat zu sozialen und ökologischen Verbesserungen führen. Zur qualitativen und quantitativen Messung und Bewertung eben dieser positiven ökologischen und sozialen Wirkungen fehlen aber derzeit in weiten Bereichen noch die Verfahren und Instrumente.

Mehr Fokus auf die Wirkung

So müssen vorrangig Verfahren und Instrumente entwickelt werden, die die qualitative und quantitative Messung und Bewertung der ökologischen und sozialen Wirkungen von Umwelt- und Sozialstandards erlauben. Dies sollte dazu führen, dass Beteiligte auf Grund der Wirkung zwischen unterschiedlichen Umwelt- und Sozialstandards unterscheiden und sich auf die Beteiligung an solchen Standardinitiativen konzentrieren können, die tatsächlich positive ökologische und soziale Verbesserungen erreichen. Qualitative und quantitative Bewertung der Wirkung könnte damit zu einer relativ einfachen Strukturierung in der unüberschaubaren Vielfalt von Umwelt- und Sozialstandards führen. Darüber hinaus könnten Umwelt- und Sozialstandards in ihre verschiedene Elemente und Anforderungen je nach deren Wirkungen zerlegt werden. Neue Initiativen könnten ihre Standards auf Grund von geforderten Wirkungen und auf der Basis bestehender Erfahrungen zusammenstellen und entwickeln. Eine schleichende Erosion von ökologischen und sozialen Anforderungen würde durch die Wirkungsanalyse erheblich verdeutlicht und könnte gezielt vermieden werden. Und das Zusammenspiel von Standard- und Umsetzungsmechanismen (Standardsetzung, Regulierung, Zertifizierung, Akkreditierung, Produktkennzeichnung, etc.) könnte anhand erzielter sozialer und ökologischer Wirkungen beurteilt werden.

Mehr Information einfacher verständlich

Ebenso notwendig wie eine stärkere Fokussierung auf die sozialen und ökologischen Wirkungen von Standards ist es, die Bereitschaft und Kompetenz zur Beteiligung an Standardprozessen in der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und bei öffentlichen Trägern zu stärken. Hier müssen insbesondere (Informations-) Systeme geschaffen werden, die es beteiligten Umweltorganisationen, Sozialinitiativen, staatlichen Akteuren, zwischenstaatlichen Organisationen und Wirtschaftsunternehmen ermöglichen, zunächst einmal einen umfassenden Überblick über bestehenden Umwelt- und Sozialstandards, Standardsetzungsprozesse und Umsetzungsinstrumente zu erlangen, diese zu analysieren, zwischen diesen zu differenzieren und gezielt auf die Erfahrungen bereits bestehender Initiativen zurückzugreifen.

Mehr Transparenz

Mehr Transparenz im Bereich Umwelt- und Sozialstandards wird auch dazu dienen zwischen originären glaubwürdigen Standardinitiativen und Nachahmern, zwischen hohen ökologischen und sozialen Anforderungen und "Greenwashing", zwischen umfassender gleichwertiger Beteiligung und einseitiger Dominanz einzelner Interessen, sowie zwischen starken und schwachen Umsetzungssystemen (hoheitlicher Regulation, Zertifizierung, Akkreditierung, etc.) zu unterscheiden. Beteiligten muss die Möglichkeit gegeben werden, in der unüberschaubaren Landschaft der Umwelt- und Sozialstandards klar zu differenzieren und sich gezielt dort einzubringen, wo die zu erwartenden Wirkungen ihren jeweiligen Interessen entsprechen.

Die Bewertung der Wirkungen von Umwelt- und Sozialstandards, mehr aber einfachere Information, sowie bessere Transparenz und Differenzierung sind notwendig damit der gegenwärtige Boom nicht unter den Erwartungen der beteiligten Interessen und seinen eigenen Erfolgen und Misserfolgen zusammenbricht. Im Gegenteil, es müssen sich neue Allianzen an der vordersten Front ökologischer und sozialer Standards bilden damit Umwelt- und Sozialstandards auch in Zukunft Maßstäbe für nachhaltige Entwicklung setzen.

Heiko Liedeker

Autor hat in den vergangenen 7 Jahren den FSC geleitet und erfolgreich als Vorreiter im Bereich Umwelt- und Sozialstandards positioniert

1 *IFOAM: International Federation of Organic Agriculture Movements, Bonn, Germany*
2 *IOAS: International Organic Accreditation Service, Dickinson, ND, USA*
3 *FLO: Fair Trade Labelling Organizations International, Bonn, Germany*
4 *FSC: Forest Stewardship Council, Bonn, Germany*
5 *SAI: Social Accountability International, New York, NY, USA*
6 *MSC: Marine Stewardship Council, London, United Kingdom*
7 *MAC: Marine Aquarium Council, Honolulu, Hawaii, USA*
8 *RA: Rainforest Alliance, New York, NY, USA*

Flut von Standardinitiativen in Europa eindämmen

Meta-Standard oder global gültiger Standard?

Die Diskussion um das Für und Wider von Zertifizierung erhitzt die Gemüter und die Meinungen gehen weit auseinander. Während die einen Zertifizierung als das Allheilmittel für eine nachhaltige Produktion sehen, verdammen die anderen Zertifizierung als „Greenwashing" und Alibi-Instrument multinationaler Konzerne. Die Wahrheit liegt irgendwo dazwischen und hängt wesentlich von der Ausgestaltung der Zertifizierungssysteme ab.

Fakt ist, dass der Nutzungsdruck auf Agrargüter durch Bevölkerungswachstum und rasante wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellen- und Entwicklungsländern weiter zunehmen wird. Damit ist der Umgang mit den natürlichen Ressourcen eine der großen Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen.

Auslöser für diese Diskussion ist der derzeitige Boom der Biotreibstoffe. Dieser sorgt in vielen Teilen der Welt für soziale und ökologische Probleme. Oft wird dabei vergessen, dass die Kritikpunkte übertragbar sind auf Produktionsverfahren, die genauso die Lebensmittel- und die Futtermittelproduktion betreffen.

Zahlreiche Initiativen suchen nach verifizierbaren Kriterien

Um der massiven Kritik von Öffentlichkeit und Verbänden nachzukommen, soll zeitnahe der Anbau von Bioenergie an Nachhaltigkeitsstandards geknüpft werden. Auf nationaler und europäischer Ebene haben sich in den letzten Monaten zahlreiche Initiativen gebildet, die versuchen den Begriff der Nachhaltigkeit mit verifizierbaren Kriterien zu untersetzen. Dabei wird häufig auf bestehende bzw. in der Entwicklung befindliche Zertifizierungssysteme zurückgegriffen wie FSC (Forest Stewardship Council), RSPO (Roundtable Sustainable Palmoil) oder RTRS (Roundtable Responsible Soy). Allen gemeinsam ist die Beschränkung auf bestimmte Rohstoffe, für andere Rohstoffe wie z.B. Jatropha gibt es noch keine Standardinitiativen.

Zudem fokussieren viele Standards nur auf soziale oder ökologische Aspekte und lassen damit einen ganzheitlichen Nachhaltigkeitsansatz vermissen. Die öffentliche Debatte, ob fair gehandelte Produkte auch ökologisch erzeugt werden sollten, zeugt von dieser Diskrepanz.

Die Flut von Standardinitiativen in Europa und weltweit hat aber auch negative Effekte. Die Übersichtlichkeit für Produzenten, Handel und Verbraucher geht verloren. Eine effiziente Einflussnahme ist häufig schon aus zeitlichen Engpässen der Stakeholder nicht möglich. Um dieser Problematik Abhilfe zu schaffen, wird derzeit vor allem die Etablierung eines Meta-Standards diskutiert. Dem gegenüber gibt es Initiativen, die sich darüber hinaus für einen global gültigen Standard („Generic Standard for Natural Resources") einsetzen.

> Viele Standards fokussieren nur auf soziale oder ökologische Aspekte und lassen damit einen ganzheitlichen Nachhaltigkeitsansatz vermissen.

Meta-Standard

Beim Meta-Standard Ansatz, wie er derzeit in Deutschland, den Niederlanden und Großbritannien entwikkelt wird, werden Benchmark-, also Referenzkriterien zugrunde gelegt, an denen sich bereits vorhandene Standards- und Zertifzierungssysteme messen müssen. Diese Benchmark-Kriterien bilden sozusagen die Grundlage an der alle anderen Zertifizierungssysteme gemessen werden, d.h. diese müssen nachweisen, dass sie den Benchmark-Kriterien des Meta-Standards folgen. Liegen Lücken vor, dann muss nachgebessert werden. Dies würde bei den vorhandenen Zertifizierungssystemen im Zusammenhang mit Biotreibstoff vor allen den Nachweis einer Reduktion von Treibhausgasen betreffen. Erst mit erbrachtem Nachweis einer klaren Treibhausgasreduktion würden diese Systeme als sog. „qualifizierte Standards" unter einem Meta-Standard zugelassen. Der Vorteil den ein Meta-Standard mit sich bringt, ist, dass auf bestehende bzw. in Entwicklung befindlichen Zertifzierungssysteme zurückgegriffen werden kann. Ein Meta-Standard könnte Duplizierungen vermeiden. Bewährte Entscheidungs- und Verifizierungsprozesse können aufgegriffen werden. Auf die langwierige, über Jahre dauernde Entwicklung von Standards kann damit verzichtet werden. Ein Meta-Standard kann daher schnell umgesetzt werden und es könnten Kosten gespart werden.

Am Beispiel des derzeit im Entstehen begriffenen Meta-Standards für Biotreibstoffe zeigt sich jedoch auch, dass es nicht einfach ist, die Benchmark-Kriterien festzulegen. Hier besteht die Gefahr, dass getrieben durch den Wunsch der Politik zu schnellen Lösungen, „schwache" Kriterien akzeptiert werden. Nachteilig ist auch, dass die Einführung neuer Kriterien, Änderungen der Schwellenwerte, etc. nur indirekt über die „qualifizierten Standards" umgesetzt werden können. Einige Kriterien wie der Nachweis einer Treibhausgasminderung müssen erst definiert und erprobt werden. Noch gibt es kein Gremium und keine Institution, die die Anerkennung übernimmt. In Deutschland ist geplant, das die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) für die Anerkennung der „qualifizierten Standards" zuständig sein soll.

Nehmen wir das Beispiel „Runder Tisch Palmöl" (RSPO). Angenommen der Standard mit seinen Prinzipien und Kriterien deckt die wesentlichen Punkte eines Meta-Standards für Biotreibstoffe ab, dann erhalten Firmen, die bereits nach RSPO zertifiziert sind, eine unkomplizierte und schnelle Anerkennung. Wäre dies nicht der Fall, etwa im Bereich der Treibhausgasreduktion, so müsste der „qualifizierte Standard" hier der RSPO nachgebessert werden - und das kann wiederum viel Zeit in Anspruch nehmen.

Abschließend gilt zu bemerken, dass alle derzeit im Entstehen befindliche Meta-Standards sich ausschließlich auf Rohstoffe für Biotreibstoff konzentrieren. Da bisher noch kein Meta-Standard existiert, gilt es abzuwarten, in welche Tiefe und Qualität ein Meta-

Standard geht. Initiativen, wie der in Deutschland angestoßene „Meo-Prozess", sind auf einem guten Weg, hier mit hoher Qualität einen Standard zu entwickeln.

Generic Standard – Global gültiger Standard

Die Alternative zu einem Meta-Standard könnte die Entwicklung eines neuen „Generic Standard" also eines allgemein gültigen Standards sein, mit eigenen Prinzipien und Kriterien. Dies würde die Einrichtung bzw. das Aufbauen auf bestehende Dach-Organisation bedeuten, die sich aus den Stakeholdern bestehender Zertifizierungssysteme zusammensetzen könnten.

Was wären die Vorteile eines global gültigen Standards?

Ein global gültiger Standard hätte den Vorteil, dass auf den Gemeinsamkeiten bestehender Standards aufgebaut werden und diese in einen direkt anwendbaren neuen Standard zusammen geführt werden könnten.

Bestehende Zertifizierungssysteme haben häufig nur einen begrenzten Handlungsspielraum und sind entweder räumlich (z.B. auf die Produktionsstätte oder auf die Handelswege) oder auf bestimmte Sektoren (Soja, Palmöl, Zuckerrohr) begrenzt. Ein einziger Standard könnte einfacher von Produzenten und Käufern aufgegriffen und umgesetzt werden. Im Gegensatz zum Meta-Standard bietet ein global gültiger Standard die Möglichkeit - wenn eingeführt - dass er sofort anwendbar ist und Änderung unverzüglich greifen.

Nicht zu vergessen, dass ein Generic Standard auf alle Rohstoffe angewandt werden könnte. Für Handel, Produzenten und Käufer hätte dies den Vorteil, dass sie sich auf die Entwicklung und Einhaltung eines Standards beschränken können und damit Kosten sparen. Vorstellbar wäre ein Art Ampelsystem, in dem rot für kritisch, orange für annehmbar und grün für in Ordnung stehen. Damit würde auch den Ansprüchen der Verbraucher für einfache, klare Lösungen nachgekommen.

Dennoch gibt es auch hier noch erhebliche Schwächen. Ein wesentlicher Punkt ist, dass er aller Wahrscheinlichkeit nach nur langfristig umgesetzt werden kann. Ein allgemein gültiger Standard erfordert auf jeden Fall geeignete Beteiligungsprozesse und das kann dauern. Sicher muss hier auch Überzeugungsarbeit geleistet werden, da durch einen Generic Standard eine Konkurrenz zu bestehenden Standards entstehen könnte.

Fazit

Entscheidend bei beiden Standards ist jedoch die Frage nach dem Anspruch an ökologische und soziale Kriterien. Unternehmen beteiligen sich gerne, wenn keine hohen Anforderungen gestellt werden. Je höher der Nachhaltigkeitsanspruch ist, desto schwieriger wird die Beteiligung der Unternehmen. Schnell wir dann das Kostenargument auf den Tisch gelegt, da hohe Standards und deren Verifizierung natürlich auch mit Mehrkosten verbunden sind. Andererseits kann ein niedriger Standard zu Mitnahmeeffekten führen und damit kaum zu nennenswerten Verbesserungen im Sinne einer nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen beitragen. Erfahrung aus der FSC-Zertifizierung zeigen jedoch, dass eine nachträgliche Anhebung der Standardanforderungen so gut wie nicht umsetzbar ist.

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass die Umwelt- und Entwicklungshilfeorganisationen sich verstärkt und engagiert in die Standardsetzung und Entwicklung von Zertifizierungssystemen einbringen und diese mitgestalten. Ein Verzicht auf diese Mitwirkung ist auch ein Verzicht auf qualitativ hochwertige Zertifizierungssysteme, die ökologische und soziale Kriterien berücksichtigen.

Martina Fleckenstein

Die Autorin ist Leiterin des Fachbereichs EU-Politik und Landwirtschaft beim WWF.

Literaturhinweis:
„Options to develop a Global Standard-Setting Scheme for Products derived from Natural Ressources" - Studie WWF 2008

„Shaping Globalisation – Scaling up of Voluntary Standards"

BMU-Konferenz wird Evaluierung zu freiwilligen Standards diskutieren

Im Auftrag des Entwicklungsministeriums hat die gtz eine Evaluierung zur Wirkung freiwilliger privater sozialer und ökologischer Standards durchgeführt. Die Ergebnisse sollen im Oktober im Rahmen der internationalen Konferenz diskutiert werden.

Die 2006 begonnene Evaluierung zur Wirkung privater sozialer und ökologischer Standards wurde in diesem Jahr abgeschlossen. Die Studie benennt sowohl positive Wirkungen als auch Herausforderungen, um zu einer größeren Verbreitung freiwilliger Standards zu kommen. Lösungen für diese Herausforderungen sollen auf der Konferenz „Shaping Globalisation - Scaling up of Voluntary Standards" im Oktober diskutiert werden, zu der das BMZ ausgewählte ExpertInnen aus verschiedenen Stakeholdergruppen einladen wird.

Einbindung der Partnerländer

Um die Partnerländer, in denen auch die Evaluierung stattgefunden hat einzubinden werden in vier Ländern (Brasilien, China, Indien und Kenia) Vorbereitungs-Workshops durchgeführt. In diesen vier Ländern werden in einem moderierten Workshop mit 10-15 Personen aus unterschiedlichen Stakeholdergruppen die wesentlichen Ergebnisse der BMZ-Evaluation für das jeweilige Land diskutiert.

Ziel der Konferenz

Auf Grundlage der Evaluierungen in den oben genannten Ländern sowie weiteren Evaluierungserfahrungen soll auf der Konferenz zunächst ein gemeinsames Verständnis über die Herausforderungen entwickelt werden, die sich aus der Einführung und Anwendung freiwilliger Standards ergeben. Vor diesem Hintergrund sollten sogenannte „good principles of practice" entwickelt und diskutiert werden. Vor allem soll es aber darum gehen, möglichst konkret über die nächsten Schritte für eine notwendige Skalierung, also die breitere Anwendung freiwilliger Standards zu diskutieren.

Nähere Informationen zu der Evaluierung werden in Kürze auf der BMZ-Homepage veröffentlicht werden; Informationen zur Konferenz „Shaping Globalisation – Scaling up of Voluntary Standards" (29. + 30. Oktober, Berlin) über:
frank.weissenfels@gtz.de

Nachhaltige Biokraftstoffe - gibt's das überhaupt?

Erarbeitung globaler Standards lässt hoffen

Biokraftstoffe stehen im Zentrum einer heftig geführten öffentlichen Kontroverse, die allerdings nicht überall auf der Welt gleich geführt wird. Angesichts der unübersehbaren Risiken und Nebenwirkungen unbedachter Biokraftstoffstrategien liegt für viele der Schluss nahe, dass Biokraftstoffe grundsätzlich ein Irrweg sind - allerdings ist dann die nächste Frage, was dann?

Die Antwort auf diese Frage sieht sicherlich in jedem Land, in jeder Region anders aus. Auch wenn Biokraftstoffe mit Sicherheit nicht die hochtrabenden Erwartungen erfüllen werden, die noch vor wenigen Jahren an sie geknüpft wurden, so werden sie dennoch in den nächsten Jahren eine Rolle spielen. Die Elektromobilität, die seit kurzem von Politik und Autokonzernen entdeckt wird, kann vor allem in Entwicklungsländern noch auf längere Zeit den Verbrennungsmotor nicht ersetzen - und importiertes Erdöl wird für viele immer weniger bezahlbar. Können also für die Anwendungen, in denen andere Alternativen einstweilen nicht anwendbar sind, Biokraftstoffe nachhaltig produziert und eingesetzt werden?

»Version zero« eines globalen Standards für nachhaltige Biokraftstoffe

Der vor zwei Jahren vom früheren Generalsekretär des WWF, Claude Martin, gemeinsam mit der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne initiierte globale Roundtable on Sustainable Biofuels (RSB) hat in den letzten 24 Monaten den auf den ersten Blick nahezu aussichtslos erscheinenden Versuch unternommen, eine Definition von nachhaltigen Biokraftstoffen zu finden, die von Akteuren aus allen relevanten »Stakeholdergruppen« mitgetragen werden kann: Vertretern aus Umweltorganisationen ebenso wie Ölkonzernen, Kleinbauernverbänden ebenso wie Autokonzernen, Zuckerrohrplantagenbesitzern ebenso wie Wissenschaftlern. Alle Beteiligten, darunter auch der Autor dieser Zeilen, nahmen an dem Prozess als Einzelpersonen teil. Das Ergebnis liegt seit dem August vor: Die »version zero« eines globalen Standards für nachhaltige Biokraftstoffe. Verglichen mit anderen derartigen Initiativen und Roundtables war der RSB mit Sicherheit der am heterogensten zusammengesetzte Multistakeholderprozess. Trotz der massiven Kontroversen um Biokraftstoffe lässt sich das Ergebnis gerade aus NGO-Sicht durchaus sehen.

Prinzipien und Kriterien

Die 12 Prinzipien des RSB sehen vor, dass Biokraftstoffhersteller alle Gesetze ihres Landes beachten müssen (1), dass alle Biokraftstoff-Projekte unter umfassenden Partizipationsprozessen aller beteiligten Stakeholder zustande kommen sollen (2) und im Vergleich zu fossilen Kraftstoffen signifikant zur Treibhausgasreduktion beitragen sollen (3). Prinzip 4 fordert die Einhaltung der Menschen- und Arbeiterrechte, Prinzip 5 einen Beitrag zu ländlicher Entwicklung sowie zur Entwicklung von ländlichen Gemeinschaften und indigenen Völkern. Prinzip 6 fordert, dass die Biokraftstoffproduktion die Ernährungssicherheit nicht negativ beeinflussen darf, Prinzip 7 den Schutz von Biodiversität und Gebieten mit hohem Naturschutzwert. Die Prinzipien 8,9 und 10 befassen sich mit dem Schutz von Boden, Wasser und Luft. Prinzip 11 verlangt wirtschaftliche Effizienz, Prinzip 12 die Beachtung aller Landrechte. Alle Prinzipien werden in einem umfangreichen Kriterienkatalog genauer definiert.

Hunderte von Einzelpersonen an Erarbeitung beteiligt

Am Prozess der Erarbeitung der nun vorgelegten RSB-Prinzipien und Kriterien beteiligten sich Hunderte von Einzelpersonen aus 38 Ländern. Regionale Konsultationen fanden in Brasilien, China, Indien und Südafrika statt. In 4 Arbeitsgruppen (Treibhausgasbilanz, Umweltbilanz, Sozialkriterien und Implementierung) wurden die inhaltlichen Fragen intensiv erörtert und Antworten formuliert.

Am technischsten war naturgemäß die Diskussion in der Treibhausgasbilanz-AG, in der es vor allem um Kriterien für ein akzeptables Lifecycle-Assessment ging für einen »well to tank«-Ansatz, wie man mit Nebenprodukten umzugehen hat und dergleichen. Die spannende Frage, ab welchem Prozentsatz Treibhausgasreduktion ein Biokraftstoff nun als »nachhaltig« gelten kann, ist eine politische Frage, die der RSB nicht beantwortet. Der RSB-Standard verlangt lediglich eine »signifikante« Reduktion anhand einer definierten Methodologie.

Die Umwelt-AG diskutierte intensiv die Definition von High nature Conservation Value Areas (HNCV), die Auswirkungen auf Boden, Luft und Wasser und den Umgang mit Gentechnik. Nicht durchsetzbar war der komplette explizite Verzicht auf Gentechnik - damit wäre praktisch der gesamte amerikanische Kontinent (Nord und Süd) automatisch nicht mehr dabei gewesen. Aber Gentechnik wird mit einigen Kriterien zumindest erschwert: so z.B. volle Transparenz und verbesserte »social and environmental performance«, keine Verschlechterung der Umweltauswirkungen, Maßnahmen zur Verhinderung von Ausbreitung und entsprechendes Monitoring. Das nachzuweisen, verteuert zumindest den Einsatz von Gentechnik.

Die AG zu den sozialen Auswirkungen zeichnete sich durch starke Beteiligung aus Entwicklungsländern aus. Auf ihre Arbeit hatten die Konsultationsprozesse den größten Einfluss: die Sozialprinzipien wurden dadurch deutlich ausgebaut. Für Kleinproduzenten wurden differenzierte Implementierungsleitlinien beschlossen. Landrechte, Arbeitsrechte, ländliche und soziale Entwicklung, umfangreiche Beteiligungs- und Konsultationsprinzipien sowie Arbeitsplatzschaffung fanden Eingang in den RSB-Standard. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn man feststellt, dass kaum ein Nachhaltigkeits-Standard eine derart umfassende Berücksichtigung sozialer Rechte vorsieht.

Warum vertritt wer welche Interessen?

Natürlich nimmt an einem solchen Stakeholder-Prozess niemand in »rein persönlicher Funktion« teil, ohne die Interessen seiner Stakeholdergruppe zu berücksichtigen. Insofern ist es

durchaus interessant, zu analysieren, wie die Interessen mancher Stakeholdergruppe durchaus – zumindest im Augenblick – hohe Anforderungen an Nachhaltigkeitsprinzipien für die Biokraftstoffproduktion begünstigen. Shell und BP etwa sind durchaus für hohe Anforderungen eingetreten - man könnte auch vermuten, dass dies daran liegt, dass sie es eigentlich gar nicht so schlimm finden, wenn dadurch der Ausbau der Biokraftstoffe etwas gebremst wird. Schließlich ist das Kerngeschäft noch immer Erdöl. Oder warum gerade Toyota als einziger Automobilkonzern beim RSB mitmacht und für hohe Nachhaltigkeitsanforderungen eintritt - obwohl Toyota von allen Autokonzernen am wenigsten auf Biokraftstoffe und am eindeutigsten auf Hybride mit Elektromotoren gesetzt hat? Was schadet es Toyota, wenn die Konkurrenz Probleme hat, hohe Biokraftstoffanforderungen zu erfüllen? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Auch der Präsident des brasilianischen Zuckerrohranbauerverbandes leistete zwar durchaus Widerstand gegen die aus seiner Sicht uferlos wuchernden Sozialkriterien - aber die Treibhausgasreduktions-Anforderungen konnten ihm gar nicht weit genug gehen, schließlich ist brasilianisches Zuckerrohr-Ethanol allen anderen Energiepflanzen in dieser Hinsicht konkurrenzlos überlegen. So hatte jeder am RSB Mitwirkende seine Interessen, die am Ende zu einem anspruchsvollen Standard führten.

Eigenes Zertifizierungssystem oder Input für bestehende Prozesse?

Was wird nun aus dem Entwurf? In einer weiteren 6monatigen Konsultationsphase werden nun weitere Verbesserungen angestrebt. Danach wird man sehen, ob es zu einer eigenen Zertifizierung kommt oder ob der eigentliche Wert des RSB darin besteht, Input für die zahlreichen staatlichen Prozesse zur Nachhaltigkeitszertifizierung von Biokraftstoffen zu liefern. Schließlich wird darüber nicht nur in der EU diskutiert. Es gibt ambitionierte Biokraftstoffprogramme in immer mehr Ländern, gerade auch in aufstrebenden Schwellenländern wie Indien, die ihren steigenden Ölbedarf bisher mit steigenden Importen decken. Der Wert eines Nachhaltigkeits-Standards, an dem brasilianische Zukkerrohranbauer ebenso wie indische Wissenschaftler und südafrikanische Kleinbauern mitgewirkt haben, sollte dabei nicht unterschätzt werden. Nachhaltigkeitsstandards brauchen wir schließlich nicht nur in der EU, sondern gerade auch in den Ländern, in denen Energiepflanzen angebaut werden.

RSB im Internet:
http://cgse.epfl.ch/page70341.html

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer des Forums Umwelt und Entwicklung und Mitglied im RSB-Board. Dort leitet er gemeinsam mit Kamarunga Banda vom südafrikanischen Kleinbauernverband die Arbeitsgruppe Sozialkriterien des RSB.

Wenn Ökostrom nicht ökologisch ist

Ein kleiner Ausflug in den Label-Dschungel

Die Ökostrombranche boomt - da liegt es nahe, dass nicht nur ehrliche Befürworter der erneuerbaren Energien Selbige vertreiben wollen, sondern auch diejenigen, die sich ausschließlich finanzielle Vorteile davon erhoffen. Ein vermeintlich einfacher Weg, den Überblick darüber zu behalten, was „echter Ökostrom" ist, bieten Zertifikate beziehungsweise so genannte Ökostrom-Label.

Wurde ein Ökostromanbieter ausgezeichnet, so kann man sich auf die ökologische Qualität seines Stroms verlassen - das sollte man zumindest meinen. Tatsächlich stecken hinter den Zertifikaten zum Teil aber Organisationen, denen man alles andere als blind vertrauen sollte. Das Problem mit der Ökostrom-Kennzeichnung beginnt damit, dass der Begriff Ökostrom nicht geschützt ist. Während es den Energieriesen genügt, ihren so genanntem Graustrom – meist Atom- und Kohlestrom – durch eingekaufte Zertifikate zu "grünem" Strom aufzuwerten, fordern die meisten Umweltverbände einen tatsächlichen Umweltnutzen. Sie verlangen von den Ökostromproduzenten eine direkte Förderung erneuerbarer Energien durch den Bau von Neuanlagen, zum Beispiel für Wind- und Solarstrom, um den Ausstieg aus der Kohle- und Atomindustrie voranzutreiben. Für den Verbraucher, der in der Regel kein "Energie-Experte" ist, sind die verschiedenen Motive und Absichten nur schwer zu durchschauen.

Welche Zertifikate gibt es, was zeichnet sie aus und welchen Nutzen kann der Verbraucher aus ihnen ziehen?

In Deutschland gehören die RECS-Zertifikate, das GrünerStromLabel und das ok-Power-Siegel zu den gängigsten Zertifizierungssystemen von Ökostrom. Die beiden letzteren sind streng genommen keine Zertifikate, sondern „Label". Aber alle drei geben an, dass die durch sie ausgezeichneten Produkte als „Ökostrom" angesehen werden können. Besonderes Aufsehen erregten zu Beginn des Jahres die so genannten RECS-Zertifikate. Nachdem bekannt wurde, dass mehrere vermeintliche Ökostromanbieter herkömmlichen Kohle- und Atomstrom lediglich durch den Zukauf der Zertifikate auf "Ökostrom" umdeklariert hatten, berichtete die gesamte deutsche Presse über Betrug, Ökoschwindel und legale Ökostromwäsche. Die Stadtwerke Kassel, die ihre Energieversorgung komplett auf "Ökostrom" umgestellt haben, waren eines der bekanntesten Beispiele. Das Problem mit den Zertifikaten war schon Jahre zuvor erkannt und diskutiert worden. Damals bekam die Öffentlichkeit davon allerdings nur wenig mit.

Das Renewable Energy Certificates System, kurz RECS, ist ein europäisches Handelssystem für Ökostromzertifikate. Als Ziel wird angegeben, einen europaweiten Ökostromhandel zu ermöglichen und dadurch erneuerbare Energien zu fördern. Das klingt sinnvoll, doch in Deutschland wurde die Trägerorganisation unter anderem von den Energiekonzernen Eon, RWE und Vattenfall gegründet – allein dieser Umstand sollte die Verbraucher skeptisch stimmen. RECS funktioniert so: Ökostromerzeuger erhalten Zertifikate pro Kilowattstunde produzierten Stroms. Diese Zertifikate können sie

frei handeln - der "ökologische Mehrwert" des Stroms steckt im RECS-Zertifikat und ist unabhängig vom konventionellen Stromhandel. RECS zertifiziert also lediglich, dass eine bestimmte Menge Ökostrom tatsächlich produziert und in das Stromnetz eingespeist wurde. Wer ein Zertifikat kauft, hat damit das Recht, die entsprechende Menge eigenen Stroms als Ökostrom zu verkaufen - auch wenn dieser ausschließlich aus Kohle- und Atomkraftwerken stammt. Durch die Zertifizierung kann sichergestellt werden, dass keine Doppelvermarktung von Ökostrom stattfindet - das ist die positive Seite der Zertifikate. Die Negative besteht darin, dass sich die Atom- und Kohlekonzerne durch den Erwerb der Zertifikate in den Ökostrommarkt einkaufen können.

Ein weiterer Mangel der RECS-Zertifikate ist ihr Preis. Sie werden für etwa 0,05 Cent pro Kilowattstunde und damit viel zu billig angeboten. Erst das macht es für die Kohle- und Atomkraftwerksbetreiber wirtschaftlich lukrativ, die Zertifikate zur Umdeklarierung von Graustrom zu Ökostrom zu "missbrauchen". Nur wenn die RECS-Zertifikate so teuer wären, dass sich für die großen Konzerne auf längere Sicht eher das tatsächliche Errichten und Betreiben von Ökostromanlagen lohnen würde, wäre dem Ausbau der erneuerbaren Energien gedient. Ein Anstieg der Nachfrage über das derzeit verfügbare Angebot an Ökostrom hinaus würde zu dem gleichen Ergebnis führen, liegt aber zurzeit noch in zu weiter Ferne. Der Grund: Die meisten Zertifikate werden in Skandinavien gekauft. Ein Blick auf die Stromproduktion in Europa zeigt, dass es ein sehr großes Angebot an Wasserkraftstrom gibt und es beim derzeitigen Anstieg der Ökostromnachfrage noch Jahrzehnte dauern wird, bis die Nachfrage groß genug sein wird.

Das GrünerStromLabel

Der Verein Grüner Strom Label e.V. wurde 1999 zur Zertifizierung von Ökostrom gegründet. Ziel des Vereins ist es, mehr Transparenz für interessierte Ökostromkunden zu schaffen. Hinter den Trägern und Mitgliedern des Vereins verbergen sich Eurosolar, BUND, NABU, DNR, IPPNW, Die Verbraucher Initiative und die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative. Als bedeutendstes Mittel zur Förderung der erneuerbaren Energien wird der Bau von Neuanlagen zur Produktion von Ökostrom angesehen. Daher müssen Ökostromanbieter, die das Label verwenden möchten, je Kilowattstunde mindestens einen Cent des Strompreises in den Neubau von Anlagen investieren. Diese Investition soll in Ergänzung zu staatlichen und anderen Maßnahmen stattfinden. Die Verwendung von RECS-Zertifikaten ist nicht gestattet. Bei der Stromlieferung wird stattdessen ein Herkunftsnachweis gefordert, aus dem die Anlagen, in denen der gelieferte Strom erzeugt wurde, hervorgehen, der eine Doppelvermarktung des Stroms ausschließt und einen Nachweis über seine ökologische Erzeugung erbringt. Es dürfen keine Verflechtungen mit der Atomstromindustrie bestehen. In Deutschland sind circa 120 Ökostromanbieter mit dem GrünerStromLabel zertifiziert – dazu gehören zum Beispiel die Naturstrom AG, BESTEC GmbH, ASEW/energeen und die Stadtwerke Münster. Das Label wird widerruflich für 2 Jahre erteilt, wobei eine jährliche Prüfung erfolgt.

Ok-Power

Das ok-Power-Siegel wird von dem gemeinnützigen Verein EnergieVision e.V. vergeben. Dieser wird vom Öko-Institut e.V., der Verbraucherzentrale NRW e.V. und der Umweltstiftung WWF Deutschland getragen. Als Ziel wird die Stärkung der Nachhaltigkeit und eine verbesserte Markttransparenz bei der Stromversorgung angegeben. Circa ein Drittel des in Deutschland verkauften Ökostroms sind durch das ok-Power-Siegel ausgezeichnet. Auf den ersten Blick ähneln die Kriterien von Energie Vision denen des Vereins Grüner Strom Label. Betrachtet man allerdings die Produkte, die vom ok-Power-Siegel zertifiziert wurden, so fällt schnell auf, dass auch Kohle- und Atomgiganten wie Vattenfall und die Energie Baden-Württemberg AG (EnBW) zu den Nutznießern gehören. Das ist vor allem dadurch möglich, dass der Verein die Nutzung von Zertifikaten wie RECS zulässt. Besonders verwirrend ist für den Verbraucher die Tatsache, dass ausgerechnet das Öko-Institut und der WWF Deutschland zu den Trägern des Vereins gehören. Diese Vereine pauschal als nichtökologsich abzustempeln ist trotzdem unangebracht, denn unabhängig davon, dass die RECS-Zertifikate zur Umdeklarierung von Grau- in Ökostrom "missbraucht" werden können, wird eine gute und transparente europäische Stromkennzeichnung, bei der jede Kilowattstunde Strom einen Nachweis bekommt, tatsächlich gebraucht. Bezüglich der potentiellen Gefahr der Umdeklarierung legt Energie Vision e.V. zusammen mit seinen Trägern aber eine gewisse Naivität an den Tag, denn dort wo sich Nischen öffnen, die "Missbrauch" ermöglichen, werden diese auch genutzt werden.

Den Atomausstieg selber machen

Im September 2006 entstand das bundesweite Bündnis Atomausstieg selber machen (ASM). Die DUH, Greenpeace, WWF, BUND, NABU, GRÜNE LIGA und andere Umweltorganisationen schlossen sich zusammen, um ein gemeinsames Ziel voranzutreiben. Anlass für das breite Bündnis war die Aufkündigung des Atomkonsenses durch die Atomkraftwerksbetreiber RWE, Eon, Vattenfall und EnBW im Spätsommer 2006. Um den Atomausstieg zu beschleunigen, ruft ASM die BürgerInnen seither auf, zu einem Ökostromanbieter zu wechseln, damit Vattenfall, Eon & Co. die Gewinne gekürzt werden. Das Aktionsbündnis "Atomausstieg selber machen" setzt nicht auf Label zur Stromzertifizierung sondern hat eigene Kriterien formuliert:

1. Es darf keine eigentumsrechtliche Verflechtung mit einem Stromanbieter, der Atom- oder Kohlekraftwerke betreibt oder mit Strom aus diesen Quellen handelt, bestehen.
2. Ausschließlich "grüner Strom" darf geliefert werden: Der Strom des Anbieters, wie er in der Stromkennzeichnung anzugeben ist, muss mindestens zur Hälfte aus erneuerbaren Energien stammen. Der Rest kann aus gasbetriebenen Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen kommen.
3. Alle StromkundInnen in Deutschland müssen zu diesem Anbieter wechseln können.

Will man die Energiewende vorantreiben, so sind die Kriterien von ASM sehr gute Eckpfeiler. Ein wichtiges Kriterium für Verbraucher sollte außerdem sein, dass neue Kraftwerke zur Erzeugung erneuerbarer Energie vom Ökostromanbieter gebaut werden. Dabei muss der Neubau über das Maß an ohnehin stattfindender staatlicher Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hinausgehen. RECS-Zertifikate müssen nicht kategorisch abgelehnt werden. Als technisches Nachweissystem, also als Register, eignen sie sich sehr wohl, aber wo RECS draufsteht, ist noch lange kein Ökostrom drin. Mit dem ok-Power-Label verhält es sich ähnlich. Das Label allein steht noch nicht für die Unabhängigkeit von der Atom- und Kohlelobby und dient daher nicht der Energiewende. Am besten ist hierzu das ErneuerbareEnergienLabel geeignet. Das Ziel des Wechsels sollte schließlich die Unabhängigkeit von Kohle- und Atomstrom sein. Nur über den politischen Druck, den die Wechsler auf die Stromindustrie ausüben, lässt sich die Energiewende realisieren. Fließt das Geld weiterhin zu den großen Stromkonzernen, wenn auch über den "RECS-Umweg", so bleibt die Energiewende in weiter Ferne.

Anke Siegert

Die Autorin ist Mitglied bei der Grünen Liga e.V.

Verwaschene Aussagekraft

EU-Effizienzlabel muss dringend aktualisiert werden

Seit seiner Einführung vor über zehn Jahren wirkte das EU-Effizienzlabel als erfolgreiche Orientierung für Verbraucher und wichtiger Motor für die Entwicklung effizienter Elektrogeräte. Doch seit einigen Jahren ist die Kennzeichnung für viele Produkte nicht mehr aussagekräftig. Sehr träge diskutiert die EU-Kommission derzeit mit Industrie und Zivilgesellschaft notwendige Überarbeitungen.

Ein neues Design, die Ausweitung auf weitere Gerätegruppen und vor allem eine Dynamisierung der Anforderungsniveaus scheint allseits erwünscht. Das 'Wie' ist die Frage. Die Mitte Oktober geplante Diskussion über die Erweiterung auf TV-Geräte könnte dabei entscheidend sein.

Seit 1997 regelt in Deutschland die Energieverbrauchs-Kennzeichnungsverordnung die Umsetzung der EU-Labelling-Richtlinie. Demnach müssen Haushaltsgroßgeräte sowie Leuchtmittel im Heimbereich und Klimageräte mit dem EU-Effizienzlabel versehen werden. Dieses gibt den absoluten Energie- und Wasserbedarf an sowie eine Einordnung in die Klassen A bis G. Das Label ist in der Bevölkerung etabliert und hat hohen Einfluss auf Kaufentscheidungen. Doch die Einteilung der Klassen erfolgte einmalig Mitte der 90er Jahre nach dem damaligen Stand der Technik. Bei Kühl- und Gefriergeräten wurde die Skala 2004 provisorisch durch die Klassen A+ und A++ angepasst. Bei Waschmaschinen befinden sich inzwischen 90 Prozent des Marktangebots in der A-Klasse. Allein bei Trocknern und Lampen ist das Label noch aussagekräftig. Die Erfolgsgeschichte des Labels mahnt, es dringend zu aktualisieren und auf weitere Produktgruppen auszuweiten. Die Einteilung der Klassen sollte durch eine regelmäßige Aktualisierung geregelt werden. Nur eine A-Klasse, die ausschließlich die besten 10 bis 15 Prozent kennzeichnet kann Hersteller zu weiteren Entwicklungen motivieren.

Ein europäischer Top-Runner jenseits von A bis G?

Der sogenannte europäische Top-Runner[1] soll durch Kombination der Ökodesign- und der Labelling-Richtlinie eine vergleichbare Wirkung entfalten wie sein japanisches Vorbild. Innerhalb der Ökodesign-Richtlinie werden Mindestanforderungen für Energieeffizienz festgelegt. Außerdem werden Benchmarks für die effizientesten Produkte definiert, die dann maßgeblich für das Labelling sein sollen. Auf Grundlage umfangreicher Studien, stimmen die Mitgliedsstaaten über diese Anforderungen ab. Eine Dynamisierung bestünde in einer Revision alle drei bis fünf Jahre. Die zu erwartenden Vorgaben wären ambitionierter als bei einem echten Top-Runner, die Umsetzung allerdings wesentlich bürokratischer.

Im Januar machte ein Vorschlag des Industrieverbandes CECED zur Dynamisierung des Labeldesigns Furore. Er sah eine nach oben offene numerische Skala vor. Ein anfängliches Spektrum von 1 bis 7 könnte bei Bedarf aufsteigend erweitert werden. Umwelt- und Verbraucher-NGOs beurteilen dies skeptisch. Sie sprechen sich für eine Beibehaltung der bewährten Buchstaben aus. Zusätzlich soll eine Jahreszahl eingedruckt werden. Entscheidender als das Design ist wohl die Dynamisierung überhaupt und die Verlässlichkeit der enthaltenen Angaben. Die Kontrolle von Aktualität und Umset-

zung muss besser geregelt werden. Das Label muss zudem auf weitere Produktgruppen angewendet werden, darunter TV-Geräte, Heißwasserbereiter, IT-Netzwerkgeräte wie DSL-Modems und Kaffeemaschinen.

Zum Beispiel TV-Geräte

Im Oktober sollen Ökodesign-Vorgaben für TV-Geräte diskutiert werden. Sie gelten als ausschlaggebend für die Weiterentwicklung des EU-Labels insgesamt. Das für 2010 erwartete EU-Label ist enorm wichtig, damit Verbraucher hier zuverlässige Orientierung finden. Mit wachsenden Bildflächen und damit Verbräuchen werden Fernseher zu den Kühlschränken von morgen. Doch konkrete Verbrauchswerte werden ungern kommuniziert und sind auch nur bedingt hilfreich: Die gültige Messnorm für Stromverbräuche stammt aus dem Röhrenzeitalter lässt LCD- und Plasmageräte nicht sinnvoll miteinander vergleichen. Nur eine Kennzeichnungspflicht kann ein einheitliches und anwendbares Prüfverfahren verbindlich vorgeben und damit mehr Transparenz und Effizienzwettlauf schaffen. Daneben kann das Labelling von TV-Geräten wegweisend sein um dem allgemeinen Trend zu überdimensionierten Produkten entgegen zu wirken.

Energieeffizienz jenseits von Brüssel

Ordnungsrechtliche EU-Maßnahmen sind geeignet, um technisch veraltete Produkte vom Markt zu verdrängen und klimafreundliche schneller zu verbreiten. Ein nationaler Klimaschutzfonds könnte die Vorhaben aus Brüssel zu einem wirkungsvollen Policymix ergänzen. Als ein Teil hiervon könnte ein Marktanreizprogramm den Austausch alter Geräte beschleunigen. Erfreulich ist, dass seit kurzem Umwelt- und Wirtschaftsministerium an der Einführung eines solchen Programms arbeiten. Noch mangelt es den Vorschlägen an angemessenen Budgets. Dabei würde schon die Hälfte der Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel ausreichen, um Deutschland bei der Stromeinsparung einen großen Schritt voran zu bringen.

Christian Noll
Der Autor ist Energie-Campaigner beim Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

1 Der so genannte Top-Runner-Ansatz zielt auf die "hundertprozentige Durchdringung" des Marktes mit der jeweils energieeffizientesten Technologie ab.

Fairer Handel auf dem Vormarsch

Die Zeit ist reif für eine Fairtrade-Alternative im Textilmarkt

Bewusst und nachhaltig einkaufen spielt für immer mehr Menschen eine wichtige Rolle. In vielen Fachgeschäften und Supermärkten finden die Konsumenten fair gehandelte und ökologisch verträgliche Produkte. Erkennbar sind diese an Siegeln bzw. Labeln, wie dem Fairtrade-Siegel. Die Redaktion befragte Tina Gordon von TransFair/Rugmark zu den Gründen für den Erfolg von Labeln.

Fairtrade ist weltweit das größte unabhängig kontrollierte Sozialsiegel für Produkte aus Fairem Handel. Produkte mit dem Fairtrade-Siegel verzeichnen weltweit jährliche Wachstumsraten von über 30 Prozent. Wie erklären Sie sich das?

Fairer Handel bedeutet für die Kleinproduzenten und Arbeiterinnen stabile Mindestpreise für ihre Produkte. Dazu kommt eine Fairtrade-Prämie für Projekte im sozialen, Bildungs- und Gesundheitsbereich. Ein wichtiges Merkmal im Fairen Handel sind langfristige Handelsbeziehungen, gute Arbeitsbedingungen und umweltschonender Anbau.

Fairtrade ist mit der Idee angetreten, den Welthandel fairer zu gestalten. Natürlich nicht mit der Illusion, dass dies ohne entsprechende handelspolitische Rahmenbedingungen geschehen könnte.

Internationale Handelsabkommen, Zollpolitiken und die Globalisierung haben ihre Schattenseiten. Für Kleinproduzenten, Baumwollfarmen in Westafrika oder auch Teepflückerinnen in Darjeeling bieten sie keine Chance zur Weiterentwicklung. Fairtrade dagegen hat ein klares entwicklungspolitisches Ziel: das Empowerment der Kleinproduzenten und Plantagenarbeiterinnen und die Verringerung der Armut im Süden.

Das könnte man doch auch ohne das Fairtrade-Siegel machen. Was ist das Besondere an einem Siegel?

Handel und Industrie können und sollen natürlich einen fairen Umgang mit Produzenten und Konsumenten suchen. Mit dem Fairtrade-Siegel wird für den Konsumenten allerdings auf einen Blick deutlich, dass ein Produkt unabhängig geprüft wurde und damit glaubwürdiger ist als eines mit firmeneigener Kennzeichnung. Faitrade schafft für den Verbraucher verlässliche Kommunikation, vergleichbar mit dem Bio-Siegel. Beim Griff ins Regal steht dem Konsumenten eine klare

Wofür steht Fairtrade?

In 21 Konsumentenländern, und 58 Produzentenländern im Süden ist Fairtrade aktiv. Über 650 Produzentenorganisationen im Süden sind beteiligt und schaffen für über 7,5 Million Menschen bessere Arbeits- und Lebensbedingungen. Marktzugang für Kleinbauern und Ernährungssicherung durch Anbau von Lebensmitteln fördert Fairtrade ebenso, wie biologischen Anbau und soziale Entwicklung. Gentechnisch manipuliertes Saatgut und Pflanzen sind bei Fairtrade nicht erlaubt.

Mit dem internationalen Fairtrade- Siegel werden allein in Deutschland über 800 Produkte in 30.000 Supermärkten, Bio-Märkten und Fachgeschäften angeboten. Weltweit sind über 1500 Firmen Lizenznehmer des Fairtrade-Siegels.

Fairtrade das größte unabhängig kontrollierte Siegel für Produkte aus Fairem Handel. Fairtrade garantiert Mindestpreise für die Rohstoffe, ergänzend eine Fairtrade-Prämie für eigene Sozial-Projekte, langfristige Handelbeziehungen, gute Arbeitsbedingungen und umweltschonenden Anbau.

Weitere Informationen unter:
www.transfair.org www.fairtrade.net

und schnelle Entscheidungsgrundlage zur Verfügung. Aus Sicht des Fairen Handels hätte es ohne Siegel wahrscheinlich wesentlich länger gedauert fair gehandelte Produkte in den (normalen) Supermarkt zu bringen.

Zertifizierung nimmt immer mehr Raum ein in der Siegeldebatte. Wie funktioniert dieses System bei Fairtrade und welche Wirkung hat es?

Alle an der Fairtrade-Handelskette beteiligten, also Firmen, Produzentenorganisation, Exporteure und Importeure werden überprüft. Die FLO-Cert GmbH, eine unabhängige Zertifizierungsgesellschaft, die seit 2007 auch ISO 65 1) akkreditiert ist, kontrolliert gemeinsam mit lokalen Inspektoren die Einhaltung der Standards in der gesamten Lieferkette. Bei Mängeln verlangt FLO-Cert Korrekturen. Gelingen diese nicht in der vorgesehenen Zeit, droht eine Aberkennung des Fairtrade-Siegels.

Für Fairtrade ist es eine Frage der Glaubwürdigkeit ausschließlich mit Produzentengruppen zu arbeiten, die bereit sind, sich für die Entwicklung ihrer Mitglieder zu engagieren und Schritt für Schritt die Produktionsbedingungen sozialer und umweltgerechter zu gestalten.

Sind fair gehandelte Produkte automatisch auch ökologisch produziert?

Für jedes Produkt definiert der Fairtrade-Standard auch Umweltkriterien. Umweltkonventionen, WHO-Standards und Pestizidverbotslisten bilden die Grundlage dafür. Mittlerweile kann man sagen, dass Fairtrade und Bio zu einer Erfolgskombination geworden sind. Schon zwei Drittel aller fairen Produkte stammen aus biologisch zertifiziertem Anbau. Dabei schafft Fairtrade oftmals erst die Voraussetzungen, um auf biologischen Anbau umzustellen. Fairtrade-Produkte sind jedoch nicht automatisch ökologisch produziert. Bei Fairtrade stehen soziale Aspekte im Vordergrund. Ökologisch produzierte Fairtrade-Produkte müssen daher zusätzlich nach den Bio-Standards zertifiziert werden um auch das Bio-Siegel zu erhalten.

Ist es nicht ungewöhnlich, das Konsumenten zu einer Zeit, in der die Preise steigen trotzdem zu teureren Produkten greifen, weil sie fair gehandelt sind?

Immer mehr Konsumenten wollen mit gutem Gewissen genießen. Fairer Handel und ethisch einwandfreie Produktion, Nachhaltigkeit, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit sind mitentscheidend für den Verkauf.

Die „Lohas" (lifestyle of health and sustainability) achten beim Kauf besonders auf Nachhaltigkeit. Sie sind eine wichtige Konsumentengruppe für fair gehandelte Produkte. Aber so zahlreich wie in manchen Marketing-Studien dargestellt, sind sie nun auch wieder nicht. Aber es gibt sie und der Handel muss und will Produkte für sie anbieten.

Zugute kommt dem fairen Handel auch, dass im Discountbereich seit einigen Jahren eine Verbesserungen und Steigerung der Produktqualität stattfindet. Die Ladengestaltung wird verbessert und mehr Bio & Fairtrade - Produkte werden ins Sortiment genommen. Fairtrade gilt als ein Modul in der Aufwertung des Warensortiments. Über 90 Prozent der Konsumenten kaufen bei Discountern ein. Ihr Marktanteil liegt bei 43 Prozent. Werden dort Fairtrade-Produkte angeboten, erhöht sich natürlich auch der Absatz. Und davon profitieren letztendlich auch die Produzenten und Arbeiterinnen im Süden. Die Zeiten, in denen fair gehandelte Produkte das Image hatten, nicht besonders gut zu schmecken, sind endgültig vorbei. Heute werden die mittlerweile über 800 Fairtrade-Produkte in Deutschland auch wegen ihrer Qualität und des guten Geschmacks gekauft..

Wäre es denkbar, dass eine gesetzliche Initiative die auf Freiwilligkeit beruhende Initiative von Fairtrade ersetzt?

Eigentlich besteht kein Mangel an gesetzlichen Vorgaben und weltweit gültigen Konventionen. Wären diese bereits umgesetzt, dürfte es so gut wie keine Armut mehr geben. Die Fair-trade-Standards basieren auf Menschenrechten, ILO-Konventionen und Umweltstandards. Das Problem liegt bei der Umsetzung und im Bereich der sozialen Entwicklung bzw. der gezielten Armutsbekämpfung. Wenn alle Staaten aktiv für die von ihnen unterzeichneten Konventionen sorgen würden, wäre Fairtrade möglicherweise nicht entstanden. Wir sind aber leider weit davon entfernt. Die Millenniumsziele fordern die Halbierung der Armut weltweit bis zum Jahr 2015. Schon heute hegen viele Zweifel ob dieses Ziel verwirklicht wird.

Quelle: TransFair/M. Richter

Guoba Mala, Paramanga, Burkina Faso

„Letzten Februar fand eine Versammlung aller Dörfer statt, in der wir darüber abgestimmt haben, was mit der Fairtrade-Prämie passieren soll. Wir wollten zwei Sachen machen: Ein Versammlungs- und Schulungshaus bauen und eine Krankenstation. Das Geld hat aber nur für ein Projekt gereicht. Wir haben uns für das Schulungshaus entschieden. In unserem Dorf können nur zwei Leute in ihrer Sprachen Schreiben und Lesen. In dem Schulungshaus lernen wir jetzt alle Lesen und Schreiben. Bis jetzt gibt es erst eine Klasse, aber wir haben auch gerade erst angefangen."

Wie wird es weitergehen bei Fairtade? Bisher wurden vorrangig Lebensmittel ausgezeichnet. Mit Fairtrade-Baumwolle sind Sie jetzt auch im Non-Food-Bereich aktiv.

Die Fairtrade-Baumwolle stammt aus Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. TransFair stellt dabei Afrika bewusst in den Mittelpunkt. Der Kontinent ist nach den USA der größte Exporteur für Baumwolle, und das „weiße Gold" ist dort für mehr als 20 Millionen Menschen die Haupteinnahmequelle. Die Baumwollbauern und -Bäuerinnen leiden vor allem unter den Subventionen der großen Industrieländer für die heimische Baumwolle. Allein die Ausgaben der USA von 4 Mrd. US-Dollar jährlich bedeuten für Afrika einen Verlust von 250

bis 500 Mill. US-Dollar pro Jahr. Für ein Land wie Burkina Faso, eines der ärmsten Länder der Welt, hat das dramatische Folgen. Die Bauern können ihre Baumwolle nicht mehr verkaufen und bleiben auf den Ernten sitzen.

Mit Hilfe des Fairen Handels und den daraus bedingten Mehreinnahmen können Baumwollproduzenten ihre Lebensqualität spürbar verbessern. Auch ökologische Nachhaltigkeit spielt bei Fairtrade eine große Rolle: In einigen Fairtrade-zertifizierten Kooperativen wurde bereits auf biologisch angebaute Baumwolle umgestellt. Der Bio-Anbau bedeutet für die Baumwollpflücker und -pflükkerinnen höhere Einnahmen. Für die Frauen in den Anbauländern spielt Bio eine besonders wichtige Rolle: Die Ernte von konventioneller Baumwolle ist für sie aufgrund der angewendeten Pestizide und des Risikos während der Schwangerschaft zu hoch. Auf den Fairtrade-Bio-Baumwollfeldern können sie ein eigenes Einkommen erwirtschaften. Außerdem bestimmen die Frauen zusammen mit den Männern über die Verwendung der Fairtrade-Prämie.

Interview mit Tina Gordon, TransFair/RugMark, die Fragen stellte Monika Brinkmöller.

1 ISO 65 ist die international führende Leitlinie für Zertifizierungsorganisationen. Sie bestätigen, dass ein Qualitätsmanagement existiert, der Zertifizierungsprozess transparent ist, Produzenten und Konsumenten regelmäßig informiert und unabhängige Entscheidungen zur Zertifizierung getroffen werden. Durch eine Kontrolle des Zertifizierers von dritter Seite wird die Glaubwürdigkeit der Organisation bestätigt.

Zertifizierung in der Fischerei

Label nur für die grossen Fische?

Die Öko-Zertifizierung in der Fischerei konzentriert sich bisher auf die industrielle Produktion im Norden. Die kleinsten Fischer blieben aussen vor. Gerade sie stehen aber unter dem grössten Druck und haben den schlechtesten Zugang zu einem Markt mit guten Preisen.

Für die kleinen artisanalen Fischer hat der Schweizer Verein fair-fish in einem Pilotprojekt im Senegal ein Programm entwickelt, das weit über die übliche Öko-Zertifizierung hinausgeht: Es stellt strengste Anforderungen, welche von der industriellen Fischerei nicht erfüllt werden können. Damit erhalten artisanale Fischer einen eigenen und unverlierbaren Marktzugang.

Artisanale Fischerei überall auf der Abschussliste

Weltweit geraten die kleinen, artisanalen Fischer zunehmend in Bedrängnis - also ausgerecht jene Fischerei, welche aufgrund ihrer lokalen Verankerung und ihres beschränkten Aktionsradius' am ehesten nachhaltig orientiert ist und zudem am besten in der Lage, lokal für viele Hände Arbeit zu schaffen und die lokale Versorgung mit Protein zu sichern.

Faktoren der Bedrängnis sind zum einen die wachsende Industrialisierung der Fischerei, die damit verbundene Konkurrenzierung der Ressource und die Fischereipolitik der grossen Fangnationen.

Was sich an den Küsten der Entwicklungsländer schon länger abzeichnet, ist neuerdings auch in Europa zu beobachten. Auch hier kommt die artisanale Fischerei zunehmend unter Druck. Mit milliardenschweren Subventionen verfolgt die EU-Fischereipolitik ein Ziel: Verschrottung kleiner Boote und deren Ersatz durch immer grössere Fangschiffe. Dabei wird die gesamte Fangkapazität entgegen den Notwendigkeiten einer nachhaltigen Ausrichtung sogar eher noch erhöht, was wiederum zulasten der kleinen lokalen Fische-

fair-fish-Kriterien: Beispiel fairer Handel

- Basis sind die jeweils höheren Anforderungen aus nationalen Bestimmungen und ILO-Richtlinien
- Mindestabnahmepreise werden zusammen den Fischern für jede Fischart festgelegt. Sie sind saisonunabhängig und liegen mindestens 10 Prozent über dem vergleichbaren Jahresmittel auf dem lokalen Markt
- Bestellung und Kauf der Fische über die lokalen Fischerfrauen (traditionelle Fischhändlerinnen. Sie kontrollieren und sortieren die Fische und werden zu einem mit ihnen festgelegten Preis entschädigt).
- Gesundheitsvorsorge: Die beteiligten Fischer/frauen, deren Ehegatten und schulpflichtigen Kinder werden bei einer kollektiven Krankenkasse versichert.
- Unfallvorsorge: Jeder be teiligte Fischer erhält leihweise eine Schwimmweste. Weitere Vorsorgemassnahmen werden jährlich geprüft.
- Kinderarbeit: Kein Kind darf eine erwachsene Person bei Arbeiten für eine Fischerei für fair-fish ersetzen. Toleriert wird einzig die Anwesenheit von Kindern bei den Tätigkeiten nach der Fischerei, am Strand oder in ihrem Dorf, jedoch ausschliesslich ausserhalb der Schulstunden. Jedes Kind der beteiligten Fischer/frauen besucht regelmässig den Schulunterricht.
- Organisation und Mitsprache der Fischer/frauen: fair-fish fördert die Bildung von Vereinen der Fischer und der Fischerfrauen und sorgt für deren Mitbestimmung bei Entscheidungen.
- Prämie: fair-fish erhebt eine Prämie, welche 10 Prozent der an die Fischer ausbezahlten Preise entspricht, und stellt sie den Vereinen der Fischer und der Fischerfrauen zur Förderung von Projekten der lokalen Entwicklung ausserhalb der Fischerei zur Verfügung.
- Personal und Dienstleister: fair-fish entschädigt Mitarbeiter und Dienstleister zu mit ihnen festgelegten Tarifen, welche mindestens 10 Prozent über den lokalen Mindestansätzen liegen. Mitarbeiter erhalten zudem die obligatorischen Versicherungsbeiträge.

Die detaillierten Regelungen finden sich in den allgemeinen Richtlinien und in den Weisungen für den Senegal (www.fair-fish.ch/wissen/richtlinien). Basis der Massnahmen ist eine aufwendige Registrierung der Beteiligten und ihrer Angehörigen, welche auch als Hilfsmittel zur Kontrolle des Schulbesuchs dient.

reien geht. Diese werden zudem seit einigen Jahren wissenschaftlich eng begleitet mit dem Ziel, traditionelle Kenntnisse zu systematisieren, um sie dann den industriellen Flotten zugänglich zu machen - paradigmatisch kommt dies zum Ausdruck in der Fischerei-Sequenz des Films «We Feed the World» von Erwin Wagenhofer.

Besserer Marktzugang dank fair-fish-Zertifizierung

Ein Problem der artisanalen Fischerei besteht im schlechten Zugang zu zuverlässigen Märkten, die für entsprechende Qualität einen höheren Preis bezahlen. Die Spiesse der kleinen Fischereien sind in der Regel sehr viel kürzer als jene grosser Fischerei- und Vermarktungsorganisationen. Die Zertifizierung für ein Label kann hier für mehr Gleichberechtigung sorgen, falls die Richtlinien so streng sind, dass sie von industriellen und daher weniger rücksichtsvollen Fischereien gar nicht erfüllt werden können. Zwar wollen sich neuerdings auch Öko-Labels wie MSC (WWF) oder Friend of the Sea der artisanalen Fischerei öffnen, doch bleibt diese auch hier der Konkurrenz der industriellen Fischerei ausgesetzt, da die Kriterien der Zertifizierung im Ansatz auf die Industrie ausgelegt sind.

Der fair-fish-Standard geht wesentlich weiter:

- Reduktion des Leidens der Tiere: kurze Gefangenschaft, sofortige Betäubung und Tötung
- nachhaltige Fischerei: sehr extensive (so genannt «unrationelle») Fangmethoden, in Zusammenarbeit mit Friend of the Sea Ausschluss von umweltschädigenden Fangmethoden und überfischten Arten sowie minimaler Beifang, ferner Management-Massnahmen und CO_2-Kompensation
- fairer Handel: kostendeckende Preise, Stärkung der Rolle der Frauen, Ausschluss von Kinderarbeit, lokale Entwicklungsanreize ausserhalb der Fischerei, usw. (in Anlehnung an übliche fair-trade-Standards, von denen sich allerdings noch keiner in die Fischerei vorgewagt hat)
- hohe Qualität dank stressarmem Fang, geschlossener Kühlkette ab Piroge sowie HACCP-Konzept [1] und Rückverfolgbarkeit bis zum Boot.

fair-fish bald auch in Deutschland

Bisher besteht einzig in der Schweiz ein Verein fair-fish. Die Gründung von Schwestervereinen in Deutschland und in Österreich ist in Vorbereitung. Damit soll die in zehn Jahren aufgebaute Dokumentation und Politik im gesamten deutschen Sprachraum umgesetzt werden können. Ziel ist es, international Einfluss auf Fischerei und Fischzucht zu nehmen. Vereine in anderssprachigen europäischen Ländern sollen später gegründet werden.

Solange die Büros in Berlin und Wien noch nicht operativ sind, wenden sich interessierte Personen und Organisationen bitte an die Schweizer Fachstelle:

Verein fair-fish
Heinzpeter Studer
Burgstrasse 107,
CH-8408 Winterthur
Fix 0041 52 301 44 35, Fax 0041 52 301 45 80, Mob 0041 79 54 53 53 9
hps@fair-fish.ch, www.fair-fish.ch

Multifaktorieller Ansatz

Die vier Zielbereiche der fair-fish-Richtlinien (Tierschutz, Nachhaltigkeit, fairer Handel und Qualität) verstärken sich gegenseitig. Die Massnahmen im einen Zielbereich fördern auch Ziele in den andern Bereichen.

So sind z. B. die Anforderungen an die Reduktion des Leidens der Tiere nicht allein aus tierschützerisch-ethischer Sicht von Bedeutung. Gleichzeitig fördern sie nämlich auch die drei andern Zielbereiche, denn schonender Umgang mit dem Tier

- ist nur möglich mit extensiven Fischereimethoden,
- ist nur möglich für artisanale Fischer, die dadurch einen konkurrenzlosen Marktzugang erhalten,
- reduziert die Ausschüttung von Stresshormonen und verbessert dadurch die Qualität, was den Fischern über einen besseren Preis zugute kommt

Praxiserprobter Ansatz

Mit einem 2007 abgeschlossenen und von der SGS [Société Générale de Surveillance] zertifizierten Pilotprojekt im Senegal konnte gezeigt werden, dass eine artisanale Fischerei nach den weltweit strengsten fair-fish-Standards möglich ist.

Nach einer umfassenden, auf praktischen Erfahrungen mit 20 Testimporten basierenden Machbarkeitsanalyse im Auftrag der Migros urteilte diese, dass es fair-fish gelungen sei, «Nachhaltigkeit, fairen Handel, Tierschutz, Qualitätssicherung und Rückverfolgbarkeit zu gewährleisten und extern zertifizieren zu lassen». Die wirtschaftliche Machbarkeit hingegen wurde von Migros als zu riskant beurteilt, weshalb sie sich im Mai 2007 aus dem Projekt zurückzog.

Wir versuchen derzeit, zusammen mit senegalesischen Kollegen die faire Fischerei im Senegal wieder aufzunehmen, finanziert durch lokale Verkäufe und kleinere Importe nach Deutschland und der Schweiz, um das erste konkrete Beispiel für faire Fischerei lebendig zu erhalten.

Zertifizierung von Fischereien in Westeuropa

Die im Pilotprojekt entwickelten Standards sind grundsätzlich auch an den Küsten Westeuropas anwendbar. Derzeit sucht fair-fish nach westeuropäischen Küstenfischereien, die sich für eine Zertifizierung eignen.

Damit bieten sich drei Chancen:

1. Für die kleinen artisanalen Fischer in Europa: Nur kleine, lokal und extensiv tätige Fischereien können die hohen Anforderungen von fair-fish erfüllen. Damit erhalten sie Zugang zu einer Marktnische, die ihnen nicht von Billigkonkurrenten streitig gemacht werden kann.
2. Die Etablierung weiterer Praxisbeispiele für die Anwendbarkeit der fair-fish-Richtlinien.
3. Für vermehrten Druck auf die heute übliche Fischerei: Werden die hohen Standards von fair-fish in der Praxis umgesetzt, so werden sie zum Maßstab für weniger nachhaltigen Angebote.

Heinzpeter Studer

Der Autor ist Initiant und Leiter der Fachstelle fair-fish.

1 Das Hazard Analysis and Critical Control Point-Konzept (abgekürzt: HACCP-Konzept, deutsch: Gefährdungsanalyse und kritische Lenkungspunkte) ist ein vorbeugendes System, das die Sicherheit von Lebensmitteln und Verbrauchern gewährleisten soll.

Wo Bio draufsteht ist Bio drin

Öko-Vielfalt in den Regalen

Bio-Bananen bei Aldi, Bio-Karotten bei Lidl und Öko-Fisch bei REWE. Überall kann der Kunde mittlerweile Bio-Produkte kaufen. Der Markt für Öko-Produkte in Deutschland ist 2007 um 18 Prozent gewachsen und hat ein Umsatzvolumen von 5,45 Mrd. Euro erreicht. Ist das überhaupt noch alles Bio, was derzeit in den Läden liegt? Welchen Siegeln können wir vertrauen und was sind die Unterschiede? Und welchen Beitrag kann der Öko-Landbau damit zum Thema Klimaschutz und Welternährung leisten?

Für alle Lebensmittel gilt: Dort wo Bio oder Öko drauf steht, ist auch Bio oder Öko drin. Die Begriffe biologisch oder ökologisch sind bei Lebensmitteln nach der EU-Bio-Verordnung 2092/91 gesetzlich geschützt. Die Öko-Produkte müssen die Code-Nummer der Öko-Kontrollstelle des letzten kontrollpflichtigen Vorgangs (z.B. DE-005-Öko-Kontrollstelle) auf der Verpackung nennen. Das seit 2001 auf dem deutschen Markt eingeführte Bio-Siegel kennzeichnet Produkte und Lebensmittel, die nach den Vorschriften der EG-Bio-Verordnung produziert und kontrolliert wurden.

Neben der gesetzlichen Grundlage für den Ökologischen Landbau, gibt es Richtlinien privater Organisationen und Verbände. Diese haben zum Teil eine wesentlich längere Geschichte und auch einen umfassenderen Ansatz. Naturland veröffentlichte seine ersten Richtlinien beispielsweise bereits im Jahre 1982. Auch nach der Schaffung des ersten Teils der EG-Bio-Verordnung für pflanzliche Produkte im Jahre 1991 entwickelte Naturland viele neue Bereiche wie zum Beispiel die ökologische Aquakultur und hat zwischenzeitlich seine Richtlinien kontinuierlich weiterentwickelt. Die höherwertige Öko-Qualität der Verbände, die über den gesetzlichen Standard hinausgeht, ist an den Verbandszeichen, wie zum Beispiel von Naturland und demeter zu erkennen. Die Öko-Verbände sowie Vertreter von Herstellung und Handel sind im Bund ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) organisiert.

Wie wird kontrolliert?

Unabhängige, staatlich zugelassene Kontrollinstitute stellen sicher, dass immer „Naturland drin ist, wo Naturland drauf steht". Diese Kontrollen werden von Naturland beauftragt und arbeiten mit Naturland weltweit zusammen. Ein peruanischer Kaffeebauer wird genauso kontrolliert wie ein Milchviehbauer im Allgäu. Zu der Kontrolle dürfen die Kontrolleure jederzeit und unangemeldet kommen. Dann wird der Warenein- und -ausgang, das heißt jede Rechnung und jeder Lieferschein, überprüft. So wird sichergestellt, dass nichts Unerlaubtes, wie chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel oder leichtlösliche Mineraldünger eingekauft wurden und dass die Erntemengen genau der Größe des Betriebes und den Erträgen im ökologischen Landbau entsprechen.

Der Inspektionsrundgang über den Betrieb kann je nach Betriebsgröße mehrere Stunden dauern. Felder, Teiche, Grünland, Wald, Weinberge, Stallungen, Wirtschaftsgebäude, die Gesundheit der Tiere, Wachstum und Qualität der Feldfrüchte, Futter und Düngung werden ausführlich überprüft. Alle Betriebe müssen genau darüber Buch führen, was und wie viel sie verkaufen. Der Kontrollbericht geht an die unabhängige Naturland Anerkennungskommission, die mit externen Experten besetzt ist. Sie prüft ab, ob der Betrieb weiter das Naturland Zeichen verwenden darf. Das Zertifikat wird nur für ein Jahr bis zur nächsten Kontrolle ausgestellt. Und nur, wenn alles in Ordnung ist, darf ein Betrieb seine Erzeugnisse als Öko- bzw. Naturland zertifiziertes Lebensmittel vermarkten.

Neben den definierten Richtlinien-Unterschieden gibt es bei Naturland eine Vielzahl von Unterscheidungsmerkmalen zum Bio-Siegel, das für eine rein gesetzliche Verordnung steht. Naturland ist ein Anbauverband und wird basisdemokratisch von allen Bauernmitgliedern weltweit getragen. Er unterstützt international vor allem Kleinbauernkooperativen und arbeitet seit Ende der 80er Jahre mit den Fairhandelsorganisationen GEPA, dwp und banafair eng zusammen. Das Ziel des Öko-Verbandes ist es, öko + fair zu einer untrennbaren Einheit zu verbinden.

Neben Naturland gibt es bundesweit noch die bekannten Bio-Labels von Bioland und Demeter. Alle weiteren Siegel beschränken sich auf einzelne Regionen oder Hersteller. Es wird von Siegel-Kritikern gerne behauptet, dass über 100 verschiedene Öko-Zeichen den Verbraucher nur verwirren. Mit der Sicherheit der EG-Bio-Verordnung und der damit verbundenen gesetzlich geschützten Verwendung der Begriffe Bio und Öko werden Kunden auch bei einem breiten Öko-Angebot vor Irreführung geschützt. Es gibt keinen Bereich in der Lebensmittelherstellung, der stärker kontrolliert wird als der Bio-Sektor.

Neu ist, dass der Öko-Markt zunehmend zwischen einem Basis-Bio und einer höherwertigen Öko-Qualität differenziert (siehe auch Tabelle Naturland - Bio-Siegel).

Neue Entwicklungen

Ab Anfang 2009 gilt die neue EU-Bio-Verordnung 834/2007, welche die alte EG-Bio-Verordnung 2092/91 ablöst. Eine abschließende Bewertung ist bei Redaktionsschluss (Anfang September) noch nicht möglich, da die Umsetzung der einzelnen Durchführungsbestimmungen in den Bundesländern noch nicht geklärt ist.

Neu ist, dass das neue EU-Siegel verpflichtend auf allen Öko-Produkten stehen muss. Ein erster Entwurf für das neue Siegel wurde 2008 von der EU zurückgezogen, da der ALDI-Konzern wegen zu hoher Ähnlichkeit mit seiner Bio-Marke geklagt hatte. Neuer Termin für die Einführung des Logos ist derzeit Mitte 2010, dann dürfte das deutsche Bio-Siegel vom Markt verschwinden. Die Verbandszeichen, die für eine höhere Öko-Qualität stehen, bleiben erhalten. In den ersten Revisionsentwürfen war geplant, auch die Verbandszeichen zu verbieten und nur noch das EU-Logo zuzulassen. Dies wurde durch starke Lobbyarbeit der Öko-Verbände und unter Einsatz des deutschen Landwirtschaftsministeriums verhindert.

Die stärkere Präsenz von Bio-Themen in den Medien und die Ausweitung des Öko-Landbaus weltweit führt dazu, dass eine kontroverse Debatte über die Leistungen des Öko-Landbaus entstanden ist. Da Naturland weltweit tätig ist und Kleinbauern in Mexiko genauso Mitglied sind wie Kooperativen in Vietnam, hat Naturland aktuell Fakten zu den Themen

Unterschiede Naturland und Bio-Siegel?	
Naturland	**Bio-Siegel**
Gesamtbetriebsumstellung vorgeschrieben	Teilbetriebsumstellung möglich
Gesamt-Düngermenge auf 112 kg Stickstoff pro Jahr und Hektar begrenzt	keine Begrenzung der Gesamtdüngermenge
mindestens 50% des Futters müssen vom eigenen Betrieb stammen (Kreislaufgedanke)	keinerlei Bindung an eigenes Futter; tierische Erzeugung komplett flächenunabhängig möglich
Tierbesatz-Obergrenze/ha: 140 Hennen 280 Masthähnchen 10 Mastschweine	Tierbesatz-Obergrenzen/ha: 230 Hennen (64% höherer Stickstoffeintrag) 580 Masthähnchen (107% höher) 14 Mastschweine (40% höher)
Mögliche Risikofaktoren (Altlasten, Emittenten, Kontaminationsquellen z.B. Klärschlammausbringung) müssen ausgeschlossen werden	keine Regelung
Detaillierte Vorgaben zur Erhaltung der Tiergesundheit	keine Regelung
Verbot von Kuhtrainern (elektrische „Erziehungshilfe“, welches ein natürliches Verhalten der Kühe beim Koten unterbinden kann)	keine Regelung
28 zugelassene Zusatzstoffe in der Verarbeitung	47 zugelassene Zusatzstoffe in der Verarbeitung
Richtlinien für die soziale Verantwortung	keine Regelung

Klima und Welternährung zusammen getragen.

Öko-Landbau und Klimaschutz

Öko-Landbau ist ein modernes Agrarsystem, das von allen wichtigen Klimaexperten als die klimaschonendste Art der Landbewirtschaftung anerkannt ist. Klimaschutz durch ökologischen Landbau nach Naturland Richtlinien hat seine Wurzeln darin, dass dieser den Betriebsorganismus und seine Kreisläufe ganzheitlich und als möglichst geschlossenes System betrachtet. Die nachhaltige Gesundheit und Fruchtbarkeit dieses Organismus wird - anders als in der konventionellen Landwirtschaft - durch ein vielseitiges System von umweltverträglichen Maßnahmen sichergestellt. Diese Maßnahmen ergänzen sich gegenseitig. Energiesparendes Arbeiten ist ein wichtiger Grundsatz, auf den Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden und leichtlöslichen Mineraldüngern wird verzichtet. Diese sind sehr energieintensiv in der Herstellung, so werden jährlich weltweit 90 Millionen Tonnen Erdöl und Erdgas zu 82 Millionen Stickstoffdünger verarbeitet.

Eine Studie der TU München belegt, dass die Emission von Treibhausgasen auf Öko-Flächen auf ein Drittel verringert werden. Der höhere Humus-Gehalt in den Böden der Öko-Bauern bindet langfristig CO_2 aus der Luft. Eine aktuelle Studie des Institutes für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) von August 2008 belegt, dass bei einer Umstellung auf Öko-Landbau 15-20 Prozent der Treibhausgase eingespart werden könnten. Allein die Rinderhaltung und der höhere Flächenbedarf durch niedrigere Erträge werden kritisch gesehen. Doch gerade im globalen Kontext kann eine Umstellung auf Öko-Landbau sogar Ertragssteigerungen bedeuten.

Ertragssteigerung durch Öko-Landbau möglich

Die Hauptlast der verfehlten Agrarpolitik in den letzten Jahrzehnten tragen die Kleinbauern. Über 80 Prozent der hungernden Menschen leben in ländlichen Regionen. Hier ist das Protestpotential allerdings geringer und Fernsehkameras fehlen. Im Bericht des Weltagrarrates von 2008 hatten sich über 400 Wissenschaftler und Entwicklungsexperten darauf geeinigt, dass ökologische und soziale Aspekte derzeit zu kurz kämen und dass das traditionelle Wissen der Bauern wieder ernst genommen werden muss. „Die landwirtschaftliche Beratung sollte unbedingt auf den Erfahrungen der Bäuerinnen und Bauern aufbauen. Standortgerechte Kenntnisse müssen mit wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der ökologischen Forschung verschmelzen", fordert Friedrun Sachs, von der Internationalen Abteilung bei Naturland.

Öko-Landbau kann je nach Ausgangslage durchaus zu Ertragssteigerungen führen. Schon im Jahre 2002 zeigte eine Studie der Universität Cardiff, dass durch die Umstellung auf Öko-Landbau weltweit die Erträge zum Beispiel von Mais, Kartoffeln oder Kaffee langfristig gesichert und um bis zu 30 Prozent gesteigert werden können. Gründe hierfür sind der Aufbau der Humusschicht im Boden, Gründüngung, Mischkulturanbau sowie die bessere Wasseraufnahme und Speicherfähigheit der ökologisch bewirtschafteten Böden. Gerade empfindliche Agrarökosysteme auf tropischen Böden profitieren vom ökologischen Anbau mit nachhaltig erhöhten Erträgen. Eine Umstellung kann ihre Einkommenssituation verbessern und zu mehr Eigenständigkeit der ländlichen Bevölkerung führen.

Mittlerweile arbeiten über 49.000 Bauern, zumeist Kleinbauern in Kooperativen, weltweit nach den Naturland Richtlinien. Insgesamt werden nach Angaben der International Federation of Organic Agriculture Movements (IFOAM) derzeit 31 Millionen Hektar ökologisch bewirtschaftet.

Jeder Einkauf von ökologisch produzierten Lebensmitteln trägt zur Ausweitung des Öko-Landbaus weltweit bei. Jede zusätzliche Öko-Banane, Öko-Milch oder Öko-Möhre leistet einen Beitrag zum nachhaltigen und zukunftsfähigen Landbau. Jedes Gramm an Pestiziden, das wir einsparen können, kommt Mensch und Natur zu gute.

Carsten Veller

Der Autor arbeitet für Naturland - Verband für ökologischen Landbau e.V.

Nachhaltige Schnittblumen

Von der Blumenkampagne zum Blumengütesiegel

Es begann 1990 mit einem Aufruf kolumbianischer Blumenarbeiterinnen. Sie baten zivilgesellschaftliche Organisationen in den Konsumländern ihrer Blumen um Unterstützung zur Durchsetzung von Sozialstandards in der kolumbianischen Blumenindustrie. Daraus entwickelte sich im Laufe der Jahre das Blumengütesiegel.

Zu stark war die Macht der Unternehmer und ihre Koalition mit der kolumbianischen Regierung. ArbeiterInnen, die sich in freien Gewerkschaften organisieren wollten, wurden bedroht und entlassen. Behörden verweigerten die Registrierung neuer unabhängiger Gewerkschaften. Überstunden wurden nicht bezahlt. Arbeitstage bis zu 18 Stunden mit Akkordarbeit waren keine Seltenheit. Nach dem Sprühen von Pestiziden wurden die ArbeiterInnen mit unzureichender Schutzkleidung wieder in die Gewächshäuser geschickt, obwohl der giftige Nebel noch in der Luft hing. Arbeiterinnen waren sexueller Belästigung durch Vorarbeiter ausgesetzt. Ausbeuterische Kinderarbeit war keine Seltenheit. Dazu kam Umweltverschmutzung durch das Ablassen pestizidverseuchten Abwassers sowie die unsachgemäße Entsorgung der ebenfalls pestizidgetränkten Plastikplanen der Gewächshäuser.

In Deutschland und der Schweiz wurde das Anliegen der Blumenarbeiterinnen von verschiedenen Organisationen aufgegriffen, die sich vernetzten und die so genannte Blumenkampagne ins Leben riefen. In Deutschland waren dies vor allem Brot für die Welt, terre des hommes und FIAN. Während sich die Arbeit der Kampagne zunächst auf Kolumbien konzentrierte, wurde doch bald deutlich, dass ArbeiterInnen in anderen Produktionsländern rund um den Äquator ähnliche Arbeitsrechtsverletzungen beklagten. Aus dieser Erkenntnis entstand die Idee, einen internationalen Verhaltenskodex für sozialverantwortliche und umweltbewusste Blumenproduktion zu erarbeiten.

Der Internationale Verhaltenskodex (ICC)

Die Entwicklung des Regelwerks erfolgte in einem breiten internationalen Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen (NRO) und Gewerkschaften aus Europa, Afrika und Lateinamerika. Auf regionalen Seminaren wurden die wesentlichen Inhalte identifiziert. Die International Flower Coordination (IFC), das europäische Netzwerk, verfasste 1997 aus den Vorlagen und auf Basis der Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation sowie den Pestizidklassifizierungen der Weltgesundheitsorganisation und der US-amerikanischen Umweltbehörde die zehn Standards des Verhaltenskodex:

1. Gewerkschaftsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen
2. Diskriminierungsverbot
3. Existenz sichernde Löhne
4. Geregelte Arbeitszeiten
5. Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz
6. Verantwortlicher Umgang mit Pestiziden und Chemikalien
7. Arbeitsplatzsicherheit
8. Umweltschutz
9. Verbot von ausbeuterischer Kinderarbeit
10. Verbot von Zwangsarbeit

Um den relativ allgemein gehaltenen Kodex in der Blumenproduktion anwendbar zu machen, ist jeder Standard durch Richtlinien zur Anwendung ergänzt. Diese verlangen auch eine transparente Vorgehensweise bei der Kontrolle der Blumenbetriebe. Zivilgesellschaftliche Organisationen in den jeweiligen Ländern sollen in die Kontrollen einbezogen werden und die Möglichkeit haben, Beschwerden von ArbeiterInnen an die Kontrolleure weiterzuleiten. So waren der Verhaltenskodex und seine Anwendung von Anfang an nicht nur zur Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards gedacht, sondern auch zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteure in Entwicklungsländern.

Der ICC war der erste Verhaltenskodex in der Blumenbranche, der nur von zivilgesellschaftlichen Organisationen erarbeitet wurde und der sowohl Umwelt als auch Sozialstandards enthielt. Bis zu seiner Fertigstellung 1998 gab es nur Umweltkodizes im Blumensektor.

Die ersten Schritte

Für ein einjähriges Pilotprojekt zur Anwendung des ICC konnte die Schweizer Supermarktkette Migros gewonnen werden, die damals bereits regelmäßig Schnittblumen in ihrem Sortiment hatte. Ein Produktionsbetrieb in Simbabwe willigte ein mit Unterstützung durch den IFC und Migros den Kodex umzusetzen. Das Pilotprojekt wurde ein Erfolg. Zum einen erwies sich der ICC als anwendbar und zum anderen wurden mit seiner Anwendung tatsächlich deutliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und des Umweltschutzes erreicht.

Mit den positiven Ergebnissen in der Tasche wendeten sich die Blumenkampagne 1998 in Deutschland und der Schweiz an Transfair und Max Havelaar mit dem Angebot, den ICC zu nutzen um Blumen ins Warensortiment aufzunehmen. Während Max Havelaar den Vorschlag aufgriff, lehnte Transfair ab. Vor zehn Jahren boten deutsche Supermärkten kaum Schnittblumen an und den Handelsweg zu rund 15.000 FloristInnen zu kontrollieren stellte eine kaum zu bewältigende Aufgabe dar. Außerdem hatte Transfair damals noch keine Erfahrung im Handel mit schnell verderblichen Waren.

Das Flower Label Program

Parallel zu dieser Entwicklung hatte der deutsche Verband der Blumengroßhändler und Importeure (BGI) als Reaktion auf den öffentlichen Druck der Blumenkampagne ein Gütesiegel ins Leben gerufen, dessen Standards allerdings von der Blumenkampagne als nicht weitreichend genug kritisiert wurden. Aufgrund der anhaltenden Kritik willigte der BGI 1999 schließlich ein, den ICC als Standard für das Siegel zu übernehmen und akzeptierte NRO und Gewerkschaften als Partner. Das war die Geburtsstunde des Gütesiegels Flower Label Program (FLP). Mit einer Anschubfinanzierung der GTZ nahm es seine Arbeit auf.

Das FLP ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein mit vier Mitgliedsgruppen: NRO, Gewerkschaften, zertifizierte Produzenten und Blumenhändler. Jede Gruppe wählt ein Mitglied in den Vorstand, dessen Vorsitz zwischen den Gruppen Handel/Produzenten und NRO/Gewerkschaften rotiert. Die Mitgliederversammlung trifft die politischen Entscheidungen.

Die Zertifizierung der Blumenbetriebe liegt allein in den Händen der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die die Mitglieder des Zertifizierungskomitees stellen. FLP finanziert sich überwiegend aus Mitgliedsbeiträgen und zu einem kleinen Anteil aus Drittmitteln.

Glaubwürdige Zertifizierung

Die Farminspektionen werden von unabhängigen Prüforganisationen durchgeführt, die nach Möglichkeit aus dem Land kommen, in dem die Farmen sich befinden. Denn sie müssen a) neben dem Kodex und seinen Richtlinien auch das nationale Arbeits- und Umweltrecht gut kennen, b) die Sprache der ArbeiterInnen sprechen und c) mit gesellschaftlichen Regeln und Besonderheiten vertraut sein, um während der Inspektion die richtigen Fragen stellen zu können. Die Inspektionen können von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Ländern begleitet werden. Sie umfassen Gespräche mit der Geschäftsführung, Gespräche mit den ArbeiterInnen und ihren Vertretungsorganen ohne Anwesenheit der Geschäftsführung sowie die Überprüfung von Dokumenten zu Arbeitszeiterfassung, Lohnzahlungen, Einkauf von Schutzausrüstungen, etc. Die Berichte über die Inspektionen mit der Entscheidung über die Zertifizierung werden nicht nur den Geschäftsführungen der Betriebe sondern auch den Betriebsräten oder Arbeiterkomitees zugeschickt. Die Betriebe sind auch verpflichtet, ihre Belegschaft über FLP und seine Richtlinien zu informieren.

Die Farmen bezahlen die jährlichen Inspektionen, die angekündigt werden, weil die Betriebe umfangreiche Dokumente vorlegen müssen. Zusätzlich zu den angekündigten Audits führt FLP auch unangekündigte Inspektionen durch. Sie dienen der Überprüfung, ob Auflagen umgesetzt wurden oder gehen Beschwerden von ArbeiterInnen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen über Missstände nach. Denn eine jährliche angekündigte Prüfung bietet zu viele Möglichkeiten, um die Prüfer an der Nase herumzuführen.

Zurzeit gibt es 58 von FLP zertifizierte Farmen in Ecuador, Kenia und Portugal, die Mehrheit davon in Ecuador. Insgesamt hat FLP die Arbeits- und Lebensbedingungen für rund 20.000 ArbeiterInnen messbar verbessert.

Der Preis der zertifizierten Blumen entspricht dem Marktpreis. Es gibt keinen künstlichen Preisaufschlag. FLP entspricht daher eher dem Konzept der verantwortlichen Unternehmensführung als einem entwicklungspolitischen Ansatz, den der faire Handel verfolgt. FLP-Blumen haben auf dem deutschsprachigen Markt etwa 3 Prozent Marktanteil.

Vorreiter FLP

FLP ist in der Blumenbranche der Vorreiter für Sozial- und Umweltzertifizierung. Nachdem das Güteseigel erfolgreich auf den Markt getreten war, zogen bereits bestehende Umweltblumensiegel nach und entwickelten auch Sozialstandards. FLP ist in der Blumenbranche für seine hohen Standards und seine strengen Kontrollen anerkannt. Es ist hinaus das einzige Gütesiegel des Sektors, das auch unangemeldete Prüfungen durchführt.

Dabei wird es zumindest von seinen zivilgesellschaftlichen Mitgliedern nicht nur als technisches, sondern immer auch als politisches Projekt verstanden. Aufgrund seiner Wurzeln in der Blumenkampagne war es von Beginn an wichtig, den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Gruppen in den Ländern zu suchen, in denen Blumenbetriebe zertifiziert werden. Darüber hinaus hatte es von Beginn an eine transparente Informationspolitik. Namen und Adressen der zertifizierten Betriebe werden veröffentlicht und Betriebsbesuche auf Anfrage ermöglicht.

Schwächen

FLP funktioniert im freien Markt, zertifizierte Blumen sind sowohl über Direktimporte als auch bei den Versteigerungen erhältlich. Das ermöglicht zwar eine breite Streuung der Ware, die aber nur dann als FLP zertifiziert erkannt wird, wenn während des Handelswegs die Siegel nicht entfernt werden und die Händler wissen, wofür das Siegel steht.

FLP fehlen verbindliche Richtlinien für die beteiligten Händler. Es gibt keine Abnahmeverpflichtungen für den Handel. So entstehen auch die Konflikte innerhalb der Organisation vor allem zwischen den Gruppen der Produzenten und der Händler. Tatsächlich haben viele Großhändler und Floristen den Marketingvorteil, den ihnen FLP bietet, noch nicht erkannt. Darüber hinaus handelt es sich überwiegend um mittelständische Unternehmen, die nicht im Rampenlicht öffentlicher Aufmerksamkeit stehen. Viele Floristen scheuen sich außerdem, FLP-Blumen zu kennzeichnen aus Sorge, dass ihre KundInnen dann nicht gesiegelte Ware stehen lassen.

Herausforderungen

FLP sieht sich einer Reihe von Herausforderungen gegenüber:

a) Abhängigkeit vom Markt: die Nachfrage nach zertifizierten Blumen bestimmt die Bereitschaft der Produzenten strenge Standards einzuhalten. Zu wenige VerbraucherInnen sind bereit einen höheren Preis für Blumen zu bezahlen, die unter sozial- und umweltverantwortlichen Bedingungen hergestellt wurden. Dadurch bleibt der Anreiz für die Produzenten strengen Standards einzuhalten gering.
b) Wenige Sanktionsmöglichkeiten: der Klaviatur der Sanktionen ist kurz. Zwischen der Erteilung von Empfehlungen/Auflagen und Entzug des Siegels gibt es wenige Spielmöglichkeiten.
c) Druck neoliberaler Wirtschaftsform: Die zertifizierten Betriebe stehen weiterhin in Konkurrenz zu konventionell produzierenden, die sich zum Beispiel durch die verstärkte Beschäftigung von LeiharbeiterInnen Kosten entledigen.
d) Geringe Reichweite von Unternehmenskodizes: Die gesamtgesellschaftlichen Probleme, die die Blumenindustrie in Entwicklungsländern verursacht, können mit der Zertifizierung einzelner Betriebe nicht aufgefangen werden. Dies betrifft Aspekte wie Arbeitsmigration, Flächenkonkurrenz und Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch den gesamten Sektor.
e) Kontrolle allein ist unzureichend: Parallel zur Zertifizierung sind sowohl Beratung für Geschäftsführung als auch Bildung für ArbeiterInnen zu Selbstorganisation und Verhandlungsführung nötig.
f) Ständiger Wandel: Die Siegellandschaft ändert sich im Blumensektor stetig. Neue Siegel sind hinzugekommen, so dass sich FLP immer wieder neu positionieren muss.

Gertrud Falk

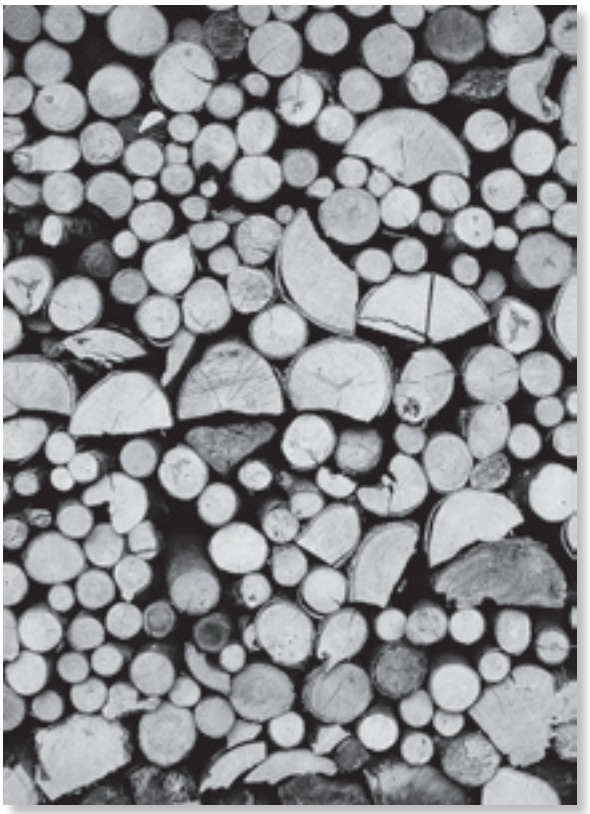
Die Autorin ist bei FIAN-Deutschland u.a. für die Blumenkampagne zuständig.
Weitere Informationen:
www.fian.de und www.fairflowers.de

Entwaldung stoppen

Waldzertifizierung kann wichtigen Beitrag leisten

Die globale Waldzerstörung schreitet ungebremst voran. Nach wie vor wird der jährliche Waldverlust auf 13 Millionen Hektar weltweit geschätzt. Pro Minute werden auf der Welt etwa 26 Hektar Wald vernichtet. Etwa ein Viertel aller klimaschädlichen CO_2-Emissionen stammen aus Urwaldzerstörung weltweit. Ursache der Waldvernichtung ist illegaler, nicht nachhaltiger Holzeinschlag, Waldbrände und die Umwandlung von Wald in landwirtschaftliche Flächen, Straßen-, Siedlungs- und Bergbau. Holz aus umstrittenen oder illegalen Quellen sowie Holz aus nicht nachhaltiger Waldbewirtschaftung ist auch auf europäischen und deutschen Märkten vorhanden.

Brennpunkt der Auseinandersetzung waren und sind tropische Wälder. In den 1980er Jahren riefen Umweltverbände zu einem Verzicht von Tropenholz auf. Der Verzicht auf tropische Hölzer und der alternative Gebrauch von so genannten „heimischen" Holzarten wie z.B. Fichte, Kiefer, Lärche ist jedoch nicht per se die bessere Wahl. Durch den Verzicht waren die Nachfrage und die Preise für Tropenholz gesunken und damit auch der wirtschaftliche Wert der Wälder in den betroffenen Tropenregionen. Ein erhöhter Einschlag zur Einkommenssicherung und vermehrte Umwandlungen von Waldflächen zugunsten anderer Landnutzungen z.B. Landwirtschaft waren die Folge. Zudem wird häufig der Begriff „heimisch" auf Holzarten angewendet, die potentiell in Deutschland wachsen, also z.B. auf Fichte, Kiefer oder Lärche. Ein Nachweis über die tatsächliche Herkunft des Holzes fehlt häufig im konkreten Einzelfall. Laut Greenpeaceberichten werden etwa 33 Prozent des in Deutschland verbrauchten Fichtenholzes importiert, rund ein Fünftel davon aus Russland – "heimisches" Holz.



Vorreiter FSC

Da die internationale Staatengemeinschaft sich seit dem Umweltgipfel in Rio 1992 bis heute nicht auf einheitliche Standards für den Schutz bzw. die ökologisch und sozial gerechte Waldbewirtschaftung verbindlich geeinigt hat, wurde mit dem Forest Stewardship Coucil (FSC) ein Zertifizierungssystem für Waldbewirtschaftung von Umweltorganisationen, sozialen Organisationen und Wirtschaftsunternehmen gegründet. Mit einem Marktinstrument sollte diejenige Waldbewirtschaftung auf dem Markt erkennbar sein, die strenge ökologische, soziale und ökonomische Kriterien einhält. Der FSC ist eine gemeinnützige und unabhängige Organisation zur Förderung verantwortungsvoller Waldwirtschaft, die weltweit tätig ist. Auf nationaler Ebene gibt es in mehr als 46 Ländern nationale FSC Arbeitsgruppen, die u.a. an der Entwicklung von nationalen FSC-Standards arbeiten sowie Informationsarbeit zum FSC leisten. Die nationale Initiative in Deutschland wurde 1997 gegründet.

Durch die Zertifizierung der Verarbeitungs- und Holzhandelskette (Chain-of-Custody) vom Wald bis zum Endhandel entsteht Transparenz für den Verbraucher. Seit der Gründung wurden bereits über 113 Millionen Hektar weltweit in 79 Ländern nach den Regeln des FSC zertifiziert.

In vielen Unternehmen sind FSC-Produkte bereits ein fester Bestandteil des Sortiments oder der Unternehmenskommunikation, so auch bei einigen Akteuren aus dem Baumarktbereich. Sie haben die Bedeutung von FSC auch für ihr eigenes Marketing erkannt und informieren Mitarbeiter und Kunden gezielt über Hintergründe und Vorteile des FSC.

Zahlreiche Studien belegen, dass der FSC v.a. in tropischen Ländern neben dem Schutz der Artenvielfalt und der Walderhaltung per se auch die sozialen Bedingungen für Beschäftige im Wald und in den Verarbeitungsbetrieben verbessert.

Ansprüche an den Wald

Die Zertifizierung verantwortungsvoll bewirtschafteter Wälder hat nach wie vor große Bedeutung. Die Ansprüche an den Wald sind vielfältig und in stetigem Wandel begriffen. Einige gesellschaftliche Ansprüche sind neu, so soll Wald als CO_2-Senke dienen und Holz einen zunehmenden Anteil des Primärenergieverbrauchs decken. Auch das Thema Biodiversität ist in den letzten Monaten in Anbetracht der 9. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) in Bonn im Mai 2008 auch bei uns verstärkt ins öffentliche Blickfeld gerutscht.

Vor allem naturschutzfachliche und wirtschaftliche Interessen, die an den Wald gestellt werden, sind häufig schwer vereinbar. Das FSC-System versteht sich in diesem Zusammenhang als ein Instrument der Meinungsfindung, das einen basisdemokratischen und breiten gesellschafltichen Konsens über die zu verfolgenden Ziele der Waldwirtschaft und deren Umsetzung widerspiegelt.

Struktur des FSC

Der FSC steht für gelebte und umgesetzte Stakeholderbeteiligung. So sind alle Entscheidungsgremien des FSC von einer Dreikammer-Struktur geprägt, in der Entscheidungen im Konsens zwischen Umweltkammer, Sozialkammer und Wirtschaftskammer getroffen werden. Mitglieder müssen sich bei der Aufnahme für eine dieser

Kammern entscheiden und ihren Antrag entsprechend begründen. Jeder kann Mitglied werden: Verbände, Waldbesitzer, Unternehmen, Gewerkschaften und auch Einzelpersonen. Diese Struktur findet sich sowohl beim FSC International als auch bei den einzelnen nationalen Arbeitsgruppen. Um einem globalen Ungleichgewicht im Vorfeld entgegenzuwirken hat der FSC auf globaler Ebene neben dem Dreikammersystem einen Ausgleich für Mitglieder der Nord- und Südhalbkugel geschaffen. Jede Kammer hat bei Entscheidungen die gleiche Stimmenzahl. Keine Kammer kann so die andere überstimmen.

Auch die Besetzung des ehrenamtlich arbeitenden Vorstandes folgt dieser dreigeteilten Gliederung: Neben einem Vorstandsvorsitzenden stellt jede Kammer einen Vorstand und einen Stellvertreter.

Standards haben 5 Jahre Gültigkeit, im Rahmen einer Revision beginnt erneut ein umfassender Diskussionsprozess, der sicher stellt, dass neue gesellschaftliche Ansprüche an den Wald im Standard abgedeckt werden. Die Revision des Deutschen FSC-Standards begann 2006 und wird voraussichtlich Ende 2008 abgeschlossen sein.

Herausforderung für FSC

Mit der erfolgreichen Etablierung des FSC wurde die waldzerstörende Industrie aus den Sektoren Papier und Holzverarbeitung aufgeschreckt, da es plötzlich möglich wurde, unternehmerisches Handeln für Verbraucher und Entscheidungsträger transparent und kontrollierbar zu machen. So wurde FSC zunächst auch von den Waldbesitzerverbänden stark bekämpft. Als dies erfolglos wurde, gründete die Industrie ein Industrielabel, PEFC. Diese Organisation hat sich nun dahin entwickelt, dass sämtliche Industrielabel der Forstwirtschaft sich dort anerkennen lassen können. Die schlimmste, waldzerstörende Forstwirtschaft mit Kahlschlag und Menschenrechtsverletzungen darf in diesen Systemen anerkannt werden und dem Verbraucher als 'nachhaltig' verkauft werden. Das ist Verbrauchertäuschung.

Der FSC steht vor großen Herausforderungen. Durch die mittlerweile große Anzahl von Wirtschaftsunternehmen, die mit FSC gutes Geld verdienen, wird auch deren direkter oder indirekter Druck und Einfluss auf die Struktur und Prozesse des FSC immer größer. Es besteht die Gefahr, dass die Interessen der Umwelt und einer sozialen gerechteren Wirtschaftsweise schrittweise marginalisiert werden. Hier muss der FSC aufpassen: Nur mit einer klaren, am Ziel des Urwald- und Walderhalts ausgerichteten Linie, kann sich der FSC seine Glaubwürdigkeit erhalten und damit eine wichtige Rolle auf dem Weg zum Erhalt der letzten Urwälder und dem Schutz des Klimas erhalten. Die andauernden Versuche der Waldbesitzer und Handelsunternehmen dieses Ziel zu verhindern, müssen klar abgewiesen werden. Es nützt dem FSC nichts Standards und Kontrollen aufzuweichen, um mehr Zertifikathalter zu bekommen.

Das höchste Organ des FSC, die Mitgliederversammlung, trifft sich am 1. Oktober 2008, um über die Revision der Waldbewirtschaftungsstandards zu beschließen. Wird dort nicht das ökologische Profil des FSC gehalten und kontrollierbarer gemacht, wird FSC in eine Krise kommen. Auch die Vollversammlung des FSC International im November 2008 muss entscheidende Weichen stellen: Können die Zertifizierer von dem Auftraggeber bei der Kontrolle unabhängig gemacht werden, so wie es im ökologischen Landbau üblich ist? Auch die Standards für Plantagen müssen deutlich verstärkt werden und das Holz aus Urwäldern sollte möglichst nicht und wenn nur extensiv genutzt werden.

Ist das FSC-System vertrauenswürdig?

Das FSC-Siegel ist laut Aussage unterschiedlicher Organisationen und Institutionen anerkannt. Führende Umweltverbände sehen im FSC das einzig weltweite glaubwürdige Waldzertifiizierungssystem. Verbraucherverbände empfehlen den Kauf von FSC-Produkten. Im Rahmen eines Vergleichs deutscher Waldzertifzierungssysteme durch das Verbrauchermagazin Ökotest schnitt der FSC mit der besten Kategorie ab. Besonderes hervorgehoben wurde hierbei die gleichberechtigte Beteiligung unterschiedlicher Interessensvertreter beim FSC und der Verzicht auf Pestizide bei FSC-Forstbetrieben in Deutschland. Auch Regierungen und Verbände anerkennen die Prinzipien und Leistungen des FSC-Systems. In vielen Ländern ist bei öffentlichen Beschaffungen von Holz und Holzprodukten das FSC-Zertifikat anerkannt, darunter in Großbritannien, Belgien, Dänemark und Deutschland.

Kennzeichnend für den FSC ist, dass die Zertifizierung von unabhängigen Unternehmen durchgeführt wird. Es ist also eine sogenannte „third party certification", die das höchte Maß an Glaubwürdigkeit garantiert. Der FSC selbst verdient nicht an der Zertifizierung. Er überprüft lediglich einmal jährlich die Zertifizierungsorganisationen darauf, ob sie die Arbeit im Sinne der FSC-Regeln ausführen. FSC-zertifizierte Forstbetriebe und Unternehmen werden ebenfalls nach Erhalt des Zertifikats jährlich überprüft. Sollten die vorgegebenen Prinzipien und Kriterien nicht eingehalten werden, verfügt der FSC über verschiedene Sanktionsmaßnahmen, die im schlimmsten Fall den Entzug des Zertifikats zur Folge haben können. Zudem sind alle Zertifizierungsberichte öffentlich zugänglich. Wird die Waldbewirtschaftung regelkonform betrieben, kann das Holz aus FSC-zertifizierten Wäldern danach mit dem FSC-Siegel ausgezeichnet und vermarktet werden.

Unsere Wälder

Die öffentlichen Wälder des Bundes, der Kommunen sowie der Länder sollten mit einer FSC-Zertifizierung den Menschen zeigen, dass ihre Steuergelder nicht der Gewinnmaximierung durch Holzausbeutung geopfert wird, sondern dem Naturschutz, dem Erhalt der Wälder sowie 10% der Waldfläche zugewiesen wird, wo die Kettensäge auch mal ruht. Die VerbraucherInnen sind nicht an Mogelzertifkaten der Industrie, wie PEFC, interessiert, sondern an ökologisch und sozial gerechten, wie dem FSC. Der Markt hat es längst begriffen. Jetzt müssen Bund, Länder und Gemeinden diesem Folgen. Und der FSC darf seinen klaren ökologischen und sozialen Kurs nicht verlassen.

Wollen wir die Folgen des globalen Klimawandels noch in den Griff bekommen, müssen die CO_2-Emissionen schon in sieben Jahren weltweit zurück gehen. Dazu muss die Entwaldung sofort gestoppt werden. FSC kann dazu einen sehr wichtigen Beitrag leisten.

Martin Kaiser

Der Autor ist Campaigner für Biodiversität und Wald bei Greenpeace Deutschland.

Aktuell

Klimakonferenz in Accra

Klima-Rock'n Roll statt Cha-Cha-Cha nötig

Der Klimagipfel in Poznan droht die Ziellatte zu niedrig zu hängen. Die in zwei Ad-hoc-Arbeitsgruppen (AWG) geführten Klimaverhandlungen in Accra (21. - 27. August 2008) setzten die vom Juni dieses Jahres in Bonn fort - Ziel ist es ja, im Dezember 2009 in Kopenhagen eine Vereinbarung über eine Nachfolgeregelung der ersten Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls zu verabschieden. Diese muss den Weg dazu ebnen, die Temperaturzunahme auf unter 2 Grad Erwärmung gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen.

Nach Accra zeichnet sich ab, dass eine wichtige Gruppe von Industrieländern verhindern will, dass überhaupt über die richtige Größenordnung der Reduktionsziele für Industrieländer - 25 bis 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 - verhandelt wird. Japan, Kanada und Australien stehen auf der Bremse. Ihre Strategie: Sie wollen warten, bis ein künftiger US-Präsident ein Ziel für die USA verkündet. Dieses wird fast sicher deutlich geringer ausfallen, da die Emissionen in den USA seit 1990 um 27 Prozent gestiegen sind. Hinter dem niedrigen Ziel - womöglich eine Stabilisierung auf dem Niveau bis 1990 oder allenfalls eine 10prozentige Reduktion - wollen sich dann die anderen Drückeberger verstecken. Damit wären die hochgradigen Schwüre, einen im großen Maße gefährlichen Klimawandel noch zu vermeiden, ad absurdum geführt. Dabei will niemand die endgültigen Reduktionszahlen jetzt schon festlegen, aber eben doch die Größenordnung. Endgültige Ziele kann es erst geben, wenn die Größe möglicher Schlupflöcher abschätzbar ist. Das hat man aus den Verhandlungen um das Kyoto-Protokoll gelernt.

Weiterentwicklung von Instrumenten

Die Arbeitsgruppe, die die weiteren Verpflichtungen der Kyoto-Staaten verhandelt, wollte eigentlich in Accra ihren Austausch darüber, mit welchen Mitteln die Industrieländer ihre zukünftige Emissionsminderung erzielen können, beenden, um sich auf dem Klimagipfel in Posen im Dezember 2008 mit der Frage neuer Reduktionsverpflichtungen für die Zeit nach 2012 beschäftigen zu können. So weit kam die von den meisten Regierungen mit zweitrangigen Verhandlern bestückte Runde aber nicht. Die Einigung darüber, dass man den gleichen Korb von Gasen wie im Kyoto-Protokoll beschränken will, erleichtert die ohnehin schon sehr komplexen Verhandlungen etwas. Für die Weiterentwicklung der ökonomischen Instrumente liegen nun die Optionen auf dem Tisch, über die man verhandeln und streiten will. Dazu gehören Horroroptionen wie der Einbezug der Atomkraft in den CDM, aber auch sehr sinnvolle Weiterentwicklungen in Richtung sektoraler Abkommen.

Auch in der Frage der Entwicklung von Instrumenten, die die notwendigen Finanzmittel für Klima- und Wälderschutz sowie Anpassung generieren, wollen viele Industriestaaten ernsthafte Verhandlungen möglichst hinauszögern. Dabei liegen - etwa von Norwegen, Mexiko, der Schweiz und Tuvalu - interessante Vorschläge für neue, auf dem Verursacherprinzip aufbauende Instrumente auf dem Tisch.

Ohne ernsthafte Ziele der Industriestaaten - sowohl, was die Reduktionen als auch was die Finanz- und Technologiekooperation angeht -, kann aber niemand erwarten, dass die Schwellenländer sich ernsthaft bewegen. Über diese insgesamt negativen Vorzeichen kann auch nicht hinwegtäuschen, dass sich Accra insgesamt durch eine konstruktivere Verhandlungsatmosphäre auszeichnete als die Verhandlungsrunden in Bangkok und Bonn in der ersten Jahreshälfte.

Fortschritt im Wald- und Flugverkehrsbereich nötig

Vorsichtig hat sich bei den Verhandlungen in Accra nach jahrelangem Stillstand Bewegung in wichtigen Fragen angedeutet. Bernarditas Castro-Muller aus den Philippinen, die Verhandlungsführerin für die Entwicklungsländer (G77 und China) brachte die internationale Klimapolitik der letzten zehn Jahre auf den Punkt. Sie erinnere sie an den Tanz Cha-Cha-Cha. Schritte nach vorne, zurück und seitlich, und letztlich stehe man wieder dort, wo man gestartet sei. "Bewegung, ohne vom Platz zu kommen", nannte sie das. Für die zentralen Punkte des Wälderschutzes und des internationalen Flug- und Schiffsverkehrs beginnt sich zumindest abzuzeichnen, wie Fortschritte aussehen könnten.

Die Vermeidung von Entwaldung in tropischen Regenwäldern nahm in Accra eine prominente Rolle ein, und dies nicht nur, weil dazu ein ganztägiger Workshop stattfand. Alle Länder wollen, dass zu diesem Thema Vereinbarungen getroffen werden. Allerdings gibt es eine große Kluft zwischen denen, für die das ein billiger Weg ist, die Reduktionsziele der Industrieländer über den Emissionshandel zu erreichen, und denen, die sowohl den Waldschutz als auch die notwendige große Transformation des Energie- und Verkehrssektors vorantreiben wollen. Zusammengefasst heißt das: Wer das, was durch Entwaldung vermieden wird, von den Zielen der Industrieländer abziehen will, will entweder nicht viel gegen die Entwaldung oder nicht viel an Klimaschutz in den Industrieländern tun. Wer aber nicht für einen notwendigen Finanzmechanismus eintritt, der will keinen ernsthaften Waldschutz.

Ganz deutlich wurde: Ohne eine Vorreiterrolle der EU wird es kein ambitioniertes Abkommen in Kopenhagen geben. Um nicht hier schon den Kampf um das Zwei-Grad-Limit zu verlieren, muss sich die deutsche Regierung im Kontext der EU-Verhandlungen zum Klima- und Energiepaket vehement dafür einsetzen, dass die Versteigerung von Emissionserlaubnissen im Emissionshandel europaweit durchgeführt und zu einem gewichtigen Anteil für die Finanzierung internationaler Klimamaßnahmen genutzt wird, unter anderem den Wälderschutz.

Der klimapolitische Cha-Cha-Cha hat auch im internationalen Flug- und Schiffsverkehr in den letzten 11 Jahren praktisch keine Bewegung nach vorne zustande gebracht, die Emissionen sind dramatisch angestiegen. Doch sowohl die eigentlichen Verhandlungen in Accra als auch die Wortmeldungen

bei einer dortigen Veranstaltung der Internationalen Zivilen Luftfahrtorganisation ICAO zeigten: es gibt immer mehr Delegationen, die diesen Skandal beenden wollen. Dies ist ein überfälliger Beitrag zum Klimaschutz. Zugleich könnte eine Abgabe oder Versteigerung von Emissionserlaubnissen im Emissionshandel eine wichtige Finanzquelle für dringliche Aufgaben wie die Anpassung an die negativen Folgen des Klimawandels oder den Wälderschutz sein. Dass dieses Potential zunehmend auch von Entwicklungsländern gesehen wird - in Accra hat der Pazifik-Inselstaat Tuvalu einen entsprechenden Vorschlag vorgelegt - könnte für die weiteren Verhandlungen zu einem neuen Klimaschutz-Abkommen bis Ende 2009 in Kopenhagen eine wichtige Rolle spielen.

Es ist höchste Zeit, vom Cha-Cha-Cha bei diesen Verhandlungen nun zum Rock'n Roll überzugehen. Der Klimagipfel in Poznan muss die Textgrundlage legen, um im nächsten Jahr mit der notwendigen Dynamik über Durchbrüche für Klimaschutz, Anpassung sowie über die notwendigen Technologie- und Finanzinstrumente zu verhandeln. Die verbleibenden Wochen bis Poznan müssen die Regierungen nun nutzen, um sich konkreter zu den Vorschlägen anderer zu äußern bzw. sich über ihre eigenen Positionen klarer zu werden. Das notwendige Ambitionsniveau muss dabei die Messlatte sein. Meldungen zu beschleunigten Eisverlust-Prozessen in Grönland und möglichen Schmelzprozessen in marinen Methanhydraten, die während Accra durch die Presse gingen, haben wieder deutlich gemacht: Die Zeit für Worte, die als Konsequenzen nur weitere Worte haben, läuft ab.

Christoph Bals, Manfred Treber, Sven Harmeling

Manfred Treber ist Klima- und Verkehrsreferent bei Germanwatch, Sven Harmeling ist dort Referent für Klima und Entwicklung und Christoph Bals Politischer Geschäftsführer.

Konferenz zur Wirksamkeit von Entwicklungshilfe in Ghana

„Wir brauchen Aktionen, nicht nur Dokumente"

Auf der Konferenz zur Wirksamkeit von Entwicklungshilfe in Ghana wurde lange um ein Abschlussdokument gerungen. Die Erfahrung zeigt: Anspruch und Wirklichkeit klaffen weiterhin auseinander. Besonders wichtig ist die stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an nationalen Entscheidungen über die Verwendung von Geldern.

Man stelle sich einmal vor, man bräuchte dringend Unterstützung für die Einrichtung des neuen Haushalts. Doch alle Freunde schenken das Gleiche. Und so hat man am Ende 23 Bügeleisen, obwohl man eher noch einen Toaster und eine Kaffeemaschine bräuchte. So ähnlich ergeht es vielen Entwicklungsländern. Die Geber aus dem reichen Norden finanzieren Projekte, um Armut und Mangel zu bekämpfen, aber häufig parallel, unabgestimmt und an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei.

Beispiel Tansania: Dort engagierten sich in der Vergangenheit tatsächlich 23 Geberländer im Gesundheitsbereich, ohne ihre Aktivitäten hinreichend zu koordinieren. In Kambodscha waren es 22 Geber, mit 109 verschiedenen Gesundheitsprojekten. Oder Vietnam: In 2007 empfing das Land 752 Delegationen aus Geberländern, die alle irgendwie Projekte in Angriff nehmen wollten. All das führt zu einem regelrechten Entwicklungshilfe-Tourismus, sagt Weltbank-Präsident Robert Zoellick. Nach seinen Berechnungen empfängt jedes Entwicklungsland im Schnitt 260 Gebermissionen pro Jahr - das macht für 2007 insgesamt stattliche 14.000 Missionen in 54 Länder weltweit.

Dass damit Schluss sein soll, ist Kerngedanke der Pariser Erklärung, die 2005 von den Mitgliedern der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) gemeinsam mit Partnerländern aus dem Süden verabschiedet wurde. Doch wie ist es nach drei Jahren um diese Reform bestellt? Um das zu überprüfen, kamen Anfang September Politiker und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen aus aller Welt in der ghanaischen Hauptstadt Accra zusammen. Dabei hätte die Tagesordnung komplexer kaum sein können: Wie kann Entwicklungshilfe endlich so gestaltet werden, dass sie bei den Armen ankommt? Wie wird demokratische Kontrolle über die Verwendung der Gelder in den Ländern des Südens sichergestellt? Wie beeinflussen die gestiegenen Nahrungsmittel- und Rohstoffpreise, der Klimawandel und ungerechte Welthandelsstrukturen die Wirksamkeit von Entwicklungshilfe? Diese und unzählige andere Fragen bestimmten die Debatten auf der Ministerkonferenz in Ghana, und bis zum letzten Moment rangen die Delegierten um den „Accra Aktionsplan" (Accra Agenda for Action, AAA), der die Weichen für Verbesserungen stellen soll.

Doch noch konkrete Festlegungen

Dabei drängten die Europäische Kommission und die deutsche Delegation unter Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul ebenso wie die Vertreter der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf klare und messbare Ziel- und Zeitvorgaben - zunächst gegen den Widerstand der Amerikaner und der Japaner. Notfalls, so hatte Wieczorek-Zeul betont, setze die EU das alleine um. In letzter Minute fanden aber doch noch konkrete Festlegungen in das Abschlussdokument Eingang. So wurde vereinbart, die Hilfszusagen der Geber transparenter und damit für die Empfängerländer planbarer zu machen. Projekte werden mindestens für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren festgelegt. Ausrüstung, Know-How, technische und personelle Ressourcen sollen vorrangig aus den Entwicklungsländern selber und nicht von den Gebern kommen - eine Formulierung, der sich die USA und Japan auch lange widersetzt hatten. Spätestens ab 2010 müssen Geber- und Nehmerländer außerdem über ihre Entwicklungsaktivitäten Rechenschaften ablegen, sowohl gegenseitig als auch gegenüber ihren jeweiligen Bürgern. Und: Anders als frühere Dokumente erkennt der Aktionsplan von Accra die wichtige Rolle der Zivilgesellschaft und ihrer verschiedenen Akteure, wie etwa Parlamente und

Nichtregierungsorganisationen, ausdrücklich an. „Die Ergebnisse sind besser als von uns zunächst befürchtet", sagte denn auch Birgit Dederichs-Bain von der Welthungerhilfe, zugleich Vertreterin der Alliance 2015, einem Zusammenschluss von sechs europäischen Entwicklungsorganisationen. Allerdings hätte sie wie auch die Vertreter vieler anderer NGOs sich an manchen Stellen noch weitere Konkretisierungen gewünscht. Demgegenüber war das internationale zivilgesellschaftliche Netzwerk „Better Aid", mit dem Aktionsplan nicht zufrieden. Er unterstütze in erster Linie weiter die Interessen der Geber. Unabhängig von den Formulierungen im Text waren sich aber alle Delegierten in Accra einig: Für die Armen dieser Welt kommt es letztlich nicht auf noch mehr Dokumente, sondern auf konkretes Handeln an.

> Es muss geprüft werden, ob Entwicklungsprojekte und -strategien wirklich helfen, das Leben der Ärmsten der Armen zu verbessern.

Forum der Zivilgesellschaft

Genau das hatten im Vorfeld der eigentlichen Ministerkonferenz auch die rund 600 Vertreter der Zivilgesellschaft – Kirchen, Gewerkschafter, Parlamentarier, Frauen- und Menschenrechtsinitiativen – immer wieder betont, die zu einem eigenen Forum zusammengekommen waren. „Action not Words" war ihr Slogan: Die Politiker sollten endlich praktisch umsetzen, was sie theoretisch versprechen. Doch das sei bislang mitnichten der Fall. Cecilia Alemany von der Frauenrechtsorganisation AWID, zugleich Mitglied im Internationalen Steuerungskreis des Forums sprach von einer "Schande für die internationale Gemeinschaft". Insbesondere das Prinzip des „Ownership", also die Eigenverantwortung der Empfänger von Entwicklungshilfe sei viel zu eng gefasst, so die Kritik der Nichtregierungsorganisationen weiter. Denn damit seien bislang in erster Linie die Regierungen der betroffenen Länder gemeint, nicht aber die Zivilgesellschaft und die Bürger selbst. Doch ohne sie kann es keine wirksame Hilfe geben, sagt zum Beispiel Rafael Marino, Vorsitzender einer philippinischen Bauernvereinigung und Mitglied des philippinischen Parlaments: "Viel zu lange hat eine kleine Elite die Ressourcen unserer Länder und die Arbeitskraft unserer Bürger genutzt, um sich zu bereichern. Und das machen sie auch bei der Entwicklungshilfe. Die wird zwar im Namen der Armen gezahlt, doch kommt ebenfalls meist den Eliten zugute. " Nur wenn es demokratische Kontrolle und Transparenz gebe, könne auch Entwicklung stattfinden. Das gilt besonders dort, wo nun im Zuge der Reform nicht mehr einzelne Projekte, sondern verstärkt eine gemeinsam abgestimmte Hilfe gezahlt werden soll - entweder als allgemeine Budgethilfe oder als sektorgebundene, finanzielle Unterstützung, das heißt für Bereiche wie Gesundheit, Bildung oder Umwelt.

Wirksamkeit anders messen

Wie viele zivilgesellschaftliche Vertreter, forderte außerdem Peter Lanzet vom EED, zugleich Vertreter von VENRO in der deutschen Ministerdelegation, die Wirksamkeit von Entwicklungshilfe künftig nicht nur daran zu messen, ob sich das Bruttosozialprodukt eines Landes erhöht hat oder daran, wie viele Straßen, Schulen oder Krankenhäuser gebaut wurden. Vielmehr müsse geprüft werden, ob Entwicklungsprojekte und -strategien wirklich helfen, die Menschen- und Bürgerrechte zu verwirklichen und das Leben der Ärmsten der Armen, etwa der Bewohner entlegener ländlicher Gebiete, zu verbessern. Dazu müssten neue Indikatoren formuliert werden, die genau solche Fortschritte messbar machen.

Beteiligung der Zivilgesellschaft

Nun wird im Accra Aktionsplan der Begriff „ownership" zwar weiter gefasst als „democratic ownership". Doch auf dem Weg hin zu einer wirklichen Beteiligung der Zivilgesellschaft an den nationalen Entscheidungen über Entwicklungsprojekte ist es noch ein weiter Weg. Beispiel Äthiopien: Dort arbeitet der Global Fund zur Bekämpfung von Tuberkulose, Malaria und HIV/Aids fast ausschließlich mit der Regierung zusammen. Nichtregierungsorganisationen und der Privatsektor sind bislang so gut wie gar nicht in die Entscheidungsprozesse über die Verwendung der Gelder eingebunden, heißt es im Bericht „Healthy -Aid" des europaweiten Netzwerkes „Action for Global Health". Und nicht immer ist die Regierung in der Lage, mit vorhandenen Geldern richtig umzugehen. In den vergangenen Jahren wurde die Hälfte des Budgets für den Gesundheitsbereich gar nicht ausgegeben - aufgrund fehlender Managementkapazitäten, heißt es bei „Healthy Aid" weiter. Oder das Gastgeberland der Accra Konferenz, Ghana: Hier stellte ein von der Regierung selbst in Auftrag gegebener Prüfbericht fest, dass in der ersten Phase der nationalen Strategie zur Armutsbekämpfung (GPRS, Ghana Poverty Reduction Strategy) von 2003-2005 lokale und kommunale Behörden sowie Grassroot-Initiativen so gut wie nicht konsultiert und eingebunden wurden.

Und auch die Geber nähmen es mit dem Ownership nicht immer ernst, berichtet „Healthy Aid" weiter. In Indonesien etwa hätten sich die Deutschen entschieden, künftig nicht mehr auf die bewährte Zusammenarbeit im Gesundheitssektor zu setzen, sondern verstärkt Projekte zum Kampf gegen den Klimawandel, für Dezentralisierung und wirtschaftlichen Aufbau zu fördern. Und all das gegen den erklärten Willen der Indonesier. Auch an vielen anderen Stellen klaffen Anspruch und Wirklichkeit der Entwicklungszusammenarbeit weit auseinander. So kämen die Geber dem Prinzip der gegenseitigen Rechenschaftspflicht oft nicht nach, wurde in Accra kritisiert.

Und dann sind da ja noch die neuen Geber, die alles erst recht durcheinander bringen: Während im Konferenzzentrum in Accra darüber verhandelt wurde, dass die Hilfe der Geber ungebunden sein soll, also Ausrüstung und Arbeitskräfte nicht im Geberland eingekauft werden müssen, unterzeichnete Ghana einen Vertrag mit China zur Unterstützung beim Bau des Staudamms von Biu in der Region Bronga Ahafo. Klare Bedingung der Chinesen: Die Arbeiter kommen aus China. Auch Indien gibt einen Kredit für den Bau des neuen Präsidentenpalastes in Accra. Woher wohl die Arbeiter kommen? Richtig...

Monika Hoegen

Die Autorin ist freie Journalistin und nahm für das Forum Umwelt und Entwicklung an der Veranstaltung teil.

Foto: B. Rodenberg

Die Accra-Agenda einer effizienteren Entwicklungszusammenarbeit

Zivilgesellschaft zumindest teilweise gehört

Mit über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern am zivilgesellschaftlichen Forum in Accra erfuhr die Diskussion um eine bessere Entwicklungspolitik zu guter Letzt eine unerwartet hohe Aufmerksamkeit in der internationalen Zivilgesellschaft, deren RepräsentantInnen sich in Accra vor dem III. High Level Forum on Aid Effectiveness (31.8. bis 1.9.) trafen.

Was für das ghanaische Organisationskomitee eine logistische Herausforderung bedeutete, ist politisch ein Gewinn: die spät, aber laut und kontinuierlich erhobene Stimme der Zivilgesellschaft wurde letztendlich auch in den offiziellen Verhandlungen der Gebergemeinschaft um die „Accra Agenda for Action" (AAA) gehört und – zumindest teilweise – berücksichtigt.

Dennoch steht der Accra-Prozess für eine wirksamere Entwicklungspolitik weit hinter der Bedeutung zurück, den der Doha-Prozess und die Mobilisierung finanzieller Ressourcen für Entwicklung für die Zivilgesellschaft haben. Ein Blick auf die politische Einbettung der Pariser Erklärung der OECD/DAC, die in Accra überprüft und bekräftigt wurde, erläutert den umstrittenen Stellenwert, den das Geber-Dokument in der internationalen Zivilgesellschaft einnimmt.

Kluft zwischen Ansprüchen und Umsetzung

Seit Bestehen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) steht diese unter einem Rechtfertigungsdruck und muss zur Sicherung ihrer finanziellen Mittel ihre Wirksamkeit prüfen. Dabei muss sich die internationale Gemeinschaft seit einigen Jahren einer stetig wachsenden Zahl globaler Problemfelder stellen: Die Bekämpfung von Armut und die gerechte Gestaltung von Globalisierungsprozessen, die Sicherung des Friedens und die Verwirklichung von Demokratie, Menschenrechten und sozialer Chancengleichheit sowie der nachhaltige Schutz natürlicher Lebensgrundlagen sind zentrale und weiterhin unbeantwortete, aber auch vielfach vernachlässigte Herausforderungen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und ihrer Träger.

Vor dem Hintergrund der schleppenden Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), steigender Armutszahlen und ernüchternder Halbzeitbilanzen, die zeigen, dass beispielsweise die Region Subsahara-Afrika als Ganzes voraussichtlich kein einziges der MDGs fristgerecht bis 2015 erreichen kann, wird die Kluft sichtbar, die zwischen hohen politischen Ansprüchen und einer mangelhaften Umsetzung besteht. Andererseits ist ein ‚Mehr' an Entwicklungshilfeeinsätzen keine Lösung für die umfassende Armutsbekämpfung in den Ländern des Südens. Vielmehr belastet eine zunehmend fragmentierte Entwicklungspolitik, die auf vielen, immer geringer finanzierten Projekten verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher Geber beruht, die Partnerländer durch eine ausufernde Bearbeitungs- und Berichtspflicht. Wenn heutzutage 40 Geber in einem Entwicklungsland keine Seltenheit mehr sind, fragt der UN-Sondergesandte für die Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Doha, Trevor Andrew Manuel, berechtigterweise, „wie eine Regierung das Land gut regieren soll, wenn sie jährlich mindestens 500 Entwicklungshilfeeinsätze im Jahr bewältigen muss".

Geber-Nehmer-Panorama verschiebt sich

Doch ein genauerer Blick auf das sich verschiebende Geber-Nehmer-Panorama offenbart, dass es nicht nur moralisch-politische und technisch-administrative Anforderungen sind, die die internationale Gebergemeinschaft unter Legitimationsdruck setzen, sondern dass sie sich auch der Notwendigkeit stellen müssen, den eigenen Aufgabenbereich als geschäftlichen Auftrag zu sichern. Nicht nur das Auftauchen früherer „Schwellenländer" wie China und Indien, den so genannten „Emerging Powers of the South" mit einer „großzügigen" Kreditvergabepolitik ohne politische Konditionalitäten in afrikanischen Ländern, verändert den Einflussbereich der bisherigen OECD-Gebergemeinschaft, sondern auch die anwachsenden privaten Kapitalflüsse, die in 2007 ein Niveau von über 650 Mrd. US-Dollar erreichten. Der Anteil von Zuschüssen durch private Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen an diesen Nettokapitalflüssen beträgt mittlerweile rund 16 Mrd. US-Dollar (gegenüber einem Anteil von etwas über 100 Mrd. US-Dollar offizieller Entwicklungshilfe der OECD-Mitgliedsstaaten). Die Möglichkeiten für die OECD-Geberländer, den Entwicklungsprozess über – umstrittene – politische Konditionalitäten zu beeinflussen, verringern sich auch deshalb spürbar für diese, weil sich Entwicklungs- und Ankerländer zunehmend auf internationalen Kapitalmärkten über Staatsanleihen refinanzieren lassen.

Nora Matovu FEMNET/ Kenia in der Debatte

Foto: B. Rodenberg

Neue Entwicklungsarchitektur

Die internationale Gemeinschaft bi- und multilateraler Geber hat deshalb mit der Paris Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit auf diesen Reform- und Legitimationsdruck reagiert und versucht, die aktuellen Großthemen der Entwicklungszusammenarbeit – Armutsbekämpfung durch die MDGs und Entschuldungsinitiativen, Gute Regierungsführung, Frieden und Sicherheit – in einer neuen Entwicklungsarchitektur zusammenzuführen. Diese sollen sowohl von der Harmonisierung der Geber untereinander und der Ausrichtung der Programme an den Prioritäten der Nehmer als auch an der Ergebnisorientierung der Maßnahmen bestimmt sein.

Die Prinzipien der Partnerschaftsverpflichtungen in der Paris Erklärung zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit

1) Eigenverantwortung (ownership): Unterstützung und Respektierung der Selbstbestimmung der Partnerländer im Entwicklungsprozess
2) Partnerausrichtung (alignment): Ausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit der Geberländer an den Partnerländern und an deren entwicklungspolitischen Zielen, Strategien, Strukturen und Prozessen vor Ort
3) Harmonisierung (harmonization): Verpflichtung der Geber zu besserer Abstimmung und Komplementarität ihrer Programme sowie einer effektiveren Arbeitsteilung
4) Ergebnisorientiertes Management (managing for results): Verwaltung der EZ-Leistungen und der Ressourcen unter der Maßgabe der Ergebnisorientierung und Verbesserung der Entscheidungsprozesse
5) Gegenseitige Rechenschaftspflicht (mutual accountability): Verpflichtung von Gebern und Partnerländer zur Transparenz und gegenseitigen Rechenschaftslegung über Verwendung der EZ-Mittel, um auch öffentliche und zivilgesellschaftliche Kontrolle zu ermöglichen.
(http://www.oecd.org/dataoecd/11/41/34428351.pdf)

Verabschiedet wurde die Paris-Erklärung 2005 von bi- und multilateralen Gebern des Entwicklungshilfeausschusses der OECD (Development Assistance Committee, DAC) sowie von zahlreichen Entwicklungsländern auf dem zweiten „High Level Forum on Aid Effectiveness“. Doch die Paris-Erklärung war und ist von beschränkten Zieldefinitionen geprägt, die Fragen sozialer und Geschlechtergerechtigkeit, Entschuldung, fairem Welthandel und dem Schutz natürlicher Ressourcen nicht in den Mittelpunkt ihrer Absichten stellt. Der enge, technokratische Ansatz, der politische und weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen ausblendet und mit weitgehend quantitativen, geberdominierten Monitoringinstrumenten umgesetzt werden soll, führte zunächst zu einer massiven Ablehnung und Distanzierung vieler NRO in Nord und Süd. Erst während des Weltsozialforums in Nairobi, im Januar 2007 – quasi auf halbem Wege nach Accra – begann die Zivilgesellschaft, ihre kritischen Positionen zu dieser neuen Agenda der Geber zu formulieren.

Leitfaden für wirksame Entwicklungagenda

Mit der Gründung der „International Civil Society Steering Group for the Accra High Level Forum“ (ISG) wurde sodann ein loses Netzwerk internationaler entwicklungspolitischer Organisationen geschaffen, die auch die offiziellen, von der DAC Working Party on Aid Effectiveness durchgeführten Multistakeholdertreffen kritisch kommentierten.[1] Mit ihrem Anfang 2008 verfassten Positionspapier „Better Aid“ für eine bessere Entwicklungshilfe ist es ihnen nicht nur gelungen, die Schwächen der Pariser Prinzipien für mehr „Effizienz der Hilfe“ (aid effectiveness) zu benennen, sondern die unabhängigen Positionen entwicklungs- und globalisierungskritischer NRO aus Nord und Süd zu einem umfassenden Leitfaden einer wirksamen Entwicklungsagenda (development effectiveness) zusammenzuführen (vgl. www.betteraid.org). Diese Empfehlungen können ein wichtiger Leitfaden für die zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzungen vor allem mit den progressiven Geberländern sein, die sich – wie die EU – in Accra für verbindliche und überprüfbare Verpflichtungen der Gebergemeinschaft eingesetzt haben. Diese müssen nun daran „erinnert werden“, dass es nicht nur einer fairen, wirksamen und arbeitsteiligen Entwicklungspartnerschaft bedarf, sondern dass die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel im Kampf gegen die weltweite Armut, Ungleichheit und Umweltzerstörung durch Ressourcenausbeutung bei Weitem nicht ausreichen. Sie müssen sich jedoch auch weiterhin für das Ende aller geberdefinierten Konditionalitäten einsetzen.

Die eigentliche Herausforderung nach Accra besteht jedoch darin, dass die internationale Gemeinschaft ihren grundlegenden Konsens, die Millenniumsziele bis zum Jahre 2015 umsetzen zu wollen, aufrechterhält. Dieses Zeitziel ist nämlich in der Endfassung der Accra Action Agenda gestrichen worden.

Birte Rodenberg

Die Autorin ist Soziologin und arbeitet als freie entwicklungspolitische Gutachterin.

1 Die Paris Declaration on Aid Effectiveness ist qua Verpflichtungserklärung in einen konsultativen Anpassungs- und Umsetzungsprozess eingebettet. Unter der Leitung der DAC Working Party on Aid Effectiveness wurden regionale Multistakeholdertreffen durchgeführt. Aus diesen Konsultationen war im März 2008 bereits ein erster Entwurf des Accra-Aktionsplans hervorgegangen.

Themen & AGs

Welt Wasser Woche in Stockholm:

WECF bringt Europas Sanitation-Problem auf die Agenda

Foto: WECF

Jedes Jahr trifft sich der Wassersektor in Stockholm zur Welt Wasser Konferenz (www.WorldWaterWeek.org). Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft trafen sich zum Austausch von Gedanken und Erfahrungen vom 17. bis zum 23. August 2008 in über 100 Sessions, Seminaren, Workshops und Side-Events. In diesem Jahr war ein besonderer Schwerpunkt die sanitäre Grundversorgung (auf englisch Sanitation), da die Vereinten Nationen 2008 zum „International Year of Sanitation" ausgerufen haben.

WECF – Women in Europe for a Common Future – war mit dem Seminar „Europe´s Sanitation Problem" Teil des Programms. WECF, das Pan-Europäische Netzwerk von Frauen- und Umweltorganisationen hat sich dem Thema angenommen, nachdem in der Europäischen Union Kinder immer noch an den Folgen einer nicht ausreichenden sanitären Versorgung, verschmutzten Wassers und mangelnder Hygiene erkranken und sterben.

Das Fehlen einer sicheren sanitären Grundversorgung, die Wasserverschmutzung und Krankheiten verursacht, ist immer noch Alltag für 20 bis 23 Millionen Menschen in der Europäischen Union. In einigen EU-Mitgliedstaaten wie Rumänien haben fast 40 Prozent der Bevölkerung keinen Zugang zu einer sicheren sanitären Versorgung. Folgt man der Eröffnungsrede von Sascha Gabizon, Internationale Direktorin von WECF, zu dem Problem der sanitären Versorgung in Europa, ist die Situation schlechter als es sich die meisten Menschen, insbesondere Europäer, vorstellen können: "Ich habe eine Schule besucht, wo Urinpfützen auf dem ganzen Gelände verteilt waren. Die Schülerinnen und Schüler gehen dort lieber im Freien hinter der Schule auf „Toilette" als die „Schultoiletten" zu benutzen. Und die Latrinen sind übervoll. In unserer europäischen Region können Kinder immer noch aufgrund schlechter sanitärer Verhältnisse sterben." Gabizon schloss mit der Feststellung, dass eine sichere sanitäre Grundversorgung ein Thema der Würde, ein Menschrecht sei.

Kranke Menschen können nicht arbeiten

Helmut Bloech von der Europäischen Kommission stimmte zu und ergänzte, dass das Seminar von WECF zeige, dass wir einem der wichtigsten Probleme in Europa ins Gesicht sehen: „Das Fehlen einer sanitären Grundversorgung ist nicht nur ein Gesundheitsproblem, es berührt unsere Wettbewerbsfähigkeit. Kranke Menschen können nicht arbeiten und eine bessere sanitäre Versorgung macht die Menschen gesünder und damit produktiver. Wir haben gesehen, dass es kostengünstige Lösungen gibt, die die Situation verbessern können, aber wir müssen auch sicherstellen, dass dieses Wissen von den Teilnehmern hier zu den Menschen vor Ort gelangt. Das kann aber nur in deren Sprachen und mit der Beteiligung Vieler und mit lokalen Beratern funktionieren."

Richtlinie zur kommunalen Abwasserbehandlung

Gerade in den neuen Mitgliedstaaten der EU ist eine große Anzahl von Menschen durch das Fehlen sanitärer Versorgung benachteiligt. Auch unter der idealen Voraussetzung, dass die EU-Richtlinie zur kommunalen Abwasserbehandlung ganz eingeführt würde, müssten immer noch 20 Millionen Menschen Latrinen/Plumpsklos im Freien benutzen. Sascha Gabizon: „Einer der Gründe dafür ist, dass die EU-Richtlinie keinen Anreiz bietet, der ländlichen sanitären Versorgung Priorität einzuräumen, weil sie auf Gemeinden über 2000 Einwohner zielt. EU-Finanzierung ist derzeit auf den Bau von zentralen Trinkwasser- und Abwasseranlagen in größeren Städten ausgerichtet. Eine sichere sanitäre Versorgung sollte aber ein Recht für alle Europäer sein, eine Verpflichtung, die die Europäische Kommission festlegen sollte. Im „International Year of Sanitation 2008" müssen wir „Sichere Toiletten für alle" zum Hauptthema machen: Europa braucht einen ländlichen Sanitation-Aktionsplan!"

Haushaltsabwasser ist eine Ressource

„Sanitation sollte ein klares politisches Ziel sein", sagte auch Friedrich Barth, Vorsitzender des European Water Partnership. „Leider ist die Aufmerksamkeit für dieses Thema niedrig und der politische Willen kaum vorhanden." Nach seiner Meinung ist eines der Hauptprobleme, dass die derzeitige Gesetzeslage von der EU der 15 für die EU der 15 gemacht wurde. Die Bedürfnisse und Sichtweisen der Menschen in den neuen Mitgliedstaaten werden hier nicht genügend berücksichtigt. Daneben brauchen wir eine veränderte Haltung zu Abwasser. Friedrich Barth:" Abfall ist irgendetwas, was man los werden möchte; wir schätzen es nicht als etwas Wertvolles ein. Ich hoffe, dass mit den steigenden Preisen die Menschen in Erwägung ziehen, die Kreisläufe zu schließen und ihre Toiletten-"Abfälle" wieder zu verwenden. Lokale sanitäre Versorgung kann einen Markt dafür schaffen. Wenn man wie die Schweden mit einem viel zu hohen Nitratlevel ein

riesiges Abwasserproblem im Ostsee verursacht hat, muss man nach anderen Möglichkeiten schauen. Wir sprechen nicht über Abfall, wir sprechen über Ressourcenmanagement!"

Sanitation in ganz Europa neu betrachten

Das Seminar zeigte, dass Sanitation nicht ein spezifisch osteuropäisches Problem ist. Folgt man den Worten Helmut Bloechs hat zum Beispiel Schweden ein riesiges Abwasser-Problem - nahe an einem Skandal. Arno Rosemarin vom Stockholmer Umweltinstitut ergänzte, dass es notwendig sei, über das Thema Sanitation in ganz Europa neu nachzudenken. „Das Londoner Abwassersystem stammt aus der Mitte des 18. Jahrhunderts. Wenn es heftig regnet läuft die Kanalisation über und alles landet in der Themse. Das wurde erst vor einigen Jahren bekannt, als das olympische Ruderteam krank wurde, nachdem es auf der Themse gepaddelt war." Bei dem WECF-Seminar, bei dem auch Prinz Wilhelm-Alexander der Niederlande in seiner Funktion als Vorsitzender des UNSGAB (United Nations Secretary-General's Advisory board on Water & Sanitation) anwesend war, wurde deutlich, weshalb es mit den derzeitigen politischen und praktischen Ansätzen unmöglich scheint, eine sichere sanitäre Grundversorgung für alle Bürger der Europäischen Union zur Verfügung zu stellen. Vertreter der Europäischen Kommission, des Schwedischen Parlaments, Nichtregierungsorganisationen, führende Wissenschaftler und Regierungsvertreter diskutierten im Rahmen der Welt Wasser Woche in Stockholm darüber, welche politischen Veränderungen notwendig sind, um Barrieren in den Gesetzesvorgaben und auf den Märkten für eine innovative, dezentrale Wassertechnologien zu beseitigen.

Nachhaltige Sanitärkonzepte als Lösung für den ländlichen Raum

WECF hat gemeinsam mit seinen Netzwerkpartnern in Projekten in Rumänien und Bulgarien gezeigt, dass es möglich ist, auch ohne zentrale Wasserversorgung hygienische Toiletten zu installieren, deren Produkte Urin und Fäkalienkompost in der Landwirtschaft als Dünger und Bodenverbesserer geschätzt werden. Diese Trockentrenntoiletten werden im Haus installiert und ersetzen die Plumpsklos im Garten, die eine Gefahr für die Trinkwasserbrunnen darstellen. Pro Haushalt kostet eine Toiletteninstallation im Mittel 600 Euro. Wenn alle Haushalte ohne sichere sanitäre Grundversorgung mit solchen Toiletten ausgestattet würden, die nicht nur hygienisch sind, sondern auch Dünger liefern, würden für Rumänien und Bulgarien 480 Millionen Euro benötigt. Verglichen mit dem Gesamtbudget der Kohäsions- und Strukturfonds der EU von 336 Milliarden Euro kann und darf der finanzielle Aspekt keine Hürde sein.

Das Recht auf eine sichere und bezahlbare sanitäre Grundversorgung

Das Recht auf eine sichere und bezahlbare sanitäre Grundversorgung ist eines der großen Anliegen von WECF - Women in Europe for a Common Future. WECF ist ein Netzwerk von mehr als 100 Umwelt- und Frauenorganisationen in 40 Ländern. WECF unterstützt Frauen dabei, praktikable Lösungen für regionale Gesundheits- und Umweltprobleme zu finden und ermutigt sie, am politischen Entscheidungsprozess mitzuwirken.

Johanna Hausmann, Claudia Wendland

Beide Autorinnen arbeiten für den WECF - Johanna Hausmann ist Press Officer, Claudia Wendland Sanitation Policy Officer.

Weitere Infos:
- *WECF Deutschland, www.wecf.eu*
- *Positionspapier der AG Wasser des Forums Umwelt und Entwicklung: Safe sanitation: a challenge we can meet together - Policy paper on sustainable sanitation (http://www.forum-ue.de/fileadmin/userupload/positionspapiere/ag-was_2008_sanitation_engl.pdf*
- *Website Welt Wasser Woche http://www.worldwaterweek.org/*

Die Runde der Untoten

„Letzte Chance" der WTO - und doch kein Ende?

Auch der letzte von vielen Anläufen zum Abschluss der Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO) war nicht erfolgreich. Obwohl auch diese „letzte Chance"verstrichen ist, wollen wichtige Akteure versuchen, noch dieses Jahr einen weiteren Versuch zu starten. Aus entwicklungs- und umweltpolitischer Sicht wäre dagegen eine grundlegende Neuausrichtung notwendig.

Der Schachzug von WTO-Generaldirektor Pascal Lamy, den Abschluss der Doha-Runde durch ein informelles Ministertreffen im Juli 2008 in Genf herbeizuführen ist nicht aufgegangen. Obwohl es während des Treffens mehr Bewegung gab als in den Jahren zuvor zusammengenommen, konnten konzeptionelle Differenzen über einen speziellen Schutzmechanismus für die Landwirtschaft in Entwicklungsländern nicht ausgeräumt werden.

Die „letzte Chance" die Doha-Runde noch vor den Präsidentschafts-Wahlen in den USA unter der als freihändlerisch wahrgenommen Bush-Administration abzuschließen, setzte in Genf zunächst eine gewisse Dynamik frei. Nicht zuletzt bei den USA selbst, die relativ früh ankündigten, eine niedrigere Obergrenze für ihre handelsverzerrenden Agrarsubventionen als zuvor akzeptieren zu wollen. Die anderen Mitglieder begrüßten dies, zu einem Durchbruch führte es allerdings nicht.

Exklusive Verhandlungsgruppen...

Eine Einigung schien sich erst abzuzeichnen, nachdem Lamy die entscheidenden Verhandlungen, zum Unmut der meisten übrigen Minister in eine informelle Gruppe (G7) der sieben einflussreichsten WTO-Mitglieder (USA, EU, Japan, Australien, Brasilien, Indien und China) verlegt, und dort eigene Eckpunkte für ein Kompromisspaket vorgestellt hatte. Lamy hatte dabei vor allem die bereits erarbeiteten umfassenden Entwürfe aufgegriffen, und aus den dort vorgegebenen Optionen für Zoll- und Subventionsabbau einen (meist in der Mitte liegenden) Wert gewählt. Einen Tag vor dem offiziell vorgesehenen Ende des Treffens stand die G7 vor der Wahl, den Vorschlag zu akzeptieren, oder das Treffen sofort scheitern zu lassen.

Sie erklärten daraufhin, Lamys Vorschlag als „Basis für weitere Verhandlungen" zu akzeptieren. Allerdings betonte der indische Handelsminister, dass einige Elemente noch der Nachbesserung bedürften. Vor allem der Spezielle Schutzmechanismus (SSM) gegen einen starken Anstieg des Imports von Agrarprodukten müsse noch verändert werden, um ihn zum Schutz von Kleinbauern effektiver zu machen. USA und EU betrachteten Lamys Vorschlag dagegen als unveränderliches Gesamtpaket, dem alle zustimmen würden, wenn sie bei den übrigen Themen ein zufrieden stellendes Ergebnis erzielen würden. Vertreter der EU bezeichneten das Paket als „Kartenhaus", das sofort zusammenbreche, wenn man eines der Elemente verändere. Angesichts der bereits geäußerten Vorbehalte Indiens und vor allem der Tatsache, dass nur eine kleine Minderheit der anwesenden Minister, ganz zu schweigen der WTO-Mitgliedschaft insgesamt, den Kompromiss überhaupt diskutiert hatten, zeugt dies von einem eigenwilligen Verständnis von Demokratie und Konsens.

Viele Entwicklungsländer nahmen auch insgesamt ein Ungleichgewicht zugunsten der Industrieländer wahr: Die müssten für ihre Agrarsubventionen nur eine Obergrenze oberhalb der derzeit getätigten Ausgaben akzeptieren. Dagegen müssten die meisten größeren Entwicklungsländer ihre Zölle für Industriegüter real senken. Gerade Argentinien und Südafrika, die nicht in der G7 vertreten sind, wandten sich gegen das Ausmaß der Marktöffnung für Industriegüter, mit dem die Zölle auf einen Höchstsatz zwischen 20 und 25 Prozent begrenzt worden wären. Trotz dieser Kritik war die große Mehrheit der Entwicklungsländer anscheinend bereit, die Grundzüge von Lamys Kompromiss zu akzeptieren.

... und konzeptionelle Differenzen führen zum Scheitern

Auslöser für das Scheitern - obwohl separate Gesprächen über Dienstleistungen zu noch einmal größerem Optimismus geführt hatten - war der Konflikt um den SSM für die Landwirtschaft in Entwicklungsländern. Er soll es ermöglichen, die Zölle zeitweise über das in der WTO festgelegte Niveau anzuheben, wenn sich ein Land mit stark steigenden Importen, bzw. fallenden Importpreisen konfrontiert sieht. In Lamys ursprünglichem Vorschlag sollte die mögliche Anhebung der Zölle begrenzt werden, so dass maximal die in der Doha-Runde vereinbarten Zollsenkungen rückgängig gemacht werden könnten. Damit wären gerade jene Produkte nicht vom SSM erfasst, für die Entwicklungsländer aus Gründen der Ernährungssicherheit und ländlichen Entwicklung ihre Zölle nicht senken müssen. Genau aus den Gründen kann zusätzlicher Schutz im Rahmen des SSM aber besonders notwendig sein. Indiens schon vorab geäußerte Forderung nach einem SSM der effektiven Schutz nicht da begrenzt, wo er besonders nötig ist, wurde von China und über hundert weiteren Entwicklungsländern in einer gemeinsamen Erklärung gestützt.

Der Logik der WTO, Handelsschranken immer weiter abzubauen, widerspricht es natürlich, wenn am Ende von Verhandlungen ein Mechanismus steht, der es - wenn auch nur in Ausnahmefällen - ermöglicht, Märkte stärker zu schützen als zuvor. Vor allem die USA beharrten darauf, dass diese Ausrichtung nicht aufgeweicht werden dürfe. Zudem vermutet die Bush-Administration wohl, dass sie neue Subventionsobergrenzen gegenüber ihrer Agrarlobby nur durchsetzen kann, wenn dadurch „sicherer" Marktzugang zu den dynamischen Märkten der Schwellenländer erkauft wird. Ein wirksamer SSM würde diese Sicherheit in Frage stellen. Auch neuen Kompromissvorschlägen Lamys und der EU, die den Entwicklungsländern wenigstens teilweise entgegengekommen wären, wollten die USA daher nicht zustimmen was dann zum Abbruch der Verhandlungen führte.

Noch ein Versuch nach dem letzten Versuch?

Der Abbruch der Verhandlungen wurde von allen Beteiligten einigermaßen konsterniert aufgenommen. Für die Industriestaaten stellte das Paket wahrscheinlich das vorteilhafteste Ergebnis dar, mit dem sie in multilateralen Verhandlungen rechnen konnten, vor allem wegen dem in Aussicht stehenden Marktzugang im Industrie- und Dienstleistungssektor. Dass die USA diesem für sie eigentlich vorteilhaften Gesamtpaket nicht zustimmen konnten, zeigt nicht nur den überproportionalen Einfluss der Agrarexportlobby auch im demokratisch dominierten Kongress, sondern auch, dass weder Politik noch Wirtschaft realisiert haben, wie weit die Kräfteverschiebung zugunsten der Entwicklungs- und Schwellenländer schon fortgeschritten ist. Zumindest der US-Handelsbeauftragten Schwab scheint dies allerdings zu dämmern, weshalb sie die Doha-Runde doch noch nicht ganz aufgeben will. Daher unterstützt sie die Appelle von Lamy und Brasiliens Präsident Lula da Silva auf den erzielten Kompromissen aufzubauen und innerhalb der nächsten Monate die Verhandlungen zum Ende zu bringen. Seit Anfang September treffen sich wieder hochrangige Offizielle in Genf.

Nach wie vor ist aber nicht absehbar, dass die USA in der Lage sein werden, ihre Position vor den bevorstehenden Wahlen so zu revidieren, dass sie das Lamy-Paket noch retten können. Die Doha-Runde kann daher nicht abgeschlossen werden, soll aber auch noch nicht sterben. Ein weiterer letzter Anlauf in diesem Jahr- sollte er denn kommen - wäre wieder zum Scheitern verurteilt. Dass nach 2009 am derzeitigen Verhandlungsstand angeknüpft werden kann ist ebenfalls mehr als unwahrscheinlich.

Möglich wäre, dass es entweder auf multilateraler oder regionaler Ebene zu einem neuen Austarieren der merkantilistischen Interessen von Industrie- und großen Entwicklungsländern kommt. Im Sinne einer globalen nachhaltigen Entwicklung ist aber eine neue Balance zwischen offenen Märkten, Ernährungssicherheit, Klimaschutz einschließlich der Reduktion von Emissionen aus dem Transportsektor, und Spielraum zur entwicklungspolitischen Unterstützung bestimmter Sektoren notwendig. Die WTO als handelspolitisches Forum kann dies nicht allein leisten, statt sich daher an die Doha-Runde zu klammern, sollten die Mitglieder über eine neue handelspolitische Architektur nachdenken, in der diese Fragen bearbeitet werden können.

Tobias Reichert

Der Autor ist Referent für Welthandel und Ernährung bei Germanwatch und koordiniert die Arbeitsgruppe Handel im Forum Umwelt und Entwicklung.

Kommt die große Transformation?

Der Verkehr in Zeiten von Klimarestriktion und hoher Erdölpreise

Die Klimarestriktion und die begrenzten Mengen weltweit noch kostengünstig förderbaren Rohöls werden in Bälde einen Wandel im Verkehr anstoßen. Wird dieser in Zukunft stärker elektrisch angetrieben werden? Sollte sich der Straßenverkehr in diese Richtung entwickeln, ist das Stromversorgungssystem darauf einzurichten, und im Sinne des Klimaschutzes sind Grenzwerte für den Stromverbrauch der Elektroautos vorzugeben. Auf der Schiene, die ja bereits heute in weiten Bereichen Elektrotraktion aufweist, drohen in Deutschland sogar Rückschritte im Fernverkehr, und auch in anderen Bereichen wird, verglichen mit den Aktivitäten anderer EU-Mitgliedsstaaten, wenig Neues gemacht, um auf die Herausforderungen der Zukunft einzugehen.

Die Rohölpreise erreichten zu Beginn des Sommers 2008 mit knapp 150 US-$ pro Barrel ein Niveau, das bis vor kurzem viele nur im Bereich der Fabel angesiedelt hatten. Sollten das erste sichtbare Zeichen einer Öl-Kluft oder sogar eines einsetzenden Peak Oil sein? Demnach gibt es keine steigenden Mengen preiswerten Rohöls mehr, und da potentiell noch weitere Milliarden Menschen für ihre Mobilität zunehmend Nachfrager für flüssigen Kraftstoff werden, führt das zu Preissteigerungen, von denen wir wahrscheinlich erst den Anfang gesehen haben. Wenn nicht mehr genug (preiswertes und bei seiner Verbrennung CO_2-erzeugendes) Öl für diese Zwecke zur Verfügung steht, gibt es Alternativen?

Wird der PKW elektrisch?

Beim Flugverkehr wird das schwierig, aber beim Landverkehr kann man es prinzipiell anders machen als bisher. Renommierte Stimmen (etwa der Klimaberater der Bundeskanzlerin, Prof. Schellnhuber) sagen, in 20 Jahren sei der Verkehr elektrisch.

Auch andere Gründe sprechen für solch einen Wandel. Denn prinzipiell ist die Elektrotraktion emissionsfrei - Emissionen treten dort auf, wo der Strom erzeugt wird. Und das kann einerseits sehr klimabelastend sein - etwa, wenn das mit herkömmlichen Braunkohlenkraftwerken geschieht -, andererseits aber auch klimaverträglich, wenn Erneuerbare Energien eingesetzt werden.

Letztere sind oft fluktuierend, und gerade wenn diese in nennenswerten Umfang (d.h. zu mehr als 20 %) beitragen sollen, muss Verlässlichkeit bestehen, dass immer genügend Strom angeboten wird. Dies erfordert Fortschritte bei der Energiespeicherung. Wenn ein nennenswerter Teil der mehr als 40 Mio PKW in Deutschland, welche am Tag im Durchschnitt 23 Stunden nutzlos herumstehen, elektrisch und daher mit elektrischen Speichern ausgestattet sind, könnten sie sogar, obwohl natürlich ein Nettoverbraucher, bei entsprechender intelligenter Vernetzung einen Beitrag zur Einspeisung von Elektrizität in das Stromnetz leisten und damit Teil eines virtuellen Kraftwerks werden: Ist das Angebot aus dem Netz groß, werden die Speicher der Elektroautos geladen, ist es niedrig, speisen sie sogar Strom ins Netz zurück.

Verbrauchsgrenzwerte für Elektroautos!

Es sollten auch Grenzwerte im Energieverbrauch für Elektroautos festgelegt werden, wenn diese mehr als Nischenprodukte sind. Denn indirekt sind sie durch ihren Stromverbrauch für CO_2-Emissionen verantwortlich. Übersetzt man das gegenwärtig für 2012 anvisierte Limit von 120 g CO_2/Fahrzeug-km beim heutigen deutschen Kraftwerksmix (etwa 600 g CO_2/kWh) auf die Stromtraktion, hieße das, es würde bei einem Stromverbrauch des Fahrzeugs von unter 0,2 kWh pro km eingehalten.

Wie sieht es mit der Stromversorgung der ganzen Elektroautos aus? Die Stromwirtschaft hat ihre Planungen mutmaßlich noch nicht darauf abgestellt. Eine kurze Abschätzung (für den Fall, dass die Verkehrspolitik in Deutschland weiter versagt und kein nennenswerter Verkehrsträgerwechsel eintritt): Sollte in zwei Jahrzehnten in Deutschland nicht viel weniger PKW gefahren werden als heute – gehen wir mal von 500 Mrd Fahrzeugkilometern pro Jahr aus – und die Elektroautos (indirekt) mit 60 g CO_2/km um die Hälfte unterhalb des gegenwärtig vorgesehenen 120g CO_2/km Limits für kraftstoff-betriebenen PKW liegen[1], wären das 50 TWh/a Strom für den Fahrzeugbetrieb der PKW bei einer Vollumstellung auf Elektroautos. Das wäre eine weitere Herausforderung für eine klimafreundliche Stromversorgung.

Daher gibt es also einen weiteren Grund für die Verkehrspolitik, durch Förderung und Ausbau des Öffentlichen Verkehrs dahinzuwirken, dass deutlich weniger Auto gefahren werden muss und dass die Elektroautos klein, leicht und sparsam ausfallen!

Handlungsbedarf der Politik beim Schienenpersonenfernverkehr

Nun gibt es heute bereits Bereiche, wo die Elektrotraktion in Deutschland schon (mit über 90%) dominiert und wo der Verkehr gegenwärtig bei unter 50 g CO_2/Pkm ziemlich klimaverträglich abgewickelt wird - nämlich im Schienenpersonenfernverkehr. Doch die Gefahr besteht, dass das Rad ohne neue Eingriffe der Politik wahrscheinlich zurückgedreht wird. So warnt der Fahrgastverband ProBahn davor, dass es in den nächsten zehn Jahren gegenüber heute zwei Drittel weniger Intercity-Verkehre geben wird, weil die vorhandenen Fahrzeuge aus Altersgründen ausgemustert und nicht genügend neue als Ersatz angeschafft werden. Abseits der Hauptmagistralen reicht die Nachfrage nach der für die Deutsche Bahn AG geltenden Logik nur selten aus, um Personenfernverkehr mit neuen Fahrzeugen anzubieten. Wie passt das mit den hehren Appellen der Politik zusammen, dass die Schiene mehr Verkehr übernimmt?

Blickt man über die Grenzen, sieht man, dass dort viel strategischer in die Zukunft geblickt wird und dass Deutschland in diesem Bereich in Gefahr schwebt, die Zeichen der Zeit zu verkennen und abgehängt zu werden.

Network Rail in Großbritannien etwa hat am 23. Juni 2008 die Durchführung einer strategischen Überprüfung für den Bau neuer Bahnlinien angekündigt. Ihr Chef sagte: "Bis zum

Attraktive Tram in der Innenstadt von Montpellier auf separater Trasse, die vormals eine Straße war

Fotos: M. Treber

Jahr 2025 werden viele Strecken am Rande ihrer Kapazität ausgelastet sein (...). Dies wird auch dann der Fall sein, wenn wir die schon beschlossenen Investitionen zur Steigerung der derzeitigen Kapazitäten durchgeführt haben. Die Popularität der Schiene wächst, wir müssen die mittel- und langfristige Zukunft schon heute planen. Wir müssen sehen, wie wir die Kapazität steigern können und welche Lösungen – darunter möglicherweise auch der Bau neuer Linien – machbar und erschwinglich sind. Diese Prüfung (...) soll den Startpunkt dieses Prozesses bedeuten. Wir haben heute eine aufblühende Bahn, die weiter wachsen und die wirtschaftlichen und ökologischen Bedürfnisse des morgigen Großbritanniens erfüllen soll."

In den letzten zehn Jahren stieg in Großbritannien die Zahl der Fahrgäste um 40% auf die größte Zahl seit 1946, als das Netz noch doppelt so groß war, der Güterverkehr ist um 60% gewachsen. Alle glaubwürdigen aktuellen Projektionen lassen auf ein vergleichbares Wachstum in den nächsten zehn Jahren schließen (Pressemeldung Network Rail, 24.06.08 nach LOK Report [http://www.lok-report.de/news/news_europa_grossbritannien.html]).

Die Entwicklung in Deutschland in der letzten Dekade ließe sich ganz ähnlich beschreiben. Aber ziehen der Netzbetreiber (also DB Netz) oder die Politik auch ähnliche Schlüsse strategischer Natur für eine zukünftige Ausweitung?

In England wird – wie in anderen europäischen Ländern – richtig Geld in die Hand genommen und groß investiert.[2] Spanien ist noch ambitionierter und baut sein Liniennetz für Hochgeschwindigkeitszüge in einem Umfang und mit einer Geschwindigkeit aus wie weltweit kaum ein anderes Land. Frankreich hatte bereits Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts seinen ersten TGV[3] in Betrieb genommen, hat dieses Netz zielstrebig ausgebaut und baut es auch weiter aus[4].

Ansprechendes Design, wie hier bei der Tram in Lyon, spricht die Menschen an, und sie nutzen sie in großer Zahl

Dies soll kein uneingeschränktes Loblied auf den Hochgeschwindigkeitsverkehr sein – der Energieverbrauch im Verkehr steigt wegen des mit der Geschwindigkeit quadratisch steigenden Luftwiderstands stark an –, sondern es soll vornehmlich zeigen, in welchem Maß in anderen Ländern investiert wird, um die beherrschende Stellung des (öl-abhängigen und relativ CO_2-intensiven) Straßenverkehrs abzuschwächen.

Trend zur Elektrotraktion wird in deutschen Städten verschlafen

Eine Entwicklung, wo in Deutschland gleichermaßen nur wenig getan wird, zeigt sich im Stadtverkehr. Dort nimmt die Elektrotraktion weltweit gesehen schon wieder zu. Damit sind nicht nur die Megalopolen mit dem Ausbau neuer U-Bahnnetze gemeint.

Angestoßen durch unterschiedliche Beweggründe (von Verkehrssicherheit über die Immissionssituation (Feinstaub) und Klimaschutz bis zur Revitalisierung der Innenstädte) ist in vielen Industrieländern eine Renaissance der Straßenbahn festzustellen. Ausgegangen ist diese Entwicklung von Frankreich, wo Grenoble und Nantes in der zweiten Hälfte der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts als erste neue Straßenbahnsysteme einführten. Seither folgten weit über ein Dutzend Agglomerationen, mittlerweile ziehen selbst kleinere Städte (etwa Valenciennes) nach. Diese attraktive Form der Elektrotraktion findet zunehmend auch in anderen Ländern Nachahmer. Spanien weist eine immense Aktivität bei der Eröffnung ganz neuer Straßenbahnsysteme auf, und sogar Großbritannien hat das Thema wiederentdeckt.

Leider ist diesbezüglich in Deutschland – hier hatten zwar viele Städte ihre Straßenbahnen vollständig abgeschafft, wenn auch andere glücklicherweise davon abgelassen haben – in dieser Zeit, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, kaum etwas geschehen. Warum gibt es weder in Wiesbaden noch in Aachen Straßenbahnen, wo doch beide Ballungsräume dafür groß genug sind? Warum werden nicht in Berlin neue Straßenbahnstrecken eingerichtet, wie das Paris vorführt? Das ist doch bei großer Nachfrage viel wirtschaftlicher ist als der Busbetrieb, es wird deutlich besser angenommen als dieser und ist viel kostengünstiger als neue U-Bahnstrecken?

Manfred Treber

Der Autor ist ist Klima- und Verkehrsreferent bei Germanwatch.

1 *oder sollte nicht besser ein Maximalverbrauch von nicht viel mehr als 0,1 kWh/Fahrzeug-km vorgegeben werden, da niemand den Strommix des Jahres 2025 kennt?*

2 *Crossrail, das größte öffentliche Verkehrsprojekt zur Anbindung von London an den Südosten Großbritanniens der letzten 50 Jahre, hat seine parlamentarischen Hürden mit der Königlichen Zustimmung (Royal Assent) zum Crossrail Bill am Ende Juli 2008 überwunden. Nach der Ankündigung des Premierministers im Oktober letzten Jahres zur Sicherung der Finanzierung über 16 Milliarden Pfund [d.h. über 20 Mrd Euro] bedeutet die parlamentarische Zustimmung zur Annahme des Gesetzes, dass das Projekt bis zum Jahr 2017 verwirklicht werden kann. (Pressemeldung Department for Transport, 24.07.08 nach LOK Report)*

3 *Hochgeschwindigkeitszug - Train à Grande Vitesse*

4 *Ein ungerechter Vergleich mit Deutschland: In die neue Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris - Ostfrankreich - Deutschland hat Frankreich etwa vier Milliarden Euro investiert, Deutschland hingegen lediglich 400 Mio Euro; in Frankreich fahren die Züge mit maximal 320 km/h auf dieser Strecke, in Deutschland dieselben Züge fürs erste bis zum Rhein mit maximal 160 km/h*

VoRWEg gehen - in die Katastrophe

Deutschlands zweitgrößter Energiekonzern, RWE, will ernst machen mit den Bau neuer Atomkraftwerke - und zwar in Osteuropa. Das erste Projekt heißt Belene und soll in der Nähe der gleichnamigen Kleinstadt im Norden Bulgariens errichtet werden. Belene ist jedoch Erdbebengebiet - die Bundesanstalt für Geowissenschaften rechnet dort mit einem Beben von 7,5 bis 8,5 auf der Richterskala. Zum Vergleich: das Erdbeben das im Mai 2008 so verheerende Zerstörungen in China anrichtete, hatte „nur" eine Stärke von 7,8.

Nach Einschätzungen von Umweltorganisationen ist Belene eins der gefährlichsten Atomkraftwerke, die derzeit in Europa geplant werden. Ihre an RWE-Chef Dr. Jürgen Grossmann gerichtete Kampagne heißt deshalb: FINGERWEG! Ob der RWE-Vorstand trotz breiter öffentlicher Proteste und konzerninternen Widerständen diese Investition durchboxen wird, entscheidet sich in den kommenden Monaten. Laut Pressemeldungen stehen bereits jetzt Teile des Aufsichtsrates dem Projekt kritisch gegenüber.

Belene: Die Geschichte

Der Plan, im Norden Bulgariens Atomreaktoren zu bauen, stammt aus den frühen 80er Jahren. Bereits 1983 warnten jedoch sowjetische Wissenschaftler vor dem Bau eines Atomkraftwerks an diesem Standort. Beim letzten großen Erdbeben 1977 stürzten zahlreiche Gebäude ein und 120 Menschen starben nur wenige Kilometer vom geplanten AKW-Standort entfernt. Trotzdem hielt die bulgarische Regierung an ihren Plänen fest und nahm 1985 die Bauarbeiten für Belene auf. Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems wurde der Bau jedoch 1991 wegen Sicherheits-Bedenken und der fragwürdigen Wirtschaftlichkeit des Projekts eingestellt. Experten der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften hatten in einer umfassenden Studie vor einer Fertigstellung der Reaktoren gewarnt, u.a. wegen der seismischen Risiken. Die erste demokratisch gewählte bulgarische Regierung nahm diese Warnungen ernst und stoppte das Projekt als „technisch unsicher und ökonomisch untragbar".

In 2003 wurden die Belene-Pläne jedoch wieder ausgegraben und in 2006 beauftragte die bulgarische Regierung den russischen Konzern Atomstroyexport damit, zwei Reaktoren zu bauen. Das gewählte Design AES 92 besteht aus zwei neuartigen Reaktoren (WWER 1000/466B), für die es bisher weder Sicherheitsanalysen noch Betriebserfahrungen gibt.

Die Menschen in Bulgarien und Rumänien (der Standort für das AKW ist nur wenige Kilometer von der rumänischen Grenze entfernt) sind besorgt: „Wir möchten nicht jeden Tag mit der Angst leben, dass sich ein zweites Tschernobyl bei uns ereignet," schreiben 100 Gemeinderäte aus Südrumänien in einem Protestbrief.

Nuklearexperte sagt Nein

Im November 2007 schaltete sich auch der ehemalige Leiter der bulgarischen Atomaufsicht, Dr. Georgui Kastchiev, in die Diskussion ein. Dr. Kaschiev hat 34 Jahre Erfahrung im Atomsektor, die Hälfte davon direkt im Anfahren und Betrieb von Atomkraftwerken des WWER-Typs. Von 1997 bis 2001 war er Chef der bulgarischen Atomaufsicht und heute ist er leitender Nuklearphysiker am Institut für Risikoforschung der Universität Wien. Seine Stellungnahme machte deutlich, dass man kein Atomkraftgegner sein muss, um sich gegen Belene auszusprechen.

Nach Einschätzung von Dr. Kastchiev „stellt Belene ein nicht tolerierbares Sicherheits- und Umweltrisiko dar. Die fehlende Betriebserfahrung mit dem geplanten Reaktortyp, der Mangel an qualifiziertem Personal und effektiven Kontrollen wird zweifellos zu schlecht ausgeführten Bauarbeiten führen," sagt er. „Wenn man das hohe seismische Risiko der Bauregion und den niedrigen Atomsicherheitslevel in Bulgarien zusammenzieht, kann man nur zu einem Schluss kommen: Dieses Projekt darf nicht weitergeführt werden." Dr. Kastchiev ist darüber besorgt, dass die bulgarischen Behörden die Erdbebenrisiken hartnäckig leugnen. Laut Kastchiev ist das AKW zudem „ die teuerste aller Energieoptionen für Bulgarien." Das Projekt drohe das Land in eine Schuldenfalle zu treiben und sei momentan „eine der Hauptquellen für Korruption in Bulgarien." Während die Opposition gegen Belene immer weitere Kreise in Bulgarien zieht, sucht die Regierung verzweifelt nach Verbündete im Ausland.

Banken sagen Nein

Das Belene Projekt soll nach offiziellen Schätzungen mindestens sieben Milliarden Euro kosten. Deshalb kann der Bau des Kraftwerks nur mit Hilfe von ausländischen Finanziers und Investoren realisiert werden. Hier liegt aber die Achillesferse des Vorhabens. 2006 hatten zunächst die HypoVereinsbank und die Deutsche Bank eine Finanzierung von Belene in Aussicht gestellt. Kurze Zeit später zogen sie jedoch ihr Angebot zurück, als Umweltorganisationen in 60 Städten Proteste vor den Bankfilialen ankündigten. Inzwischen haben 10 weitere internationale Banken eine Finanzierung des riskanten Projekts abgelehnt.

Nun hofft die bulgarische Regierung Belene mit Hilfe eines finanzkräftigen Investors realisieren zu können: RWE. Der Energiekonzern hat im Juli 2008 eine 49%ige Beteiligung an dem umstrittenen Atomkraftwerk angeboten. Über Einzelheiten wird noch verhandelt, aber wenn alles nach Plan verläuft, hofft RWE den Vertrag vor Jahresende unter Dach und Fach zu haben.

RWE auf dem IRRWEG

Gerade RWE sollte wissen, welches Risiko darin liegt ein Atomkraftwerk in einem Erdbebengebiet zu bauen. Schließlich wurde das von RWE gebaute Atomkraftwerk Mühlheim-Kärlich 1988 (nach nur 100 Tagen Betriebzeit) durch Gerichtsbeschluss stillgelegt. Der Grund: das AKW liegt in dem seismisch aktiven Neuwieder Becken. Statt aus dieser Erfahrung zu lernen, will RWE nun an einem weitaus gefährlicheren Standort zwei russische Risikoreaktoren errichten.

Das wollen deutsche Umweltorganisationen nicht hinnehmen. „Die Erdbebengefahr in Nordbulgarien ist sehr viel höher als im Neuwieder Becken. RWE spielt hier russisches Roulette mit der Gesundheit und Sicherheit von

Milionen von Menschen," sagt Regine Richter von der Umweltorganisation Urgewald. Wer „Atomkraft Nein Danke" sagt, sollte spätestens jetzt auch RWE „Nein Danke" sagen und zu einem Ökostromanbieter wechseln, so Richter.

Die FingeRWEg-Kampagne

Belene ist wie Tschernobyl etwa 1000 Kilometer von Deutschland entfernt. Im Gegensatz zu Tschernobyl soll Belene jedoch mit dem Geld deutscher Stromkunden finanziert werden. Helfen Sie mit dies zu verhindern.

Schreiben Sie an RWE-Chef Jürgen Großmann und Sagen Sie ihm: Finger Weg von Belene! Eine Briefvorlage können Sie unter www.urgewald.de runterladen oder von der urgewald Geschäftsstelle (02583-1031) anfordern.

Mit dem Brief können Sie auch Unterschriften gegen Belene sammeln. Sprechen Sie Nachbarn und Bekannte an oder legen Sie die Listen im Bioladen aus. Wenn RWE Belene baut, stellt dieses AKW eine Gefahr für uns alle dar. Deshalb müssen sich möglichst viele Menschen zur Wort melden.

Wenn Sie im RWE-Gebiet wohnen und helfen wollen in Ihrer Stadt Protestaktionen zu organisieren, schicken sie eine email an: heffa@urgewald.de oder rufen Sie in unserer Geschäftsstelle (Kontakt: Tel: 02583-1031 - www.urgewald.de) an.

Heffa Schücking

Die Autorin ist Geschäftsführerin bei urgewald und dort auch zuständig für die Bankenkampagne.

Nach der COP ist vor der COP

Neue Schwerpunkte in der AG Biologische Vielfalt

Der AG Biologische Vielfalt ist es gelungen die Dynamik der COP-Wochen über die Sommerpause zu retten. Auf der ersten Sitzung nach dem Großevent im Mai kam der rollende Zug keineswegs zum stehen – vielmehr wurden Pläne für die Vorbereitung der nächsten Vertragsstaatenkonferenz geschmiedet und neue Schwerpunktthemen identifiziert.

Bereits jetzt laufen die Vorbereitungen auf die nächste Vertragsstaatenkonferenz der CBD, die vom 18. - 29. Oktober 2010 in Nagoya/Japan stattfinden wird – nicht nur in Japan und bei der Bundesregierung, die bis zur COP10 die Präsidentschaft der Biodiversitätskonvention (CBD) inne hat, sondern auch bei den NGOs auf vollen Touren.

Vorbereitung COP10 und deutsche Präsidentschaft

Bundesumweltminister Gabriel hatte die Agenda für die deutsche CBD-Präsidentschaft bereits auf der Bonner Vertragsstaatenkonferenz bekannt gegeben. Schwerpunktthemen werden sein:

- Access and Benefit Sharing (ABS): - Gabriel betont, dass die Hauptaufgabe der deutschen CBD-Präsidentschaft sei, ein verbindliches ABS-Regime rechtzeitig für die Annahme durch die 10. Vertragsstaatenkonferenz fertig zu stellen.
- Lifeweb-Initiative zur Ausweisung neuer Schutzgebiete mit Hilfe bilateraler Partnerschaften: Deutschland wird bis zur COP10 mögliche Projekte identifizieren und realisieren.
- Mobilisierung von zusätzlichen Finanziellen Ressourcen
- Ökonomie von Ökosystemen: Vor COP10 soll (unter Leitung von Pavan Sukhdev) ein umfassender Bericht vorliegen, der einen Vergleich der Kosten des Handelns und des Nichthandelns im Bezug auf biologische Vielfalt ermöglichen wird.
- 2010-Ziel und darüber hinaus: Eine eingehende Bewertung des 2010-Zieles ist notwendig. Es soll analysiert werden, warum Länder oder Regionen in der Lage waren, diese Herausforderung zu meistern oder was die Gründe für ein Scheitern sind.
- Governance für globale biologische Vielfalt: Biologische Vielfalt braucht eine effektive Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik. Die deutsche Präsidentschaft wird den IPBES-Prozess[1] weiter unterstützen.

Wie auch in den letzten Jahren wird die AG die Arbeit der Bundesregierung, aber auch der europäischen Politiker genau beobachten, Positionen erarbeiten und gemeinsame Lobbystrategien abstimmen.

Schwerpunktthemen

Aber die AG Biologische Vielfalt will sich nicht nur mit den direkten CBD-Verhandlungen beschäftigen. Darüber hinaus wurden Schwerpunktthemen identifiziert mit denen sich die AG in nächster Zeit befassen wird.

Ein wichtiges Thema wird sein, die die Rechte Indigener Vöker bei der Ausweisung von Schutzgebieten besser berücksichtigt werden können. Hierzu hatte das COP9-Projektbüro bereits im Mai einen großen Workshop organisiert. Bei diesem kontroversen Thema wird ein deutlicher Bezug zur lifeweb-Initiative der Bundesregierung gesehen. Die AG wird diese Initiative unter Einbeziehung der Indigenen kritisch begleiten. Dabei werden besonders die Kontakte der in der AG mitarbeitenden Verbände zu Indigenen Völkern und zu den großen Naturschutzorganisationen eine wichtige Rolle spielen.

Unter dem Stichwort „REDD" („Reducing Emissions from Deforestation and Degradation") werden von der internationalen Staatengemeinschaft zurzeit Wege diskutiert, Klimaschutz und Waldschutz stärker als bislang miteinander zu verbinden. Zu diesem Thema wird sich die AG die Vielfalt des Forums zunutze machen und eng mit den anderen AGs, z.B. der AG Wälder kooperieren.

Darüber hinaus wird die AG auch die Umsetzung der Nationalen Biodiversitätsstrategie befassen und abstimmen, was es dazu an koordinierten Verbändeaktivitäten geben soll.

AG-Biologische Vielfalt mit neuer Koordination

Nach mehreren Jahren hat Susanne Gura das Amt der Koordinatorin abgegeben. Für sie koordiniert nun Friedrich Wulf – mit langer BUND-Arbeitsgruppenerfahrung – gemeinsam mit Monika Brinkmöller vom Forum Umwelt und Entwicklung die AG.

Monika Brinkmöller

Die Autorin arbeitet beim Forum Umwelt und Entwicklung und koordiniert zusammen mit Friedrich Wulf die AG Biologische Vielfalt.

1 Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services

Kohlekraftwerksprojekte im Kreuzfeuer der Kritik

Startschuss für die Anti-Kohle-Kampagne der Klima-Allianz

Energiekonzerne planen in Deutschland mehr als 30 neue Kohlekraftwerke – einige davon sind bereits in Bau. Werden diese Kraftwerksprojekte realisiert, sind die deutschen Klimaschutzziele nicht erreichbar. Auf Jahrzehnte hin wären in Deutschland hohe CO_2-Emissionen zementiert. Um dies zu verhindert, hat die Klima-Allianz in diesem Jahr eine Anti-Kohle-Kampagne auf die Beine gestellt.

Keine Form der Stromerzeugung belastet das Klima mehr als die Verbrennung von Kohle. Neben den hohen CO_2-Emissionen, die bei der Kohle um das Doppelte über dem Gas liegen, ist auch die hohe Ineffizienz zentralisierter Kohle-Großkraftwerke ein Problem. Selbst das „modernste" Kohlekraftwerk erreicht lediglich einen Effizienzgrad von ca. 46% – über die Hälfte der Kohle wird nutzlos verbrannt und heizt die Umgebung auf. Moderne Kraft-Wärme Koppelungsanlagen (etwa durch Gas betrieben) erreichen dagegen schon heute Wirkungsgrade von bis zu 98%.

Dennoch setzen Politik und Energiekonzerne in Deutschland auf den Neubau von Kohlekraftwerken. Drei Dutzend davon sind derzeit in Planung und teilweise schon in Bau. Das Gespenst der „Stromlücke" wird vorgeschoben, um diese Politik zu rechtfertigen. Wenn alle geplanten Kraftwerke tatsächlich gebaut würden, ist an effektiven Klimaschutz in Deutschland nicht mehr zu denken. Dabei hat Deutschland in den letzten Jahren deutliche Stromüberschüsse ins Ausland exportiert, selbst zu Zeiten höchster Auslastung des deutschen Stromnetzes.

„In Deutschland entscheidet sich Klimaschutz an der Kohlefrage", so bringt es Regine Günter, Klima-Expertin des WWF auf den Punkt. Dies lässt sich mit einem Vergleich zu anderen Klimaschutzmaßnahmen verdeutlichen: Die Umstellung der Kfz-Reform von Hubraum auf CO_2-Ausstoß bringt eine geschätzte Verringerung der CO_2-Emissionen von 2 Mio. t. Gelingt es, die derzeitigen Kohlkraftwerksplanungen der Energiekonzerne zu verhindern, würden Emissionen in Höhe von etwa 190 Mio. t CO_2 jährlich vermieden.

Die Zahlen des Bundesumweltministeriums sind eindeutig, rechnet Rainer Baake, ehemals Staatssekretär im BMU und heute Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, vor: Nach den Berechnungen des BMU wird im Jahr 2020 57 TWh neu zu bauender fossiler Kraftwerkskapazität erforderlich sein. Gleichzeitig darf der gesamte Stromsektor maximal 280 Millionen Tonnen CO_2 emittieren, wenn die Klimaschutzziele der Bundesregierung eingehalten werden sollen. Da bereits die im Jahr 2020 noch am Netz befindlichen fossilen Bestands-Kraftwerke 259 Millionen Tonnen CO_2 emittieren werden, dürfen für die Produktion der fehlenden 57 TWh maximal 21 Millionen Tonnen CO_2 emittiert werden. Das bedeutet: pro Kilowattstunde maximal 368 Gramm CO_2 Emissionen. Gaskraftwerke emittieren 350 g CO_2 pro kWh, Steinkohlekraftwerke 750 Gramm und Braunkohlekraftwerke 950 Gramm.

Mit vereinten Kräften gegen Kohlekraftwerke

Deshalb hat die Klima-Allianz in diesem Sommer eine Anti-Kohle-Kampagne zur Verhinderung der Kohlekraftwerksplanungen auf die Beine gestellt. Die Hauptaufgabe des 2-köpfigen Anti-Kohle Teams ist die Unterstützung der Bürgerinitiativen und Aktiven vor Ort, die sich gegen Kohlekraftwerksprojekte einsetzen. Denn der Widerstand gegen neue Kohlekraftwerke wächst. Überall dort, wo die Energiekonzerne bauen wollen, stellen sich Menschen aus Verbänden, Bürgerinitiativen und Parteien dagegen. Und es konnten schon erste Erfolge erzielt werden. Die Vorhaben im saarländischen Ensdorf, Herne, Köln und Bremen wurden bereits gekippt.

Daran will die Kampagne der Klima-Allianz anknüpfen. Das Antikohle-Team soll dabei nicht bereits bestehenden Aktivitäten doppeln, sondern dazu beitragen, dass alle Akteure an einem Strang ziehen können, weitere Verbündete gefunden werden, die Vernetzung und der Wissensaustausch verbessert wird und dort Hand angelegt wird, wo bisher noch nicht ausreichend Aktivitäten stattgefunden haben. Die Breite des Bündnisses der Klima-Allianz und der Zugang zu Medien und Politik können dazu beitragen, eine stärkere bundesweite Sichtbarkeit der lokalen Auseinandersetzungen herzustellen.

In den letzten zwei Monaten ist das Anti-Kohle-Team quer durch die Republik gereist und hat die Bürgerinitiativen vor Ort besucht. Daraus sind schon eine Reihe gemeinsamer Aktivitäten entstanden, die zeigen wie wichtig es ist, dass lokale und bundesweite KohlekraftwerksgegnerInnen sich zunehmend verbünden.

Mit den Mainzer Kohlegegnern führte die Klima-Allianz eine gemeinsame Pressekonferenz durch. Sie bereiten sich gegenwärtig auf einen Rechtsstreit um die Genehmigung des Mainzer Kohlekraftwerks vor.

In Mannheim hat die Klima-Allianz das Bürgerbegehren von „Nein zu Block9" unterstützt und im August sagte die Klima-Allianz der Bürgerinitiative, die sich gegen das von der Schweizer Firma BKW FMB Energie AG in Dörpen/Emsland geplante 900 MW Kohlekraftwerk zur Wehr setzt, ihre Unterstützung zu. Eine gemeinsame Pressekonferenz sorgte für ordentliche Presseresonanz. Die Unterstützung und die Vernetzungsmöglichkeiten über die Klima-Allianz werden von vielen Beteiligten sehr geschätzt: „Die Unterstützung der Klima-Allianz ist ein wichtiges Signal." freut sich Inge Stemmer, Sprecherin der Bürgerinitiative Saubere Energie in Dörpen.

Weitere Planungen

Die bundesweiten Demonstrationen am 13.9. an den Kohlekraftwerken Jänschwalde in Brandenburg und Staudinger in Hessen haben gezeigt, dass bundesweite und lokale Kohlekraftgegner inzwischen Hand in Hand arbeiten und gemeinsam eine neue Kraft in Deutschland werden. Weitere Aktionen sind bereits in Planung. Im Herbst wird es eine gemeinsame Tour des Anti-Kohle Teams der Klima-Allianz mit Campact mit einem großen Kohlesaurus zu über 10 geplanten Kohlekraftwerksstandorten geben. Noch in diesem Jahr soll eine neue Website mit einer Datenbank von Gutachtern, Experten, Rechtsanwälten und vielem mehr online gehen. Für das nächste Jahr ist eine große Konferenz zur Kohle-Politik und Alternativen geplant.

Daniela Setton und Elias Perabo

#Die Autorin und der Autor arbeiten seit Juni 2008 in der Anti-Kohle Kampagne der Klima-Allianz.

Kontakt und Infos:
www.die-klima-allianz.de

Publikationen

Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt

Der Klimawandel ist keine ökologische Drohgebärde mehr, sondern hat bereits begonnen. Die Folgen sind überall auf der Welt spürbar, betreffen aber besonders die arme Bevölkerung in den Ländern des Südens. Die Begrenztheit der Ressourcen ist nicht mehr zu übersehen und zu einem geopolitischen Sicherheitsrisiko geworden.

Es ist gesellschaftlicher Konsens, dass unser Land eine Politik der nachhaltigen Entwicklung braucht. Doch diesem Konsens entspricht kein gesellschaftliches Klima, das auf mehr Nachhaltigkeit drängt. Deshalb brauchen wir eine gesellschaftliche Debatte darüber, was Nachhaltigkeit in internationaler Verantwortung für Deutschland bedeutet, wie Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig werden können und wie die Bürgerinnen und Bürger gestaltend in gesellschaftliche Prozesse eingreifen und ihr eigenes Verhalten nachhaltigkeitsorientiert ausrichten können.

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und die evangelischen Entwicklungsorganisationen „Brot für die Welt" und Evangelischer Entwicklungsdienst (EED) haben sich zusammengetan, um eine solche Debatte anzustoßen. Grundlage dieser Debatte ist die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland", die vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie erarbeitet wurde. Sie erscheint am 14. Oktober 2008 im Fischer Taschenbuch Verlag.

Sie konkretisiert, was Nachhaltigkeit in einem Industrieland mit internationaler Verantwortung bedeutet; diskutiert, wie Deutschland die Herausforderungen der Globalisierung kreativ bewältigen kann, wie Politik und Gesellschaft zukunftsfähig werden können; benennt Wege und Instrumente, die notwendig sind, um die Wende zu einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen; skizziert die Vision einer weltweiten und Generationen übergreifenden Gerechtigkeit und macht Mut, in dieser Perspektive zu handeln. Parallel dazu haben die Herausgeber und Autoren eine Broschüre zusammengestellt, die einen kurzweiligen Einstieg in die Studie gewährt. Diese 40-seitigen "Einblicke" können bei den Herausgebern bestellt werden.

Bezug:
BUNDladen – bis 31.12.08 versandkostenfrei
Tel.: 030-275-86-480
Fax: 030-27586-466
E-Mail: bundladen@bund.net, www.bundeladen.de,
ISBN 978-3-596-17892-6, (14,96 €).

Positionspapier ökologisch verträgliche Sanitäre Grundversorgung

Das Positionspapier ist eine Ergänzung zum „Positionspapier Wasser" des Forum Umwelt und Entwicklung (FUE) aus dem Jahr 2003. Es fordert einen verstärkten Beitrag Deutschlands zum „Internationalen Jahr der sanitären Grundversorgung", das für 2008 von den Vereinten Nationen ausgerufen wurde. Die AG Wasser des Forums Umwelt und Entwicklung fordert die Bundesregierung auf, jetzt konkrete Maßnahmen zum Erreichen des Millenniumszieles Sanitäre Grundversorgung zu starten. Die weitere Ausbreitung von zukunftsfähigen Sanitärsystemen muss nachhaltig unterstützt werden. Der dringend notwendige Maßnahmenplan könnte unter folgendem Motto stehen: 100.000 TOILETTEN MACHEN SCHULE! Die einzelnen Forderungen beziehen sich auf ein deutsches Aktionsprogramm „100.000 zukunftsfähige Toiletten machen Schule", d.h. 10.000 nachhaltige und zukunftsfähige Sanitäreinrichtungen (an die jeweils mindestens 10 Toiletten angeschlossen sind) für Schulen oder vergleichbare Einrichtungen mit Vorbildfunktion werden finanziell gefördert; eine nationale und internationale Forschungs-, Entwicklungs- und Bildungsoffensive zu ökologischen Sanitäreinrichtungen und kreislauforientierten Sanitärkonzepten in Forschung, Lehre und Handwerk; rechtliche Regelungen zur Förderung von kreislauforientierten Sanitärsystemen und zur Behandlung und Verwendung von Urin und Fäkalien als organischem Dünger, bzw. Kompost und behandeltem Abwasser in der Landwirtschaft. Das Positionspapier ist auch in englisch veröffentlicht.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Koblenzerstr. 65
53173 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de.

Praxiswissen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit - Ein Leitfaden für Verbände, Vereine und Institutionen

„Praxiswissen" zeigt, wie Vereine und Verbände erfolgreiche Presse- und Öffentlichkeitsarbeit machen können. Der Autor vermittelt das Know-how und Handwerkszeug, das notwendig ist, um interessante Pressemitteilungen, Selbstdarstellungen und Faltblätter zu schreiben, Pressekonferenzen und Interviews erfolgreich zu meistern, einen Verein bekannt zu machen, ein positives Image und Vertrauen aufzubauen, die Bedeutung der Arbeit eines Verbands herauszustellen, von den Anliegen einer Organisation zu überzeugen.

Anhand vieler Beispiele aus dem Alltag von Vereinen und Verbänden gibt ein Profi Hilfestellungen für eine effektive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit – unverzichtbare Informationen, Tipps und Anregungen für alle, die ihre Public Relations verbessern wollen.

Aus dem Inhalt u.a.: Die drei A der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Schreiben für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit; Wirksame Pressearbeit; Mittel und Medien der Öffentlichkeitsarbeit; etc. Zielgruppe sind Studierende und DozentInnen der Kommunikations- und Medienwissenschaft, Public Relations und Unternehmen/ Institutionen aus dem Non-Profit-Bereich.

Bezug:
ISBN: 978-3-531-15761-0, (19,90 €).

Biologische Globalisierung durch invasive Arten!?

Der Workshop „Biologische Globalisierung durch invasive Arten!?" fand am 9. April 2008 im Forschungsmuseum Alexander Koenig in Bonn statt. Es wurden die aktuellen Entwicklungen in Deutschland und der Bezug zur 9. UN-Konferenz über die biologische Vielfalt 2008 in Bonn vorgestellt und diskutiert. Der Umgang mit eingebrachten oder invasiven Arten ist ein Thema, das auf der 9. Vertragsstaatenkonferenz der Konvention über die biologische Vielfalt CBD COP9 im Mai 2008 in Bonn verhandelt wurde. Der Workshop beleuchtete die Bedeutung invasiver Arten innerhalb dieser Konvention. Dabei wurden Fragen zu aktuellen Entwicklungen in den Vorbereitungen zur COP9 sowie die Verhandlungspraxis diskutiert. Invasive Arten waren aber nicht nur Verhandlungsinhalt der COP9, sondern haben auch

in Deutschland in den letzten Jahren zunehmende Aufmerksamkeit erfahren.

Der zweite Teil des Workshops beinhaltete die Umsetzung der Ziele der CBD in Bezug auf invasive Arten in Deutschland. Dabei wurden die neuesten Forschungserkenntnisse zu eingebrachten Arten sowie rechtliche Grundlagen und Aktivitäten zur zukünftigen Umsetzung in Deutschland erörtert. In der Plenumsdiskussion wurden vor allem die Fragen zur Bedeutung der invasiven Arten in Deutschland sowie aktuelle rechtliche und politische Entwicklungsoptionen in den Mittelpunkt gerückt und die Rollen der unterschiedlichen Akteure diskutiert. Die Präsentationen, Vorträge und das Diskussionsergebnis werden in der Dokumentation zusammengefasst.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Koblenzerstr. 65
53173 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de

Ohne Haftung keine Biologische Sicherheit

Der Sachverhalt Haftung und Wiedergutmachung erscheint äußerst technisch, hoch kompliziert juristisch und weit herbeigeholt. Kein Wunder, dass die Verhandlungen dazu, die seit 4 Jahren im Rahmen des Cartagena Protokolls laufen, von nur ganz wenigen NGO beobachtet werden. Wer kennt sich schon aus in dem Gestrüpp der Verbindungen zwischen nationalem und internationalem Haftungsrecht, zwischen Produkthaftung, öffentlichen Haftungsregeln und Versicherungsrecht? Wie die Studie auch erläutert, wird der Sachverhalt noch besonders durch die Winkelzüge und Wechsel der Verhandlungsansätze durch die Vorsitzende sperrig.

Dennoch steht sehr viel auf dem Spiel. Es geht nicht nur um internationales Umweltrecht, sondern auch um Gerechtigkeit. Recht hat immer schon dadurch seine höhere Weihe, dass es die Rechte der Schwachen schützt. Denn die Reichen wissen schon von selbst, wie sie sich mit ihren Interessen durchsetzen können. Am Beispiel der vielen Verschmutzungsfälle und Schäden, die durch laxen Umgang mit der Gentechnik auf der Welt passiert sind, lässt sich deutlich sehen, dass die Konzerne dann aktiv werden, wenn dahinter europäische oder nordamerikanische Gerichtsbarkeit steht; bei Schäden in Entwicklungsländern aber ist noch kein Geld geflossen. Schäden werden hier aber auch kaum aufgedeckt, denn die Analyse- und Testmethoden sind kaum greifbar.

Einige Entwicklungsländer wollten dem Entwurf zum Cartagena Protokoll vor 8 Jahren nicht zustimmen, weil die Haftungsfrage ungeklärt geblieben war. Zähneknirschend haben sie dann doch unterschrieben, nur weil ihnen im Artikel 27 zugesichert wurde, dass dazu Nachverhandlungen stattfinden werden und es bis spätestens 2007 noch zu einem Haftungsregime kommen muss. Die Zeit ist verstrichen, und immer noch die gleichen Hinhaltetaktiken, Ausweich- und Täuschungsmanöver der Gentechnikfreunde unter Regierungen und Beobachtern (Wissenschaftler, Industrie).

Der Autor dieser Studie Phil Bereano von der Washington University Seattle ist ein langjähriger Beobachter der Verhandlungen und hat mit dieser Studie den Versuch gemacht, das Thema und den Verhandlungsverlauf transparent zu machen.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Koblenzerstr. 65
53173 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de

100 Tage bis zur UN-Konferenz über die biologische Vielfalt in Bonn

Genau 100 Tage vor Beginn der COP9 in Bonn am 19. Mai trafen sich Interessierte und ExpertInnen aus NGOs, Regierungen und CBD-Gremien am 7. und 8. Februar 2008 in Berlin zu einem internationalen Dialogforum. Bei der Veranstaltung informierten sie über die wichtigsten Themen der UN-Konferenz und diskutierten Hindernisse, Fortschritte sowie zentrale Konfliktfelder der Verhandlungen. Sie wollten auf konkrete Ergebnisse in Bonn drängen – zum Schutz der biologischen Vielfalt und auf dem Weg zur gerechten Verteilung auf diesem Planeten. Die Schwerpunktthemen der Konferenz waren: Die Einrichtung eines weltweiten Netzes von Schutzgebieten für Wälder und Meere, der gerechte Vorteilsausgleich mit den Menschen aus den Regionen des Südens (ABS), Bioenergie und biologische Vielfalt sowie die bessere Finanzierung der Erhaltung von Wäldern und anderen Ökosystemen als Querschnittsthema.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Koblenzerstr. 65
53173 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 92399356, E-Mail: info@forumue.de,
www.forumue.de.

Umsetzung der globalen Strategie zur Erhaltung der Pflanzen

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) und DIVERSITAS Deutschland hatten am 22. November VertreterInnen aus Natur- und Umweltschutzverbänden, Politik und Wissenschaft dazu eingeladen, die nationale Umsetzung der Globalen Strategie zur Erhaltung der Pflanzen (GSPC, Global Strategy for Plant Conservation) und deren (politische) Auswirkungen zu erörtern. Die rund 25 TeilnehmerInnen des Runden Tischs identifizierten Problemfelder innerhalb der fünf Handlungsbereiche, die die 16 Ziele der (GSPC) umfassen und beleuchteten ihre unterschiedlichen Positionen und Sichtweisen. Weitere inhaltliche Schwerpunkte wurden bei der nationalen Umsetzung in den Bundesländern und bei Einbindung der GSPC in die Nationale Biodiversitätsstrategie gesetzt. Diese Dokumentation fasst den Runden Tisch mit den wesentlichen Beiträgen und Aussagen zusammen.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Koblenzerstr. 65
53173 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de

Internationale Haftungsregelungen für die Gentechnik

Die NGO-Vorbereitungskonferenz „Internationale Haftungsregelungen für die Gentechnik" fand vom 27. –28. März 2008 in Bonn statt. Sie beleuchtete die Thematik einer internationalen Haftpflichtversicherung für die Gentechnik im Rahmen der UN-Konvention über die biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity – CBD). Diskutiert wurde das zentrale politische Verhandlungsthema des 4. Treffens der Mitglieder des Protokolls über biologische Sicherheit (MOP 4 of the Cartagena Protocol on Biosafety) vom 12.-16. Mai 2008 in Bonn.

Mit Impulsbeiträgen wurde über den aktuellen Stand der Diskussion zu Risiken und zur Haftung von Gentechnikschäden in Deutschland, der EU und der CBD informiert. Die Tagung sollte zur Positionsfindung und Strategiediskussion der deutschen NGOs für die weiteren Verhandlungen auf der MOP

4 dienen. Die Beiträge, Diskussionen und Ergebnisse sind in der Dokumentation zusammengefasst.
Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Koblenzerstr. 65
53173 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de

Globale Schutzgebietssysteme und deren Finanzierung im Rahmen der CBD

Auf der Vorbereitungskonferenz der deutschen NGOs vom 11. – 12. Dezember 2007 in Bonn widmeten sich 35 Vertreterinnen und Vertreter einem der zentralen politischen Verhandlungsthemen auf der 9. UN-Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt im Mai 2008 in Bonn: Dem globalen Schutzgebietssystem für Wälder und dessen Finanzierung. Bis 2010 soll ein weltumspannendes Netz aus Schutzgebieten gebildet sein, das ein wesentlicher Pfeiler ist, um den andauernden Verlust an biologischer Vielfalt zu stoppen.

Die Dokumentation informiert über die Impulsbeiträge über den aktuellen Stand der Diskussion und über die Positionsfindung der deutschen NGOs für die weiteren Verhandlungen auf internationaler Ebene.
Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung
Koblenzerstr. 65
53173 Bonn
Tel.: 0228-359704
Fax: 92399356
E-Mail: info@forumue.de
www.forumue.de

Von Paris nach Accra – und wie weiter?

Tagung
14. Oktober 2008
InWEnt Bonn

Vom 2. bis 4. September fand in Accra/Ghana das 3. High Level Forum on Aid Effectiveness statt. Es sind viel Fragen offen geblieben oder entstanden, die auf dieser Tagung mit Vertretern aus BMZ, GTZ, EED, DED, KfW und InWEnt diskutiert werden sollen. Wir fragen, was die Konferenz für wen gebracht hat und wohin die Reise geht: Wo lagen die größten Widerstände für die Umsetzung der Paris-Agenda? Auf welchen Gebieten konnten seit 2005 die meisten Fortschritte erzielt werden? Welchen Nutzen hatte sie für die Verbesserung der Lebenssituation der Armen? Wo gab es Gemeinsamkeiten, wo verliefen die Konfliktlinien in Accra? Wo zeigten sich Grenzen der Donor-Flexibilität? Wann fühlten sich die Partnerländer des Südens in ihrer Souveränität beeinträchtigt? Wer muss sich mehr bewegen? Worauf konzentriert/e sich die Kritik an der Paris-Deklaration: aus Sicht der NGOs der staatlichen EZ? Inwiefern bedarf die Agenda selbst einer Reform? Gab es neue Impulse für eine Reform der sog. Entwicklungshilfe-Architektur? Konnten die Hauptanliegen der deutschen EZ erfolgreich eingebracht werden? Fühlten sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen ausreichend einbezogen? Wie bewerten Regierungen, wie die Nichtregierungsorganisationen die neue Erklärung Accra Agenda for Action? Welches sind die wichtigsten bi- und multilateralen Verpflichtungen, die sich aus Accra bis 2011 ergeben? Welche Konsequenzen ziehen BMZ, Durchführungsorganisationen und NGOs aus Accra?
Informationen:
InWEnt Bonn
Friedrich Ebert Allee 40
Tel.: 02224-926303
E-Mail: Werner.Wuertele@InWEnt.org

Veranstaltungen / Termine

Globalisierter Handel und Menschenrechte - das Beispiel Blumenhandel

Themenseminar
17. – 19. Oktober 2008
Jugendherberge Köln-Riehl

Rund 30 Prozent der Blumen auf dem deutschen Markt werden aus Entwicklungsländern importiert. Während die Blumenproduzenten in diesen Länder inzwischen häufig Adressaten von Kampagnen zur Durchsetzung von Menschenrechten waren, wurde kaum thematisiert, welchen Einfluss Handelspraktiken auf die Arbeitsbedingungen auf den Blumenplantagen haben. Kurzfristige Bestellungen verlangen ungeplante Überstunden, Preisdiktate des Handels drücken die Löhne der ArbeiterInnen, die Forderungen nach makellosen Blumen erhöhen den Pestizideinsatz und damit das Gesundheitsrisiko der ArbeiterInnen. Angesprochen auf diese Zusammenhänge lehnen Händler in der Regel die Verantwortung für die Effekte ihres Handels unter Verweis auf die Kundenwünsche ab.

Welchen Handlungsspielraum haben Händler aber tatsächlich? Müssen sie sich bedingungslos den Gesetzen liberalisierter Märkte unterordnen oder können sie ihr Geschäft auch dann profitabel betreiben, wenn sie durch eine veränderte Geschäftspraxis die Beachtung von Menschenrechten in der Produktion erleichtern? Welche Möglichkeiten gibt es, bei der Preisgestaltung die Beachtung von Menschenrechten bei der Produktion zu honorieren?

Ziel des Seminars ist es herauszuarbeiten, welche Handlungsmöglichkeiten BlumenhändlerInnen haben, die Durchsetzung von Menschenrechten bei der Blumenproduktion in Entwicklungsländern durch ihre Handelspraktiken aktiv zu unterstützen. Dazu soll zunächst dargestellt werden, wie der Blumenhandel funktioniert. Wie kommt eine Blume aus Ecuador oder Kenia zum Floristen? Welche Stationen macht sie auf ihrem Weg? Im zweiten Schritt soll dargelegt werden, wie der Preis einer Blume zustande kommt. Auf dieser Basis sollen schließlich Handlungsspielräume des Handels für Handelspraktiken ausgelotet werden, die der Durchsetzung von Menschenrechten bei der Blumenproduktion förderlich sind.
Informationen:
FIAN Deutschland
Gertrud Falk
Tel.: 0221-4229466
E-Mail: g.falk@fian.de
www.fian.de

KlimaKommunal - Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter

Kommunalpolitischer Bundeskongress
24. – 25. Oktober 2008
Münster

Die Berichte des IPCC zur Dramatik des Klimawandels haben die Öffentlichkeit wach gerüttelt. Der Klimawandel ist bereits weit fortgeschritten, seine absehbaren Folgen für die Menschheit sind katastrophal. Eine drastische Minderung der Treibhausgase, vor allem von CO_2, ist unverzichtbar, um das Ausmaß der Erderwärmung zu begrenzen und ihre Folgen für die Menschheit erträglich zu gestalten. Angesichts dieser Perspektiven rücken Städte als Akteure des Klimaschutzes stärker in den Mittelpunkt. Etwa 80% der natürlichen Ressourcen werden in Städten verbraucht, auf ihr Konto geht ein Großteil des globalen CO_2-Ausstoßes. Inzwischen sind viele Städte zu Vorreitern des Klimaschutzes geworden. Gleichzeitig gilt Klimaschutz nach wie vor als eine freiwillige Aufgabe, die unter dem Druck der kommunalen Finanzkrise oft zurückgestellt wird.

Der Kongress „KlimaKommunal: Aufbruch ins klimaneutrale Zeitalter“ wirbt für eine Schrittmacher-Rolle der Städte und Gemeinden im Klimaschutz. Die Vision klimaneutraler Kommunen ist ambitioniert, aber nicht unrealistisch. Der Kongress will begeistern für innovative Lösungen und kreative

Wege, die Kommunen heute schon für mehr Lebensqualität und weniger CO_2 eingeschlagen haben: im Energiesektor, im Verkehr, im Städtebau, in der Flächenpolitik und bei der Unterstützung von Bürgerinitiativen und ökonomischen Innovationen.

Darüber hinaus stellt der Kongress die Frage nach dem Rahmen für kommunalen Klimaschutz. Scheitert Klimaschutz an den falschen Rahmenbedingungen nationaler und internationaler Politik? Welche Voraussetzungen sind nötig, damit Städte und Gemeinden eine klimapolitische Vorreiterrolle spielen können? Müssen ihre rechtlichen Kompetenzen erweitert werden, um eine effektivere kommunale Klimapolitik im Hinblick auf Betriebe, Verkehr, Bauvorschriften etc. betreiben zu können, oder sind mehr Anreize und verbindliche Vorgaben anderer politischer Ebenen notwendig?

Informationen:
Heinrich-Böll-Stiftung
Sabine Drewes
Tel.: 030-28534-247
E-Mail: drewes@boell.de
www.boell.de

Eine Industriegesellschaft im Klimawandel

Tagung
24. - 26. Oktober 2008
Ev. Akademie Villigst

Im Oktober 2008 erscheint die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt". Im Gegensatz zu 1996, als die Vorgängerstudie „Zukunftsfähiges Deutschland" veröffentlicht wurde, hat sich der Handlungsdruck unter den Folgen der wirtschaftlichen Globalisierung und des Klimawandels verschärft. So untergraben weltweit die Folgen der Ernährungskrise und der bereits einsetzenden globalen Erderwärmung Lebenschancen vieler Menschen. In den Industrieländern herrscht immer noch „business as usual". Der Ressourcenverbrauch des durchschnittlichen Konsums steigt weiter an. Wirtschaftswachstum und Standortsicherung haben vielfach Vorfahrt vor ökologischen und sozialen Belangen. Die finanziellen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit sind noch immer weit von den versprochenen 0,7 % des BIP entfernt.

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland" hatte 1996 eine starke Resonanz. Viel Lob erhielt das Leitbild einer weltweiten, nachhaltigen Entwicklung. Eine stringente Umsetzung in politisch strategische Konzepte unterblieb jedoch. Auf der Tagung werden die Intention und zentralen Inhalte der neuen Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt" mit dem inhaltlichen Fokus „Klimaschutz" vorgestellt. Die daraus resultierenden Schlussfolgerungen werden mit Verantwortlichen aus Politik, Kirche, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie den Teilnehmerinnen und Teilnehmern diskutiert. Dabei soll auch die christliche und kirchliche Verantwortung für eine umweltverträgliche und gerechtere Gesellschaft thematisiert werden.

Die Tagung will einen Beitrag dazu leisten, die Debatte um eine zukunftsfähige Gesellschaft in verschiedene gesellschaftliche Ebenen zu tragen und den Diskurs um Nachhaltigkeit inhaltlich aufzuwerten.

Informationen:
Kirche und Gesellschaft
Margrit Püster
Tel.: 02304-755-331
Fax: 02304-755-318
E-Mail: m.puester@kircheundgesellschaft.de
www.kircheundgesellschaft.de/veranstaltungen

Stromaufwärts - Wege zu einer sauberen Energiewirtschaft

Energiekongress 2008
7. - 8. November 2008
Umweltforum Berlin

„Regenerative Energien wie Sonne, Wasser oder Wind können auch langfristig nicht mehr als 4 % unseres Strombedarfs decken!" Den Satz haben die großen Energieversorger noch während der 1990-er Jahren in großformatigen Anzeigen verkündet. Tatsächlich deckten die Erneuerbaren 2007 bereits 14,3 Prozent der Stromproduktion, Tendenz weiter steigend. Umweltfreundliche Energien sind heute viel erfolgreicher, als sich zumindest die großen Stromkonzerne je vorstellen konnten. Was können wir noch alles mit erneuerbaren Energien erreichen? Fahren die Autos der Zukunft mit Agrosprit oder Elektromotoren? Kommt unser Strom aus Solarkraftwerken in der Sahara oder Geothermieanlagen, die mit der Wärme im Untergrund arbeiten? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der dritte "Stromaufwärts"-Energiekongress von Greenpeace Energy.

Natürlich wird es auch um das neue Schlagwort gehen, das seit kurzem durch die Gazetten geistert: die „Stromlücke". Die klafft nach Meinung ihrer Verfechter demnächst in der Energieversorgung Deutschlands - weshalb neue Kohlekraftwerke gebaut und die AKW-Laufzeiten verlängert werden müssten. Viele Umweltschützer, Politiker und Experten halten die Strategie für ebenso gefährlich wie unbegründet: Mit den richtigen Weichenstellungen heute können in der Zukunft umweltfreundliche Energien sehr wohl eventuelle Stromlücken stopfen. Trotz neuem Schlagwort, der Streit selbst ist schon älter: „Treibhaus oder Kernkraft? Das ist hier die Frage!", hieß es bereits in der Anzeige der Energiekonzerne aus den 1990-ern. Spannend wird sein, auf dem Stromaufwärts-Energiekongress zu diskutieren, wessen Vorstellungen diesmal realistischer sind.

Informationen:
Greenpeace Energy
Tel.: 040-808110-373
Fax: 040-808110-333
www.energiekongress.greenpeace-energy.de

Klimaaktionstag 2008 in Deutschland

Bundesweiter Aktionstag
06. Dezember 2008

Den Globalen Klimaaktionstag gibt es seit 2005, er wurde anlässlich der UN-Klimaverhandlungen in Montreal ins Leben gerufen und findet seither jedes Jahr an einem Samstag im Dezember - parallel zu den jeweiligen UN-Klimakonferenzen - statt. Am Klimaaktionstag gehen weltweit Menschen auf die Straße und fordern von den Regierenden, sich bei den Klimaverhandlungen für effektive politische Rahmenbedingen und Maßnahmen zum Klimaschutz einzusetzen.

Rund um den Globus finden an diesem Tag Demonstrationen, Konferenzen und Aktivitäten zum Thema Klimaschutz statt. Die Zahl der aktiv teilnehmenden Länder und Städte steigt kontinuierlich: im letzten Jahr fanden Aktivitäten auf allen Kontinenten und in über 70 Ländern statt! Besonders erfreulich ist, dass sich auch im Süden immer mehr Länder am Globalen Klimaaktionstag beteiligen. Einen Überblick über die weltweiten Aktionen am Globalen Klimaaktionstag 2007 sind unter www.globalclimatecampaign.org zu finden. Der Newsletter der Global Climate Campaign vom April 2008 gibt einen Überblick über Demonstrationen im Libanon, in Kolumbien, auf den Philippinen, in der Türkei, in Sierra Leone und in Griechenland. (in englischer Sprache): Newsletter April 2008.

2008 findet der Globale Klimaaktionstag am 6. Dezember statt, zur gleichen Zeit tagen Regierungsvertreter aus der ganzen Welt im Rahmen der UN-Klimakonferenz (COP14) im polnischen Posen. Die Klimaverhandlungen in diesem Jahr sind bedeutend für die Aushandlung eines internationalen Klimaabkommens, das auf das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll folgt.

Aufruf: Werden Sie gemeinsam mit zehntausenden Menschen auf der ganzen Welt aktiv und fordern Sie konsequenten Klimaschutz! In Deutschland werden am 6.12. Klima-Aktionen in zahlreichen Städten und Gemeinden stattfinden. Die lokalen Aktivitäten werden die gesamte Themenbandbreite der Mitgliedsorganisationen aufgreifen und sichtbar machen. Werden auch Sie aktiv und adressieren Sie Ihre Anliegen an die Politik! Führen Sie am 6.12. eine Klima-Aktion bei Ihnen vor Ort durch und vernetzen Sie sich mit anderen Lokalgruppen der Klima-Allianz.

Informationen:
Klimaallianz
Marienstraße 19-20
10117 Berlin
Tel.: 030-6781775-72
Fax: 030-6781775-80
E-Mail: info@die-klima-allianz.de
www.die-klima-allianz.de
www.globalclimatecampaign.org

Es steht viel auf dem Spiel:

Zu bestellen bei

Forum Umwelt & Entwicklung,

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn,

Tel.: 0228/359704, Fax: 0228/92399356,

info@forumue.de,

Einzelexemplare kostenlos

Weitere Publikationen finden Sie unter www.forumue.de